

DIE DEUTZER GASWERKE „CHRISTIAN SCHAURTE“

von Dirk Alexander Reder

<i>EINLEITUNG</i>	3
<i>DAS NEUE LEUCHTGAS</i>	4
<i>DIE EINFÜHRUNG DER GASBELEUCHTUNG IN KÖLN 1836</i>	4
<i>DIE SITUATION IN DEUTZ</i>	6
<i>DIE VORGESCHICHTE DER FIRMA SCHAURTE 1811 – 1843</i>	8
<i>SCHAURTES ANGEBOT von 1843</i>	9
<i>ÄNDERUNGSWÜNSCHE DER REGIERUNG – SCHAURTE KÄMPFT UM DAS LEUCHTGAS-MONOPOL</i>	13
<i>GENEHMIGUNG UND BETRIEBSBEGINN IM JAHRE 1844</i>	15
<i>SCHWIERIGE ANFANGSJAHRE FÜR DIE GASWERKE</i>	17
<i>1847 – WER BEZAHLT DIE BELEUCHTUNG DER TEMPELWALLSTRASSE ?</i>	19
<i>1852 – SCHAURTE UNTER PREISDRUCK</i>	20
<i>1856 –1860: RÜCKSCHLÄGE FÜR DIE GASFABRIK SCHAURTE</i>	22
<i>DIE GASFABRIK IM JAHRE 1862</i>	24
<i>1862 – Die DISKUSSION ÜBER DIE VERLÄNGERUNG DES MONOPOLS</i>	25
<i>1863 – DER RÜCKTRITT DES BEIGEORDNETEN HARTMANN</i>	26
<i>BESCHWERDEN ÜBER SCHLECHTES LEUCHTGAS</i>	28
<i>DIE SCHWIERIGKEITEN BEI DER BELEUCHTUNG DER MÜLHEIMER CHAUSSEE 1865</i>	29
<i>1866 – DER SKANDAL UM DIE STADTRATSWAHLEN</i>	32
<i>1866 – Vertragskündigung</i>	36
<i>1867 – Ausschreibung und Angebote</i>	37
<i>Eine eigene Städtische Gasfabrik?</i>	38
<i>1867 – Das Anti-Schaurte-Flugblatt</i>	41
<i>Der Eklat im Stadtrat</i>	42
<i>Schaurte geht in die Offensive</i>	43
<i>Eine Bürgerinitiative zu Gunsten Schaurtes</i>	44
<i>Die Wahlen von 1867 – Liberale gegen Konservative</i>	45
<i>Verkauft Kellner an die Stadt? Neue Verhandlungen IM JAHRE 1867</i>	47
<i>1868 – Einsprüche gegen eine städtische Gasfabrik</i>	48

<i>Kellner droht und verhandelt</i>	50
<i>Kellners Überraschung für den Stadtrat</i>	52
<i>Eine städtische Gasfabrik ausserhalb der Stadtmauern?</i>	53
<i>500 Unterschriften für Schaurte</i>	53
<i>1868 – Darf Kellner noch Gasleitungen legen?</i>	55
<i>1868 – Eine Gasfabrik neben der Pulvermühle?</i>	60
<i>1869 – Das Ministerium entscheidet</i>	61
<i>Wer kauft die Pulvermühle?</i>	62
<i>1870 – Bekommt Kellner einen neuen Vertrag?</i>	64
<i>1873 – Steigt die Stadt auf Petroleumlaternen um?</i>	66
<i>1873 – Vertrag oder Verkauf?</i>	67
<i>1876 – 1878 – Schaurte erneut unter Preisdruck</i>	70
<i>1878 – Schaurtes Bilanzen</i>	72
<i>1879 – Die schwierige Beleuchtung der Deutz-Kalker Strasse</i>	73
<i>1888 –letzte Vertragsverlängerung für Schaurte</i>	74
<i>1900 – Das Ende der Gaswerke Christian Schaurte</i>	76

DIE DEUTZER GASWERKE „CHRISTIAN SCHAURTE“

von Dirk Alexander Reder

EINLEITUNG

In der Mitte der 1860er Jahre war die Deutzer Öffentlichkeit tief gespalten. Zwei Gruppen standen sich feindlich gegenüber und bekämpften einander im Rat und in der Öffentlichkeit: Es gab Rücktrittsforderungen und Rücktritte, Petitionen und Beschwerden bei der Regierung, wütende Flugblätter wurden verteilt, mit Geschäftsordnungstricks Debatten im Stadtrat verhindert und Beleidigungen ausgetauscht. Von Geschäftemacherei auf Kosten der Allgemeinheit war die Rede, von Wucherpreisen. Es gab Wahlmanipulationen, Neuwahlen und schließlich eine Bürgerinitiative.

An der heftigen Auseinandersetzung um das Leuchtgasmonopol der Gaswerke „Christian Schaurte“ kristallisierten sich im Deutzer Stadtrat die Parteien der Konservativen und Liberalen heraus. Die bürgerlichen Eintracht früherer Jahre zerfiel in gegnerische Fronten. Wirtschaftsgeschichte und Politikgeschichte wurden eins. Dabei ging es nicht zuletzt um die immer noch aktuelle Frage, ob öffentliche Betriebe oder Privatunternehmen die Versorgung der Bevölkerung übernehmen sollen. Aber es geht auch um das bemerkenswerte Geschick eines einzelnen Unternehmers, sich viele Jahre lang Konkurrenz vom Hals zu halten, seinen Gegnern immer einen Schritt voraus zu sein und dabei ordentlich zu verdienen.

Der folgende Beitrag¹ ist also mehr als die Geschichte eines kleinen Gaswerks, das von 1844 bis 1901 die Straßenbeleuchtung einer rheinischen Kleinstadt übernahm. Was sich in Deutz abspielte, hat sich vermutlich so oder ähnlich auch in anderen Städten abgespielt.

Es waren findige Unternehmer, die den enormen Markt witterten, die Städte aus dem Halbdunkel flackernder Öllampen ins helle Licht der Gasflammen zu führen. Es lag dem Denken einer Kommunalverwaltung in der ersten Hälfte des 19. Jahrhundert völlig fern, solche Neuerungen in eigener Regie auszuführen, und so übertrugen sie diese Aufgabe risikofreudigen Unternehmen. Wenn dann ein Unternehmer für sich ein langjähriges Monopol durchsetzen konnte – was nicht unüblich war – dann hatte er leichtes Spiel und konnte der Stadt Lieferbedingungen und Preise diktieren. Dass dies zu schweren Auseinandersetzungen führen konnte, ist nicht weiter überraschend.

¹ Dieser Text des Geschichtsbüros Reder & Roeseling, Bornheim, entstand im Auftrag von Herrn Dietrich Georg Paeffgen

DAS NEUE LEUCHTGAS

Bereits in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts entdeckten englische Physiker, daß bei der sog. trockenen Destillation von Steinkohle und anderen brennbaren Stoffen ein brennbares Gas entstand². Die Versuche blieben zunächst ohne praktische Bedeutung. Erst gegen Ende des 18. Jahrhunderts begann man in England, aus Kohle destilliertes Gas³ zur Beleuchtung von Straßen und Gebäuden zu verwenden⁴. 1819 wurde London bereits von 51 000 Gaslichtern erhellt. Glaslinsen, Prismen und Reflektoren erhöhten die Effizienz der Leuchtgasflammen.

Auf dem Kontinent verlief die Entwicklung wesentlich zögerlicher, vor allem in den auf technischem Gebiet rückständigen deutschen Staaten. Vor allem das Desinteresse der durchweg konservativen und Neuerungen abgeneigten Stadtväter verzögerte die Einführung der Gasbeleuchtung. Die Aufgabe wurde Privatunternehmern überlassen. Die städtischen Polizeiverwaltungen, aus Gründen der Sicherheit an beleuchteten Straßen interessiert, übernahmen immerhin die Initiative und regten Unternehmensgründungen an. Der entscheidende Anstoß kam aus England: 1824 wurde in London die „Imperial Continental Gas Association“ (ICGA) gegründet, um auf dem europäischen Festland mit dem neuen Leuchtgas Geschäfte zu machen. 1825/26 gründete die ICGA bereits Gaswerke in Hannover und Berlin, 1837 in Aachen und 1840 auch in Köln. Dresden und Frankfurt am Main führten 1828 die Gasbeleuchtung ein, Leipzig 1838, Elberfeld folgte 1839. 1850 gab es bereits in 33 deutschen Städten Gasanstalten.

DIE EINFÜHRUNG DER GASBELEUCHTUNG IN KÖLN 1836

In Köln beantragte schon 1821 ein gewisser G. Ezechiel, der am Alter Markt 5 wohnte, die

(Waidmarkt 4, 50676 Köln), einem Enkel des Franz Schaurte (1846-1903) und Urenkel der Sibylla Margaretha Kneusels, verw. Schaurte verw. Kellner (1828-1907).

² Zur Geschichte der Gasbeleuchtung siehe die Artikel Gasbeleuchtung, Leuchtgas oder Stadtgas in den verschiedenen Konversationslexika hingewiesen. Vor allem die großen Lexika aus dem frühen 20. Jahrhundert gehen ausführlich auf Geschichte und Produktionsweise ein.

³ Beim Erhitzen von Steinkohle, Braunkohle, Holz, Öl, Harz, Torf, Pech, Teer u.a. unter Luftabschluß (sog. „trockene Destillation“ in einem „Retortenofen“) entsteht ein Gas, das – je nach Rohstoff in unterschiedlicher Zusammensetzung – aus Wasserstoff (5 – 52 %), Kohlenwasserstoffen (32 – 83 % z.B. Ethylen, Methan, Benzol) und Kohlendioxid (0 – 37 %) nebst diversen Verunreinigungen (Ammoniak, Kohlensäure, Schwefelwasserstoff, Stickstoff, Wasserdampf u.a.) besteht. Als Abfallprodukte der Leuchtgasproduktion bei der Verwendung von Steinkohle bleibt in den Retorten Koks (Gaskoks) zurück, mit dem die Öfen wieder geheizt werden können, bei der Reinigung des Gases fallen Teer, mit diversen Chemikalien verunreinigter Kalk und Ammoniakwasser an.

⁴ Vgl. v.a. Lindemann, Köln 1998, S. 37.

Genehmigung eines „Etablissements“ zur Gaserzeugung⁵. Die Stadt bevorzugte jedoch für die Straßenbeleuchtung die holländische Firma „Poswick, van Meerbecke, Nypels & Co.“, die noch auf alte Öllampen setzte. Die Gaserzeugung in Köln begann daher erst 1836 mit der Gründung der Gasfabrik des Conrad Josef Stoof in der Agrippastraße. Das Gas wurde allerdings noch nicht aus Kohle, sondern aus Öl, Ölstoffen und Hanf erzeugt (sog. „Portativgas“). Poswick, van Meerbecke, Nypels & Co beauftragten 1825 als Subunternehmer die Elberfelder Firma Johann Wilhelm Schmitz mit der Beleuchtung und der Herstellung der Laternen. Schmitz brachte einen neuen Unternehmergeist mit und sah die Einsatzmöglichkeiten für Gas in Köln. natürlich auch seine Verdienstmöglichkeiten, nicht nur als Lieferant des neuen Energieträgers, sondern auch als Tiefbauunternehmer beim Aufreißen und Schließen der Straßen zur Verlegung der Leitungen. 1825 machte er der Gemeinde Deutz, 1830 der Stadt Köln erfolglos ein Angebot. Anfang der 1830er Jahre bekam die Stadt Köln auch von belgischen⁶ und englischen Firmen Angebote zur Errichtung von Steinkohlengasfabriken, so 1836 auch von der ICGA, die 1837 das Gaswerk in Aachen baute.

Aber bis Ende der 1830er Jahre zeigte sich die Kölner Stadtverwaltung an der Straßenbeleuchtung uninteressiert, lediglich öffentliche Gebäude wurden beleuchtet, 1837 das Kölner Schauspielhaus, später weitere öffentliche Gebäude. Die neuen Gaslampen waren zwar wesentlich heller als die alten Öllampen, aber auch wesentlich teurer. Steigende Ölpreise verteuerten die Herstellung von Portativgas und machten – angesichts stagnierender Abnehmerzahlen – das Geschäft unrentabel.

Trotz des Drängens der Bezirksregierung in Köln zögerte die Stadt Köln, ihre Straßen mit Gas zu beleuchten. Deshalb erteilte die Regierung 1839 selbst zwei Konzessionen: Zum einen an die erwähnte „Imperial Continental Gas Association“ (ICGA) mit einer Gasfabrik in der Buschstraße 11, und zum anderen an Anton Philip Doignon & Cie aus Tournai in Belgien mit einer Gasfabrik am Großen Griechenmarkt 54. Die Gebietsaufteilung zwischen beiden Firmen wurde zwar 1840 von der Regierung aufgehoben, von der Stadt aber dennoch weiter beibehalten. 1840 machte die Stadt Köln eine eigene Ausschreibung für die Straßenbeleuchtung⁷, die für 25 Jahre als Monopol vergeben werden sollte. Die ICGA akzeptierte die Bedingungen und bekam den Auftrag. Mit dem Vertrag vom 24. Juni 1840 begann

⁵ Für das folgende: Lindemann 1998

⁶ Beispielsweise von den Firmen „Peteau, Bertrand & Cie“ aus Charleroi, „Anton Philip Doignon & Cie“ aus Tournai.

⁷ Historisches Archiv der Stadt Köln (= HASTK): Bestand 860 „Stadt Deutz“, Nr. 123 „Öffentliche Straßenbeleuchtung, Einrichtung privater Gasbeleuchtung 1830-1863“, Bl.8. Sofern im Folgenden der Bestand 860 als Quelle dient, wird nur die Aktensignatur genannt.

eine konfliktreiche 30jährige Zusammenarbeit mit der Stadt⁸.

Das Steinkohlengas der seit dem 1. August 1841 in der Gasfabrik in der Buschstraße produzierenden ICGA war preiswerter, so daß Stooß am 1. Mai 1848 seine Produktion einstellen mußte. Allerdings machte sich die ICGA in Köln schnell Feinde, weil sie interessierte Privatkunden, die mit dem Gas ihr Haus beleuchten wollten, ignorierte, als Monopolist sehr schroff auftrat und außerdem oft eine miserable Gasqualität lieferte. 1860/62 baute die ICGA eine zweite Gasfabrik am Spieserhof in der Subbelrather Straße in Ehrenfeld – außerhalb der damaligen Stadtgrenzen –, aber nach langem Hin und Her gingen die Gaswerke der ICGA 1873/74 endlich in den Besitz der Stadt über.

DIE SITUATION IN DEUTZ

Zu Anfang des 19. Jahrhunderts lag Deutz⁹ – wie die meisten deutschen Städte – nachts noch weitgehend im Dunkeln. Das bis dahin unbefestigte Landstädtchen Deutz (mit den Ortschaften Poll, Vingst, Rolshoven und Kalk) wurde 1815 als Brückenkopf in die neue Festung Köln mit einbezogen. Zwischen 1818 und 1822 wurde das Städtchen mit einem bis zu 150 Meter breiten Festungsring umschlossen, der es völlig einschnürte und vom Hinterland abschnitt¹⁰. Die Bevölkerungsdichte wuchs, und nur wenige und zudem kleine Industriebetriebe konnten sich innerhalb des Mauerringes ansiedeln. Innerhalb des ersten Rayons (Schußfeld) von 600 Metern Breite durfte praktisch nichts gebaut werden. Größere Industrieanlagen mußten ins Umland, vor allem nach Kalk ausweichen. Außerdem konnte die Stadt nur noch über die Schiffsbrücke und zwei Rheintore sowie durch drei enge und mehrfach verwinkelte Torpassagen im Festungswall¹¹ betreten werden, die überdies nachts geschlossen wurden. Erst 1877 wurde die Einschnürung von Deutz durch den neuen äußeren Festungsgürtel etwas gelockert¹². Die Stadt hatte 1857 rund 5 600 Einwohner, 1867 waren es bereits 10 500 und 1888 17 600.

1825 unterbreitete der Verwalter“ der „Companie für Beleuchtung der Städte“, der bereits erwähnte J. W. Schmitz, der Gemeinde einen Vorschlag für eine „neue Beleuchtung“ mit Öllampen. Die allerdings zog dann das Angebot des Deutzer Blechschlägermeisters Franz Ransonnét vor, mit dem Bürgermeister Neuhöffer am 23. November 1825 einen Vertrag schloß. Ransonnét übernahm vom Januar 1826 an bis

⁸ Lindemann 1998, S. 45; s.a. HASTK: Best. 952 (Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerke), Nr. 554 (Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten 1937-1940), Bl.27f.

⁹ Zur allgemeinen Geschichte von Deutz s. Brill, Köln 1955, Bützler, Kalk 1910, Kruppa, Köln 1978, Simons, Köln 1913.

¹⁰ Zur Geschichte der preußischen Befestigung s. Voigtlaender-Tetzner/Aders 1976.

¹¹ Das Siegburger Tor im Süden, das Mülheimer Tor im Osten und das Feld-Tor im Norden

1844 die Beleuchtung der Gemeinde Deutz mit 23 Öllampen¹³.

Allerdings wuchsen mit der Zeit die Ansprüche an die Beleuchtung der Straßen: 1840 forderte die Regierung eine bessere Beleuchtung des Mülheimer und des Siegburger Tores, an der sich die Gemeinde Deutz zur Hälfte beteiligen sollte¹⁴. Die Gemeinde war dazu durchaus bereit, erklärte aber, die Kosten dafür nicht aufbringen zu können. Bürgermeister Neuhöffer argumentierte, daß die Einnahmen aus Schlacht- und Mahlsteuer¹⁵ sich vermindert hätten¹⁶.

Im Juli 1842 unternahm das „Königliche Haupt-Steuer-Amt für inländische Gegenstände“ einen neuen Anlauf und argumentierte beim Deutzer Bürgermeister mit eben jenen sinkenden Steuereinnahmen: „Zur schärferen Beobachtung des Verkehrs mit mahl- und schlachtsteuerpflichtigen Gegenständen am Siegburger Thor in Deutz während des Herbstes und Winters so wie zur Erleuchtung der Passage beim Thoreingang ist die Anbringung einer Laterne daselbst dringend erforderlich“. Der Bürgermeister solle doch bitte eine Laterne anbringen lassen¹⁷. Der Landrat ließ einen Kostenvoranschlag erstellen und forderte die Gemeinde Deutz auf, den Vertrag mit dem „Straßenbeleuchtungs-Unternehmer Franz Ransonet“ über die Beleuchtung des Siegburger Tores zu unterschreiben. Die Regierung akzeptierte, obwohl der Vertrag das „Budjet von Deutz für Straßenbeleuchtung“ überschritt¹⁸.

Ob dieser Vertrag unterschrieben wurde oder nicht, geht aus den Akten nicht eindeutig hervor. Offenbar wurde unterzeichnet, dann wurden jedoch Überlegungen angestellt, nach Kölner Vorbild statt der Öllampen die Straßenbeleuchtung auf modernes und helleres Gaslicht umzustellen: Denn am 21. Dezember 1842 informierte der Deutzer Bürgermeister den Landrat Simons: „Der Kaufmann Christian Schaurte hat hier die Absicht eine allgemeine Gasbeleuchtung in Deutz einzurichten, sofern ihm hierbei die Verwaltung einigen Vorschub leistet.“ Am 2. Januar 1843 antwortete Simons, daß er noch nähere Informationen brauche, dann gebe er den Antrag gerne weiter an die Regierung. Der Bürgermeister erläuterte, daß sich Ransonnet nur an seinen Vertrag zum 1. Mai halte (vermutlich der Auflösungsvertrag), wenn die Gemeinde ihn aus seiner Verbindlichkeit entließe, die Straßenlaternen „in vollkommen gutem Zustand abzuliefern“. Christian Schaurte hingegen sei bereit, „die Gemeinde Deutz hinsichtlich dieses Punktes schadlos zu halten“

¹² Aders 1988, 129.

¹³ HASTK: Best 860, Nr. 516, B. 1-6, Nr. 123, Bl. 2-7. Wilhelm Franz Neuhöffer war Bürgermeister von 1808 bis 1842.

¹⁴ HASTK: Best 860, Nr. 123, Bl. 10.

¹⁵ Die Mehl- und Fleischeinfuhr wurde in den meisten der größeren Städte, die über bewachte Tore verfügten, besteuert
Vgl. Koselleck 1967, 3/1981, S. 533.

¹⁶ HASTK: Best 860, Nr. 123, Bl. 13.

¹⁷ HASTK: Best 860, Nr. 123, Bl. 14.

¹⁸ HASTK: Best 860, Nr. 123, Bl. 13, 16, 18.

und „für den Ransonnet einzutreten“, so daß einer Vertragsauflösung mit Ransonnét nichts im Wege stand. Der Bürgermeister betonte, daß auch die Gemeinderäte wünschten, daß die Gasbeleuchtung so schnell wie möglich eingeführt werde¹⁹. Vermutlich verweigerte Ransonnét eine Auflösung seines Vertrags über die Torbeleuchtung, solange er die Öllampen, die der Gemeinde gehörten, unbeschädigt bzw. repariert wieder abliefern mußte. Hier sprang Schaurte ein und ermöglichte so die Auflösung des Vertrages mit Ransonnét und einen neuen Vertrag mit sich selbst.

DIE VORGESCHICHTE DER FIRMA SCHAURTE 1811 – 1843

Ende des 18. Jahrhunderts betrieb in Schwelm Johann Jakob vom Rath, der aus einer reformierten Elberfelder Kaufmanns- und Unternehmerfamilie stammte, gemeinsam mit Johann Jakob Bredt (1746–1820) die Seifenfabrik „Bredt & Co“. Diese Fabrik wurde 1797 mit der bereits 1777 durch vom Rath in Duisburg gegründeten Speditions- und Spezereiengroßhandlung zu der neuen Firma „vom Rath & Bredt“ vereinigt. 1799 eröffneten vom Rath und Bredt eine weitere Seifenfabrik in Köln und 1811 eine dritte in Deutz unter Beteiligung von Christian Schaurte als Firma „Schaurte & Co“. Deutz eignete sich als Standort einer Seifenfabrik besser als Köln, wo hohe Einfuhrzölle auf den wichtigsten Rohstoff, die Pottasche, erhoben wurden. Die Kölner Fabrik blieb zwar weiterhin in Betrieb, aber der Export in Ausland wurde ausschließlich vom Deutzer Geschäft übernommen.²⁰

Im Frühjahr 1811 forcierte Kaiser Napoleon im gesamten französischen Staatsgebiet durch ein Dekret die Zuckergewinnung aus dem heimischen Rohstoff Rüben, nachdem durch die Kontinentalsperre der Import von Kolonialzucker / Zuckerrohr unterbunden wurde²¹. Die Söhne vom Rath konzentrierten sich in den folgenden Jahrzehnten dann stärker auf die Zuckerproduktion und gründeten 1835 eine Zuckerraffinerie. Als Kolonialware hatte die Familie den Zucker bereits in ihrer Duisburger Großhandlung vertrieben²².

Die Firma des 1817 verstorbenen Christian Schaurte gehörte als Teilhaber den beiden Söhnen des

¹⁹ HASTK: Best 860, Nr. 123, Bl. 22. Schaurtes erstes Angebot stammte vom 19.12.1843, vgl. Verträge [1890], S.1.

²⁰ Gert von Eynern, Die Unternehmungen der Familie vom Rath. Ein Beitrag zur Familiengeschichte, Bonn 1930, S. 36.

²¹ s. van Eyll 1984, S.193ff.. Es wurden im Rheinland 1810/11 auch Versuche unternommen, aus heimischen Trauben und Zwetschgen Zucker zu gewinnen, die aber wenig erfolgreich waren, so daß man auf Runkelrüben umstieg; Hauptstaatsarchiv Düsseldorf (= HSD): Best. Großherzogtum Berg, Nr. 5564 I „Die Fabrication des Surrogat-Zuckers betreffend“.

²² Hermann Kellenbenz, Die Zuckerwirtschaft im Kölner Raum von der napoleonischen Zeit bis zur Reichsgründung, Köln 1966, 27ff..

Firmengründers, Gerhard und Christian Tillmann²³ Schaurte, wobei letzterer die treibende Kraft bei der Firmengründung war. Zu ihm später mehr.

Der 1803 geborene Gerhard Schaurte war seit Oktober 1833 zweiter Beigeordneter der Gemeinde Deutz und wurde damals beschrieben als „Kaufmann, selbstständig u. lebt in Wohlstand, verheiratet und zwey Kinder“²⁴. Im September 1842 bat der Gemeinderat den inzwischen zum ersten Beigeordneten aufgerückten Gerhard Schaurte anstelle des ausscheidenden Neuhöffer Bürgermeister von Deutz zu werden. Seit Januar 1843 verwaltete Schaurte zunächst den Bürgermeisterposten, wurde am 13. Dezember 1843 zum kommissarischen Bürgermeister ernannt und erst am 21. Februar 1846 endlich zum Bürgermeister²⁵. Gerhard Schaurte zog sich bald wieder aus der Firma zurück²⁶. Bei Debatten im Gemeinderat über die Gasbeleuchtung überließ Bürgermeister Gerhard Schaurte als „privatim interessiert“ dem Ersten Beigeordneten das Präsidium²⁷.

SCHAURTES ANGEBOT von 1843

Bereits am 21. Januar 1843 genehmigte die Regierung die Einführung der Gasbeleuchtung. Die Firma Schaurte schickte dem Deutzer Bürgermeister Anfang Februar ihren Vertragsentwurf, der sich nach ihren

²³ Firmengründer Christian Schaurte, Deutz 12.9.1765–1.11.1817, verheiratet seit 26.10.1797 mit Anna Gertrud Buchholtz (Nippes 1770–Köln 14.1.1845), Tochter von Matthias Buchholtz und Anna Sibilla Butzmann, Witwe von Kaufmann Johann Maywurm (gest. 27.7.1797 in Deutz). 1832 wohnte sie als „Rentnerin“ in der Komödienstraße 12, 1844 in der Georgstraße 3, Biographische Angaben aus: Bayer-Personenkartei (HASTK, Bestand 1010); Schleicher 1987; Adresse aus den Kölner Adressbüchern. Gerhard Schaurte (1803-1884), Sohn von Christian Schaurte. und Anna Gertrud Buchholtz, verheiratet mit Elisabeth Commans (1.3.1804–1.10.1834), Zweiter Beigeordneter 1833– 843, Bürgermeister 1843–1867, 1855 Schützenkönig, wohnte 1845/46 in der Freiheitsstraße 132, 1848-52 in der Siegburger Straße 212 und 1855 und 1859 in der Neustraße 110. Sein Bruder Christian Tillmann Schaurte (5.10.1806 – 29.1.1856), , verheiratet seit 23.11.1848 mit Sibilla Margaretha Kneusels (23.8.1828 – 27.8.1907 in Deutz), die 1860 Otto Heinrich Kellner heiratete Kinder: Theodor Gerhard Schaurte (1849–1902, Stadtverordneter), Christian Tillmann Schaurte (1851–1917) und Franz Joseph Schaurte (1852– 903), wohnte in der Freiheitsstraße 66 (später 41)

²⁴ Nr. 20, Bl. 5, 8

²⁵ Eigentlich hatte der Beigeordnete und „jüdische Schulvorstand“ Gerhard Schaurte 1842 um seine Entlassung ersucht (Nr. 20, Bl.36f), aber als Bürgermeister Neuhöffer am 27.9.1842 wegen seines vorgerückten Alters von seinem Posten entbunden werden wollte (Bl. 38) bat der Gemeinderat am 24.9.1842 Gerhard Schaurte, seinen Antrag auf Entlassung als erster Beigeordneter und gegenwärtiger Vertreter des Gemeindevorstandes zurückzunehmen und statt dessen Bürgermeister zu werden, was der Gemeinderat beantragen wolle. Schaurte nahm daraufhin noch am selben Tag sein Entlassungsgesuch zurück (Bl. 39). Die Regierung in Köln gewährte am 5.12.1842 Neuhöffers Entlassung. Seine Stelle wurde allerdings zunächst nicht wieder besetzt, sondern durch den Ersten Beigeordneten Schaurte verwaltet (Bl.40). Im Januar 1843 schied Neuhöffer aus dem Amt und Schaurte übernahm als sein Vertreter die Amtsgeschäfte (Bl. 41). Erst nachdem Schaurte fast ein Jahr lang erfolgreich die Geschäfte geführt hatte, ernannte die Regierung ihn am 13.12.1843 zum kommissarischen Bürgermeister (Bl. 43), den Posten des 1. Beigeordneten übernahm Anton Engels. Erst über zwei Jahre später, am 21.2.1846 wurde Schaurte endlich zum Deutzer Bürgermeister mit einem Gehalt von 490 Taler ernannt (Bl.69).

²⁶ Nr. 121, Bl. 64-68.

²⁷ Nr. 123, Bl. 120

Worten streng an den von der Regierung bereits genehmigten Kölner Gasvertrag mit der ICGA vom 24. Juli 1840 hielt, welcher der ICGA ein Monopol für 25 Jahre sicherte. Während also in Köln die Stadt der ICGA die Bedingungen diktiert hatte, diktierte in Deutz die Firma Schaurte der Gemeinde ihre „Bedingungen unter welchen die Beleuchtung der Straßen und öffentlichen Plätze der Gemeinde Deutz mittels Anwendung von Gas und Oel-Laternen vom 1. October 1843 an in Entreprise gegeben werden soll“²⁸:

- Gemäß Artikel 1 der Vertragsbedingungen sollte die Firma Schaurte ab dem 1. Oktober 1843 für 25 Jahre die Beleuchtung der öffentlichen Straßen und Plätze der Gemeinde Deutz mit Gas- und Öllicht übernehmen. Auf Forderung des Gemeinderates mußte sich Schaurte verpflichten, nur „Kohlengas“ zu verwenden²⁹. Schaurte konnte auf seine Kosten und Gefahr in den Deutzer Straßen Gasröhren verlegen, er haftete für Schäden, reparierte die Straßen hinterher wieder und haftete dafür gegenüber der Gemeinde (Art. 2).
- Die Hauptleitungen sollten aus „gegossenem Eisen“ bestehen, den Sicherheitsanforderungen der Gemeinde entsprechen und vor der Verlegung auf ihre Dichtigkeit überprüft werden (Art. 3).
- Außerdem regelte der Vertrag die Einspruchsrechte der Anwohner und das Vorgehen bei der Zerstörung unterirdischer Gewölbe oder Kanäle (Art.4).
- Falls Gasröhren für andere Bauarbeiten entfernt und hinterher wiederhergestellt werden mußten, sollten das nur die „Werkleute“ des Unternehmers auf Kosten des Dritten übernehmen. Wenn Leitungen für Bauarbeiten unterbrochen werden mußten, sollte der Unternehmer mindestens 14 Tage vorher informiert werden (Art. 5).
- Alle Kosten für die Apparate zur Herstellung des Gases, die Verlegung der Leitungen usw. trug Schaurte (Art. 6).
- Bei der Unterhaltung und Reinigung der Anlage sollte sich der Unternehmer nach den Anforderungen von Öffentlichkeit und Behörden richten (Art. 7).
- Schaurte verpflichtete sich, 38 Gaslaternen aufzuhängen: 20 in der Freiheitsstraße, 8 in der Siegburgergasse, 5 in der Kuhgasse, 2 Am neuen Werft und je 1 in der Arenzgasse und in der Inselstraße

²⁸ Nr. 123, Bl. 23-39, 41, 45. Zum Kölner Vertrag vgl. Lindemann, Energie für Köln 1998, S. 45.

²⁹ Eine Notiz an der Seite bemerkt: „Der Gemeinderat befand zu Artikel 1, daß das zu verwendende Gas, Kohlengas sein

(Kirchplatz). Die Beleuchtungsstärke und die Helligkeit sollten mindestens so gut wie in Köln sein, was die Gemeinde kontrollieren und in einem Protokoll für die Zukunft festhalten sollte. Außerdem übernahm er ohne Änderungen die vorhandenen drei städtischen Öllaternen (Art. 8).

- Binnen sechs Monate sollten die 38 Gaslampen aufgehängt sein, falls die Genehmigung des Vertrages länger dauern sollte, dienten Öllampen zur Überbrückung³⁰ (Art. 9).
- Das Leuchtgas mußte trocken gereinigt werden, damit bei der Produktion „weder unangenehmer Geruch noch schädliche Ausdünstungen“ auftraten. Die zur Reinigung des Gases verwendeten Materialien durften anschließend nicht in großer Menge gelagert, sondern mußten zügig entsorgt werden (Art. 10).
- Außerdem mußte das Gas so gereinigt sein, daß es mit weißer Flamme und ohne unangenehmen Geruch verbrannte (Art. 14).
- Die Gemeinde mußte die Laternen mindestens 1500 Stunden im Jahr brennen lassen. Sie konnte auf Kosten des Unternehmers weitere Laternen aufstellen lassen oder durfte die Beleuchtungsdauer – auf ihre Kosten – erhöhen (Art. 11).
- Wenn die Lampen später als verabredet brannten, konnte die Gemeinde die fehlende Zeit von der Rechnung abziehen (Art. 15).
- Der Schlüssel zur Preisberechnung lautete dementsprechend 41 (Laternen) mal 1500 (Stunden) = 61.500 mal den abgemachten Betrag (Art. 12).
- Auch die Form der Laternen, ihre Numerierung und ihr Anstrich, wurden geregelt (Art. 13).
- Schaurte garantierte eine schnelle Reparatur bei Gasentweichung und wollte bei Nichterfüllung eine Strafe zahlen (Art. 16).
- Falls eine Gasbeleuchtung sich irgendwo nicht realisieren ließ, war eine Ölbeleuchtung als Ersatz erlaubt (Art. 17).
- Zur Kontrolle sollten seitens der Gemeinde und des Unternehmers Aufseher engagiert werden (Art. 18).
- Die Zahlungen an Schaurte sollten monatlich durch die Kommunalkasse erfolgen (Art. 19).

müsse“. Schaurte erklärte sich damit „einverstanden“.

³⁰ Aus einer mitgeschickten Übersicht vom 9.2.1843 geht hervor, daß Schaurte zunächst 22 Gas- und 18 Öllaternen

- Um seine eigene Zahlungsfähigkeit zu garantieren, wollte Schaurte 200 Taler Kautions hinterlegen³¹ (Art. 20).
- Nach Ablauf der Vertragszeit hatte Schaurte das Recht, zur Weiterführung seines Geschäfts die Röhren in den Straßen liegen zu lassen. Er verpflichtete sich, die Gasversorgung von Deutz fortzusetzen, wenn die Gemeinde das verlangen würde (Art. 21).
- Falls die Gemeinde aber nach 25 Jahren die Straßenbeleuchtung nicht von Schaurte fortsetzen lassen wollte, so durfte er die Röhren in den Straßen zur Beleuchtung von Privathäusern weitere 20 Jahre lang behalten³². Die Straßenlampen konnte die Gemeinde kaufen (Art. 22).
- Falls Schaurte sein Geschäft nach 25 Jahren nicht fortsetzen wollte, dann sollte er die Gemeinde wenigstens sechs Monate vorher informieren (in der Ausschreibung und im endgültigen Vertrag anderthalb Jahre³³). Falls die Gemeinde die Fortsetzung der Gasversorgung durch Schaurte nicht wollte, sollte sie ihn ebenfalls sechs Monate (in der Ausschreibung und im endgültigen Vertrag ebenfalls anderthalb Jahre) vorher informieren. Bei Nichteinhaltung dieser Frist verlängerte sich der Vertrag automatisch um weitere sechs Monate (anderthalb Jahre) (Art. 23).
- Auch für „Privatbeleuchtungen“ durfte Schaurte die notwendigen Anlagen errichten, mußte aber den Tarif dazu (bei weniger als 12 Gasflammen³⁴) öffentlich bekannt machen und sich daran halten. Er durfte den Tarif senken, aber nicht ohne Zustimmung der Gemeindeverwaltung erhöhen (Art. 24).
- Artikel 25 enthielt die wichtige Monopolbestimmung: Die Gemeinde Deutz sicherte Schaurte zu, während der 25jährigen Vertragsdauer keinem anderen Unternehmer zu erlauben, Leitungsröhren in den öffentlichen Straßen zu verlegen, um mit Schaurte zu „konkurrieren“ (Art. 25).
- Schaurte durfte seine Rechte nicht ohne Zustimmung der Gemeinde auf Dritte übertragen (Art. 26), und mußte sich, falls er nicht persönlich in Deutz wohnte, „ein Domizil ad hoc wählen“, damit die Gemeindeverwaltung eine Adresse von ihm habe (Art. 27).
- Als Schlußbestimmung wurde vereinbart, daß der Bürgermeister die Bestimmungen vorbehaltlich der Genehmigung durch Gemeinderat und Regierung veröffentlichen (Art. 28) und Schaurte die Vertragskosten, den Notar usw. bezahlen sollte (Art. 29).

aufhängen wollte (Nr. 123, Bl. 40).

³¹ Am 16.9.1846 leistete Schaurte diese Kautions in Form von fünf Staatsschuldscheinen (Nr. 123, Bl. 110).

³² So kann Kellner 1862 behaupten, er habe eine Konzession auf 45 Jahre!

³³ Der endgültige Vertrag vom 2.3.1844 findet sich in Verträge... [1890], S.5-16. Von Schaurtes Vorschlag wich er kaum ab.

Die Artikel 2-29 wurden vom Gemeinderat „ohne einen Zusatz oder Modifikation angenommen“. Der Vertrag trug die Unterschriften der Gemeindeverordneten Anton Engels³⁵, Lambertz, Bruckmann, Hüber, Zapp, Becker, Aron Scheuer, Schumacher, Dr. Coblenz³⁶ und von Bürgermeister Neuhöffer. Um eine „gründliche Einsicht in den Geschäftsbetrieb einer Gasbeleuchtungsanstalt“ zu bekommen, bat Bürgermeister Gerhard Schaurte seinen Kölner Amtskollegen Steinberger um die Kölner Tarife, die Steinberger bereitwillig schickte. Entsprechend der „Straßenbeleuchtungstabelle“ für 1843 sollten die Lampen genau 1500 Stunden jährlich brennen. Nach den Berechnungen der Gemeinde waren das zwar 113 Stunden mehr als die Öllampen des Ransonnet, der allerdings „bei den hohen Oelpreisen der letzten Jahre einen höchst unvortheilhaften Kontrackt abschloß“, so daß „sich vielleicht niemand mehr finden dürfte, zu demselben Preise einen ferneren Vertrag abzuschließen.“ Außer dem Umstand, daß die Gemeinde ohnehin nicht mehr so billig an ihre Straßenbeleuchtung kommen würde, sprach noch etwas anderes für das neue Gaslicht, nämlich die Helligkeit: „Die jetzigen Oellichter“ verdienten, „sei es Verwöhnung durch das Gaslicht oder worin sonst die Ursache liegen mag, bloß den Namen eines Lichtes...“³⁷

ÄNDERUNGSWÜNSCHE DER REGIERUNG – SCHAURTE KÄMPFT UM DAS LEUCHTGAS-MONOPOL

Die Kölner Regierung stimmte am 10. März 1843 zwar grundsätzlich Schaurtes Entwurf zu, hatte allerdings weitgehende Änderungswünsche am Vertrag³⁸: Zum einen legte sie Wert darauf, daß der Unternehmer allein gegenüber der Gemeinde haftbar sei und die Gemeinde auch ohne Gerichtsbescheid Zwangsregeln gegen den Unternehmer erwirken könne (Artikel 2). Zum zweiten hielt die Regierung das Recht des Unternehmers, seine Leitungen auch nach Ablauf der Vertragsdauer zur Beleuchtung von Privathaushalten liegen zu lassen, „nicht für zweckmäßig“ (Artikel 21). Schließlich sei die Monopolbestimmung des Artikels 25 zwar „gesetzlich statthaft, fesselt aber die Privat-Eigenthümer für 25 Jahre auf eine Weise an den Unternehmer, welche Unzufriedenheit voraussehen läßt.“ Gegen die Monopolforderungen von Gemeinde und Firma setzen die preußischen Behörden stets auf die freie

³⁴ Diese Einschränkung öffnete die Möglichkeit von Rabatten für Großkunden.

³⁵ 1843 bis 1850 Zweiter Beigeordneter.

³⁶ Dr. med. Casimir Coblenz, seit 1833 Stadtverordneter.

³⁷ Nr. 123, Bl. 42-47

³⁸ Nr. 123, Bl. 48

Marktwirtschaft³⁹. Folgerichtig forderte Landrat Simons am 17. März die Gemeinde Deutz auf, die Gasbeleuchtung unter entsprechend geänderten Bedingungen auszuschreiben, was die Gemeinde auch tat. Die Ausschreibung folgte allerdings fast wörtlich Scharutes Angebot. Die Regierung hoffte offenbar, einen Unternehmer zu finden, der auf die von ihr kritisierten Bedingungen verzichtete. Diese Hoffnung allerdings trotz, denn an der Ausschreibung beteiligte sich nur die Firma Scharute⁴⁰.

Gerhard und Tillmann Scharute waren mit den Änderungen in Artikel 2 und 21 einverstanden, bestanden aber auf dem Monopol (Artikel 25), das „durchaus nötig [sei], um das Unternehmen vor möglicher gehässiger Rivalität zu schützen“. Privatleute seien keinesfalls an das Unternehmen „gefesselt“, weil es erstens Öl, Talg und anderes Licht als Alternativen gebe und der Anschluß ans Gas freiwillig sei, zweitens gebe es die Konkurrenz des transportablen Gases und der Eigenfabrikation, und drittens seien die Preise nicht überhöht, weil sie genehmigt werden müßten. Auf die Gemeinde kämen voraussichtlich Kosten in Höhe von 1025 Talern jährlich für die Straßenbeleuchtung zu⁴¹. Wenn er die Öllampen weiter nutzen könne, ging es auch einen Pfennig billiger, aber bei mehr Verkehr müßten die Gasröhren verlängert und alles auf Gas umgestellt werden. Für sein Entgegenkommen gegenüber der Gemeinde wollte Scharute seine Privatarife genehmigt bekommen und eine Konzession „zur Anlage des Gasapparates“ in der Freiheitsstraße 66⁴².

Scharutes Angebot war offenbar zu hoch. Vermutlich auf Drängen der Gemeinde, die ihrerseits der Regierung entgegenkommen mußte, legte Scharute daher am 5. April ein neues, kostengünstigeres Angebot vor: Wenn ab 10 Uhr abends 17 Laternen gelöscht würden (die sogenannten 10-Uhr-Laternen), die so nur 700 statt 1500 Stunden leuchteten, reduzierten sich die Kosten von 1025 auf knapp 800 Taler⁴³.

In seiner Sitzung am 8. April 1843 stellte sich die Gemeindeverordnetenversammlung bis auf zwei Gegenstimmen⁴⁴ hinter die Monopolforderung Scharutes⁴⁵ und beschloß, daß der Artikel 25 über den Schutz vor Konkurrenz „nach seinem vollen Inhalte beibehalten wird“. Gegenüber der Regierung begründete Bürgermeister Scharute diesen Beschluß damit, daß Scharute – ohnehin der einzige Anbieter⁴⁶ – diesen Punkt zur ausdrücklichen Bedingung gemacht habe. Die von der Regierung befürchtete

³⁹Vgl. Koselleck 1967.

⁴⁰ Verträge... [1890], S.2.

⁴¹ 41 Laternen x 15 Stunden x 6 Pf pro Flamme pro Stunde = 1025 Taler.

⁴² Nr. 123, Bl.50.

⁴³ Nr. 123, Bl. 56.

⁴⁴ Die Stadträte Felten und Bruckmann.

⁴⁵ Nr. 123, Bl. 57.

⁴⁶ Nr. 123, Bl.54.

„Unzufriedenheit bei einem oder dem anderen Privaten“ würden aufgewogen durch die „Vortheile und Annehmlichkeiten einer Straßenbeleuchtung mit Gasflamme, deren Einführung auf unbestimmte Zeit hin unterbleiben würde, wenn die Gemeinde den [ersuchten] Schutz nicht erteilt“.

Der Bürgermeister erläuterte das neue Angebot der Firma Schaurte, wonach die Kosten für die Gemeinde von 1 025 auf 800 Taler sanken. Die restlichen 170 Taler jährlicher Mehrkosten gegenüber den Öllampen fielen angesichts der Vorteile nicht ins Gewicht, denn „die aus einer schönen Gasbeleuchtung hervorgehenden Annehmlichkeiten [würden] auf Reisende pp. günstig einwirken und dadurch [werde] der Fremdenverkehr in Deutz beträchtlich gesteigert“. So kämen die Kosten wieder herein. Außerdem wollten die Deutzer nicht hinter den Kölnern zurückbleiben: „Die Unzulänglichkeit der bisherigen Beleuchtung“ sei „neben der Cölner Gasbeleuchtung“ überdeutlich. Während man „in Köln an ein helles Licht gewöhnt“ sei, herrsche „bei den Oellichtern in Deutz fast gänzliche Dunkelheit – wodurch eben der hiesige Ort nicht wenig zurückgesetzt wird.“ Außerdem brauche der Unternehmer den Schutz der Gemeinde. Mit der Bitte um Genehmigung schickte Bürgermeister Schaurte das „Concessionsgesuch des Unternehmers zur Errichtung einer Gasfabrik hierselbst“ an die Regierung⁴⁷, die dem Gesuch am 11. Mai 1843 zustimmte. Auch der umstrittene Artikel 21, nach dem Schaurte die Röhren auch noch Ablauf der 25 Jahre für die Privatkunden weiter nutzen durfte, blieb im endgültigen Vertrag letztlich doch erhalten.⁴⁸

GENEHMIGUNG UND BETRIEBSBEGINN IM JAHRE 1844

Der Bürgermeister legte nun den „Straßenbeleuchtungskalender“ für Deutz für den kommenden Winter fest, dem gemäß an 155 Tage die Lampen 1 458 ½ Stunden brennen sollten und Schaurte bekam die Erlaubnis, für die Verlegung der Gasröhren die Straßen aufzubrechen. Dabei gab es allerdings schon bald die ersten Beschwerden über „die geringe Sorgfalt, welche der Unternehmer der städtischen Steinkohlengas Beleuchtung noch immer auf die gehörige Wiederherstellung der zur Legung der Gasröhren aufgebrochenen gepflasterten ... Straßen verwendet“ Der Deutzer Bürgermeister wurde von der Kölner Regierung am 10. Oktober 1843 „wiederholt dringend aufgefordert“, den städtischen Gemeindebaumeister die Straßen auf Kosten des Gasunternehmers wieder korrekt reparieren zu lassen⁴⁹.

Aus dem geplanten Termin 1. Oktober 1843 wurde allerdings nichts: Der hohe Wasserstand des

⁴⁷ Nr. 123, Bl. 48 Rs und 49.

⁴⁸ Verträge... [1890]

⁴⁹ Nr. 123, Bl. 52, 65, 68.

Rheins im Sommer 1843 unterbrach die Arbeiten an der Gasometerzisterne und eine ungewöhnlich schlechte Witterung im Herbst 1843 verhinderte die zügige Verlegung der Gasröhren in den Straßen. Aus diesem Grunde – so entschuldigte sich Tillmann Schaurte im Frühjahr 1844 – konnte die Gaslieferung erst zum 15. Februar 1844 aufgenommen werden⁵⁰. Nach diesem schwierigen Winter genehmigte die Regierung den Vertrag vom 12. Februar 1844 zwischen der Firma Schaurte und der Gemeinde Deutz⁵¹ und erteilte am 16. Februar 1844 dem Unternehmen die Betriebserlaubnis für seine Gasfabrik in der Freiheitsstraße 41⁵². Nach der Untersuchung des zuständigen Bauinspektors entsprachen Gebäude, Feuerungsanlagen und Schornstein den Bestimmungen. Am 2. März 1844 wurde der Vertrag zwischen Anton Engels, „als beigeordneter Bürgermeister der Gemeinde Deutz“ während Bürgermeister Gerhard Schaurte „auf einer Urlaubsreise“ war, und Tillmann Schaurte für sich und seinen Bruder, Bürgermeister Gerhard Schaurte, als alleinige Eigentümer der Firma Christian Schaurte notariell beglaubigt und unterzeichnet⁵³.

Von einem Nachbarn gab es allerdings einen Einspruch gegen die Anlage, der – nach den Worten des Bürgermeisters – „wegen der sich verbreitenden Dünste die Gesundheit gefährdet glaubte“. Man sei jedoch zu der Erkenntnis gekommen, daß es keine Gesundheitsgefahr gebe, wenn der mit Schwefel und Ammoniak verunreinigte Kalk „nicht zu einer ungebührlichen Quantität auf dem Gehöfte aufgehäuft werde“. Deshalb gab es im Vertrag die Bestimmung, daß Schaurte den Müll regelmäßig beseitigen mußte. Danach wurde der Einspruch zurückgenommen⁵⁴.

Die Gasfabrik Schaurte lag auf einem langgezogenen Grundstück an der Freiheitstr. Nr. 41 (heute Deutzer Freiheit).. Tillmann Schaurte wohnte mit seiner Familie zunächst in der Freiheitsstraße 66. Spätestens seit 1862 wohnte seine Witwe mit ihrem neuen Ehemann Kellner in der Nummer 41, direkt neben dem Eingang der Gasfabrik (Nr.43). 1889 wohnten die Kellners in einem neuen großen Haus auf der anderen Seite des Eingangs in der Nummer 45. Ihr Sohn, der Kaufmann Heinrich Kellner wohnte nun in der Freiheitsstraße 41, während der Sohn aus erster Ehe Theodor Schaurte mit im Haus Nummer 45 wohnte⁵⁵.

Seit September 1844 legte der Bürgermeister monatlich fest, welche Laternen wie lange zu brennen

⁵⁰ Verträge ... [1890], S. 4.

⁵¹Nr. 123, Bl. 71.

⁵² Offenbar vorher die Nummer 66

⁵³ Nr. 1123, Bl. 70, Verträge ... [1890], S. 1

⁵⁴ Nr. 123, Bl. 111 Rs und 112.

⁵⁵ Adressbücher 1857, 1862, 1889. Bei Kruppa 1978, Seite 134 ist – falsch zugeordnet – das Wohnhaus von Otto Kellner in

hatten. Auch der Beleuchtungskalender für den Winter 1849/50, vom Oktober 1849 bis April 1850, in dem der Bürgermeister die Brenndauer der einzelnen Laternen an jedem Tag vorschrieb, findet sich in den Akten der Stadt⁵⁶. Im Mai 1846 verkaufte die Gemeinde Deutz zwanzig überflüssige Öl-Straßenlaternen an die Stadt Brühl⁵⁷

Löhne um 1850:

- 6 bis 7 Taler monatlich, 80 bis 100 Taler jährlich gelten als Existenzminimum.
- Frauen werden durchweg deutlich schlechter bezahlt als Männer: Arbeiterinnen in Berliner Textilfabriken bekommen zwischen 3 und 6 Silbergroschen täglich, die Männer als Drucker oder Färber 15 bis 25 Silbergroschen.

SCHWIERIGE ANFANGSJAHRE FÜR DIE GASWERKE

Die ersten Jahre der Firma müssen schwierig und wenig gewinnbringend gewesen sein. Leider sind wir bei zahlreichen Details auf ein Schaurte-feindliches Flugblatt der städtischen Gaskommission vom Oktober 1867 angewiesen, die die Deutzer Öffentlichkeit gegen die Gaswerke Schaurte einzunehmen versuchte, und das deshalb mit großer Vorsicht als Quelle zu benutzen ist. Da es ausdrücklich gegen den späteren Leiter der Gaswerke, Otto Kellner, gerichtet war, wurde sein Vorgänger Tillmann Schaurte als Gegenbild ausgesprochen positiv dargestellt: So sei in den ersten schwierigen Jahren die Firma nur durch die „scharfe Beaufsichtigung“ und den „unermüdlichen Fleiß des eigentlichen Gründers und Leiters“ der Fabrik, Tillmann Schaurte, am Leben erhalten worden, der „wegen seines geraden, schlichten Wesens und ehrenhaften Charakters allgemein geachtet“ worden sei⁵⁸. Tillmann Schaurte war selbst kein Techniker, sondern stützte sich zunächst auf einige erfahrene Gasarbeiter und sein Wissen aus älteren englischen und französischen Büchern. Erfahrungen wurden beim Betrieb gesammelt. Später stellte er mit Otto Kellner einen Gasingenieur ein. Der Erfolg der Firma beruhe unter anderem auf dem guten Röhrensystem, das Gas- und damit Geldverlust minimiere⁵⁹.

Dennoch habe die Firma so wenig Gewinn abgeworfen, daß der ausscheidende Teilhaber Gerhard

der Freiheitsstraße 45 abgebildet.

⁵⁶ Beleuchtungskalender in Nr. 123, Bl. 72f, 76, 79, 140-145. Weitere Beleuchtungskalender in Nr. 124, Bl. 19; Nr. 121, Bl. 117.

⁵⁷ Nr. 123, Bl. 108, 109.

⁵⁸ Flugblatt der „stadträtlichen Commission für Gas-Angelegenheiten“ vom Oktober 1867, in: HASTK, Best. 860, Nr. 121, Bl. 64-68.

⁵⁹ Statistische Mitteilungen über die Gasanstalten in Deutschland, München: Oldenburg 1862, S. 29, Nr. 121, Bl. 64-68.

Schaurte kein Geld erhielt – so das Flugblatt von 1867. Erst als die Köln-Mindener Eisenbahngesellschaft 1845 in Deutz ein Stationsgebäude errichtet hatte, bekam die Firma Schaurte mit dieser Bahngesellschaft endlich einen zahlungskräftigen Privatkunden⁶⁰. Während vorher die Gewinne der Gasfabrik eher mager ausgefallen waren, wuchs mit dem Bau der Eisenbahn die Bevölkerung an und damit die Zahl der Privatkunden, und durch den Bahntransport konnte die preiswertere Ruhrkohle statt der per Schiff gelieferten teureren Saarkohle gekauft werden. Beides verbesserte die wirtschaftliche Lage der Fabrik⁶¹. Für das Geschäft mit der Köln-Mindener Eisenbahn mußte Schaurte allerdings erst einmal Gasröhren zum neuen Bahnhof⁶² legen und die Straße zum Bahnhof beleuchten. Für den Bau der Gasleitung beantragte Schaurte Ende 1845 eine Genehmigung, jedoch zog sich das Verfahren ziemlich lange hin⁶³.

Entsprechend seiner Verpflichtung, die Tarife für Privatkunden öffentlich zu machen, teilte Schaurte dem Bürgermeister mit, daß 1 000 englische Kubikfuß (cfs.) 3,5 preußische Taler kosten sollten⁶⁴. Allerdings mußte später „wegen eines Prozesses zwischen einem Consumenten und der Kölner Gasgesellschaft“ der größere preußische statt des englischen Kubikfußes zugrunde gelegt werden⁶⁵. Der Preis von 3,5 Taler für 1 000 cfs. galt damals als „anpassend billig“ und wurde unvermindert bis 1866 beibehalten⁶⁶.

Die neue Deutzer Straßenbeleuchtung erregte auch das Interesse der Nachbarstädte. So erkundigte sich im Februar 1846 der Bonner Oberbürgermeister Oppenhoff nach den Deutzer Verträgen und Preisen, und im Oktober 1846 wollte der Düsseldorfer Bürgermeister wissen, ob die Kölner Regierung oder Anwohner bei der Genehmigung der Gasfabrik aus gesundheitspolizeilichen Gründen irgendwelche Schwierigkeiten gemacht hätten. Der Deutzer Bürgermeister Schaurte berichtete vom erwähnten Einwand, verwies auf die einschlägigen Vertragsbestimmungen und berichtete, daß es sonst keine Probleme mit den Nachbarn der Gasfabrik gebe⁶⁷.

⁶⁰ Nach 1845 ließen sich mehrerer Bahngesellschaften in der Stadt nieder und es entstanden zwei Bahnhöfe, s. Aders 1988, 130f.

⁶¹ Nr. 121, Bl. 64-68.

⁶² Der Bahnhof der Köln-Mindener Eisenbahn entstand in Norden von Deutz, nahe der heutigen Constantinstraße

⁶³ Nr. 123, Bl. 89. Die Gasröhren sollten in der Straße zwischen den Stallungen der Dragonerkasernen und dem Artillereschuppen verlegt werden.

⁶⁴ 33,5 cfs entsprachen etwa 1 m³, d.h. 1 000 cfs sind rund 30 m³. Entsprechend wurde später von rund 2 Talern für 1 000 cfs auf rund 0,2 Mark pro m³ umgestellt (1 Mark = 1/3 Taler). Nr. 123, Bl. 90.

⁶⁵ Der englische Fuß betrug 30,479 cm, der rheinische oder preußische hingegen 31,385 cm.

⁶⁶ Nr. 121, Bl. 64-68.

⁶⁷ Nr. 123, Bl. 104, 111 f. Die Regierung in Düsseldorf hat der Stadt Düsseldorf zwar den Vertrag mit der Firma Sinzig & Co über Gaslieferungen genehmigt, aber die Erweiterung der Gasfabrik aus gesundheitspolizeilichen Gründen verweigert. Die Firma werde sich zwar an das Berliner Ministerium wenden, aber die Stadt Düsseldorf wollte so schnell wie möglich ihre Straßenbeleuchtung haben und wollte daher wissen, ob es auch in Deutz Probleme gab und wie diese

Allerdings waren die frühen Gaswerke nach heutigen Maßstäben unglaubliche „Dreckschleudern“. Neben den vielfältigen Gesundheitsgefahren für die Arbeiter einer Gasanstalt gab es enorme Umweltschäden: Beim Ablöschen des Koks entstand Schwefelwasserstoff, der stinkend durch die Straße zog und mit Ölfarbe gestrichene Häuser schwarz werden ließ. Beim Regenerieren der Reinigungsmasse entstanden giftige Gas und durch Undichtigkeiten der Gasbehältern wurden Böden und Gewässer verunreinigt. Bis zu einer Entfernung von 300 Metern konnten Bäume absterben⁶⁸. In dieser Hinsicht unterschied sich eine Gasanstalt nicht sehr von einer Eisengießerei oder Gerberei. Dazu kam, daß die Fabrikationsbetriebe oft mitten in den Wohnvierteln lagen. Allerdings herrschten in den engen Innenstädten ohnehin oft katastrophale hygienische Zustände. Schmutz, Lärm und Gestank gehörten zum Alltag.

1847 – WER BEZAHLT DIE BELEUCHTUNG DER TEMPELWALLSTRASSE ?

Bereits Anfang Oktober 1844 erbat die Gemeinde von Schaurte Kostenvoranschläge für weitere Lampen und der Gemeinderat beschloß Ende 1844 die Anbringung zweier weiterer Laternen in der Tempelwallstraße, die damals als neue Wohnstraße entstand. Das reichte den Anwohnern allerdings nicht: Im September 1847 baten 22 Anwohner um die Beleuchtung ihrer Straße. 20 Häuser seien bereits fertig und weitere im Bau. Bei der unzureichenden Beleuchtung sei im Dunkeln die Sicherheit der Passanten nicht gewährleistet⁶⁹. Es hatte sich also bereits eine Art Bürgerinitiative gebildet. Der Gemeinderat gründete daraufhin eine Kommission, die sich mit dieser Frage befassen sollte. Die Firma Schaurte erklärte sich dazu bereit, die notwendigen Röhren zu verlegen, wollte aber die Kosten nicht alleine übernehmen, sondern forderte von der Gemeinde ein zinsloses Darlehen in Höhe von 500 Talern⁷⁰. Hier war eine Lücke im Vertrag, der die Anlage zusätzlicher Gasbeleuchtungen nicht regelte: Mußte Schaurte neue Röhren auf seine Kosten legen lassen oder nicht? Schaurtes Forderung machte im Rat böses Blut: Der Beigeordnete Burgmer⁷¹ forderte, daß Schaurte unverzüglich Röhren lege und der Gemeindeverordnete Schullenberg wollte Schaurte in den Rat einladen, weil es in Köln „mit dem Gasfabrikanten in selbigen Conflict gekommen war“⁷². Tatsächlich wurde Schaurte in den Rat gebeten, und erläuterte den

gelöst wurden.

⁶⁸ Meyers Großes Konversations-Lexikon, Bd. 12, Artikel Leuchtgas, Leipzig/Wien 1909.

⁶⁹ Nr. 123, Bl. 74, 78, 116.

⁷⁰ Nr. 123, Bl. 120.

⁷¹ Kaufmann Wilhelm Theodor Burgmer, Beigeordneter 1838-1850.

⁷² Nr. 123, Bl. 124-126. Dergestalt auf Köln angesprochen, stellte Schaurte am 8.11.1847 für den Gemeinderat die Gaskosten der Stadt Köln bei der Englischen Gasgesellschaft (ICGA) zusammen: Nach dem neuen Kölner Vertrag, der eine Höchstzahl von 125 Öllaternen festschrieb, zahle Köln jetzt fast 3 000 Taler mehr. Die städtischen Gebäude würden nicht nach Stundenpreis (wie die öffentliche Straßenbeleuchtung), sondern nach der Gasmenge (wie bei

Gemeindeverordneten, daß er wahlweise Gas oder Öl liefern müsse und nicht unbedingt Gas, wenn der Konsum die Investition nicht rechtfertige. Schaurte rechnete vor, daß in der Tempelwallstraße nicht genügend Häuser stünden, um das Verlegen von 1 700 Fuß (530 Meter) neuer Gasleitung zu rechtfertigen⁷³.

Die Städtische Gaskommission⁷⁴ kam ebenfalls zu dem Schluß, daß Schaurte nicht auf eigene Kosten Röhren legen müsse. Der Bürgermeister enthielt sich als Gesellschafter der Firma jeder Äußerung⁷⁵. Ein zweites Gutachten in der „Streitfrage“ kam allerdings zu dem Schluß, daß Schaurte Gas liefern müsse⁷⁶. Inzwischen war wieder ein Jahr vergangen und am 13. August 1848 baten die Bürger des Tempelwalls erneut um die Beleuchtung ihrer Straße und zusätzlich um eine „gepflasterte Abfluß-Rinne“⁷⁷.

Für die Geschichte der Gasfabrik nicht so wichtig, für die Familiengeschichte dafür um so mehr ist die Geburt der drei Söhne von Tillmann und Sibilla Schaurte: Am 22. Juli 1849 wurde der erste Sohn Theodor Gerhard in der Schaurteschen Wohnung in der Freiheitsstraße Nr. 66 geboren, am 7. März 1851 folgte Christian und am 18. Juni 1852 der dritte Sohn Franz Joseph Schaurte.

1852 – SCHAURTE UNTER PREISDRUCK

Anfang 1852 wurden der städtischen Beleuchtungskommission die Kosten für die Gasbeleuchtung zu hoch. Sie schlug vor, die Laternen schon früher zu löschen, um so Geld zu sparen. Indem man den Mondschein nutzte, sollten die Laternen nur noch 1 300 Stunden brennen, trotz einer gleichzeitigen Verlängerung der Beleuchtungsdauer von sieben auf acht Monate⁷⁸.

Die Firma Schaurte lehnte das jedoch ab. Schaurte sah im Vertrauen auf das Mondlicht einen „gewaltigen Irrthum“: Nicht die astronomischen Aufgangszeiten des Mondes seien wichtig, sondern der Winkel des einfallenden Lichtes: Mondlicht sei als Straßenbeleuchtung unzweckmäßig, weil es zu schräg auf die Stadt und deshalb nicht bis in die Straßen falle. Deshalb lasse die Stadt Köln ihre Laternen inzwischen bis Sonnenaufgang brennen. Vorher hatte wegen schlechter Witterung an zwei von drei Mondlichttagen, an

Privatkunden) berechnet, und zwar mit 2 ½ Taler für 1 000 englische Kubikfuß.

⁷³ Nr. 123, Bl. 127

⁷⁴ Diese neue städtische Kommission entwickelte noch weitere Aktivitäten: Im Oktober 1848 forderte die „gemeinderäthliche Beleuchtungs-Commission“ den Beleuchtungs-Inspektor Zündorf auf, dafür zu sorgen, daß die Wirte ihre Häuser vorschriftsmäßig beleuchteten, denn das hatte bislang nur ein Wirt gemacht, s. Nr. 123, Bl. 137.

⁷⁵ Schreiben des Deutzer Bürgermeister an den Landrat vom 11.12.1847, in: HASTK, Best. 860, Nr. 123, Bl. 130-133.

⁷⁶ Nr. 123, Bl. 140.

⁷⁷ Nr. 123, Bl. 130 ff., 136, 140.

⁷⁸ Nr. 123, Bl. 150.

denen die Laternen gelöscht blieben, Dunkelheit geherrscht. Es sei sogar ein Sprichwort entstanden: „Auf den Straßen dunkel, im Kalender Mondenschein“. Es gebe keine Verschwendung, da die Laternen noch im Dunkeln gelöscht würden. Trotz dieser Einwände war Schaurte aber zur Änderung der Beleuchtungszeiten bereit und legte zwei Alternativvorschläge vor, die für die Gemeinde Kosten in Höhe von 875 bzw. 1 026 Talern vorsahen⁷⁹.

Mit diesen Vorschlägen stieß er allerdings bei der Beleuchtungskommission auf heftigen Widerstand. Sie schlug dem Gemeinderat vor, die Vorschläge gar nicht erst zu behandeln, sondern zur Tagesordnung überzugehen. Die Kommission kommentierte lediglich Schaurtes letzten Satz, der sie besonders geärgert hatte: „Nur den Schlußsatz des Gutachtens, welchen der Unternehmer den Plänen beigefügt hat, glaubt die Kommission hier nicht mit Stillschweigen übergehen zu können und zwar aus den Gründen, das dann wahrscheinlich [der] Gemeinderat nicht mehr in die unangenehme Lage versetzt wird, Vorschläge resp. Erörterungen u[nd] Gutachten vorgelegt zu bekommen, welche nichts weniger als schmeichelhaft für denselbigen sind. H[err] Ch. Schaurte sagt, daß das Beleuchtungswesen sein Fach sei, er schenke demselbigen alle Aufmerksamkeit, und glaubt, nicht ganz ohne Erfahrung zu sein. Nach dem Dafürhalten der Kommission hält [der] Gemeinderath den H[errn] Ch. Schaurte im Beleuchtungswesen, was den Theil der Fabrikation betrifft, gewiß für kompetent und sich in seiner Eigenschaft als Gemeinderath für völlig inkompetent. Was aber den zweiten Theil des Beleuchtungswesens, den der Konsumtion, betrifft, so kann hier der Satz vollständig umgekrempelt werden, und das aus sehr natürlichen Gründen, die keiner Auseinandersetzung bedürfen“⁸⁰.

Offenbar war die Atmosphäre zwischen der Firma Schaurte und der städtischen Beleuchtungskommission inzwischen ziemlich gespannt: Die Kommission warf Schaurte Inkompetenz in Sachen Gasverbrauch vor und wollte den Gemeinderat zukünftig vor „unangenehmen“ und „wenig schmeichelhaften“ Vorschlägen des Gasunternehmers schützen.

Nachdem auch die Debatte im Stadtrat im Februar 1852 zu Schaurtes Ungunsten ausgegangen war, fügte sich Schaurte dem Wunsch der Gemeinde, die Laternenzahl zu reduzieren: Für nur noch 950 Taler im Jahr sollten 15 Zehn-Uhr-Laternen wegfallen und dafür 32 Laternen das ganze Kalenderjahr hindurch brennen, also auch im Sommer. Die Kommission handelte Schaurte dann noch einmal auf 873 Taler herunter. Er akzeptierte, bat allerdings wegen der zahlreichen Modifikationen um eine notariell beglaubigte

⁷⁹ Nr. 123, Bl. 152-154, 162, 167.

⁸⁰ Nr. 123, Bl. 156.

Vertragsänderung⁸¹.

Damit scheint der Konflikt zugunsten der Gemeinde gelöst worden zu sein. Der Ausgang des Streites zeigt, daß Schaurte als Monopolist zwar Vorteile genoß, aber dennoch dem entschlossenem Druck seines wichtigsten Kunden – des 1856 zur Stadt erhobenen Deutz⁸² – wenig entgegensetzen konnte.

1856 – 1860: RÜCKSCHLÄGE FÜR DIE GASFABRIK SCHAURTE

Die Akten zu den Gaswerken enthalten bis 1862 noch diverse Bitten um mehr Beleuchtung. Weitere Details aus dieser Zeit erhellt leider nur das erwähnte Flugblatt von 1867:

Tillmann Schaurte starb am 29. Januar 1856⁸³. Seine Witwe war nun die „Gasfabriksbesitzerin“⁸⁴. Die Leitung der Firma übernahm der „Gasingenieur“ Otto Kellner⁸⁵, der vorher wohl Prokurist der Firma war und das technische Wissen mit einbrachte. 1860 heiratete er Tillmann Schaurtes junge Witwe Sibilla Margaretha geb. Kneusels und übernahm am 1. Mai 1860 für die unmündigen Kinder von Tillmann und Sibilla (Theodor⁸⁶, Christian⁸⁷ und Franz) die Firma „zeitweise“ – bis zur Mündigkeit der Kinder, wie er betonte⁸⁸ – in seinen Besitz.

Ein weiterer herber Schlag für das Unternehmen war 1859/60 der Verlust der Köln-Mindener Eisenbahngesellschaft als Kunden, der die Firma die Hälfte der Produktion kostete. Der Bau der festen Rheinbrücke im Jahre 1859 ermöglichte es der Eisenbahn, ihr Gas billiger aus Köln zu beziehen. Kellner prüfte juristische Schritte: Am 17. August 1859 debattierte die Stadtverordnetenversammlung sein „Gesuch

⁸¹ Nr. 123, Bl. 157-161.

⁸² Die Bürgermeisterei Deutz war 1856 zur Stadt erhoben worden.

⁸³ Die Grabstätte der Familie Tillmann Schaurte befand sich auf dem alten Friedhof in Köln-Deutz, Deutz-Kalker-Straße 55.

⁸⁴ Kölner Adressbuch von 1857.

⁸⁵ Otto Kellner, Gasfabrikbesitzer (Köln 8.10.1825 – Köln-Deutz 27.11.1891). Er heiratete 1860 Sibilla Kneusels, die Witwe des Tillmann Schaurte, und hinterließ bei seinem Tode neben der Witwe fünf Kinder, einen Schwiegersohn, zwei Schwiegertöchter und vier Enkel; Schleicher, Totenzettel.

⁸⁶ Theodor Gerhard Schaurte, Kaufmann, Stadtverordneter in der II. Wählerklasse zu Köln 1892-1902 (Zentrumspartei) und Provinziallandtagsabgeordneter; Deutz 22.7.1849 – Deutz 5.6.1902; Schleicher, Totenzettel; Bayer Personenstandskartei.

⁸⁷ Christian Tillmann (7.3.1851, Deutz – 7.3.1917, Düsseldorf), verheiratet seit 14.5.1892 mit Hedwig Amalie Maria Lindau (geb. Elberfeld 3.3.1868), Tochter des Schriftsteller, Dramatikers und Theaterdirektors Paul Heinrich Gustav Leopold Lindau (Magdeburg 3.6.1839 – Berlin 31.1.1919) und Maria Hedwig Bronkhorst (?); Bayer, Personenkartei. Christian Schaurte gründete 1875/76 in Neuss die bis heute existierende Schraubenfabrik Bauer & Schaurte (heute: Werk Bauer & Schaurte Karcher der Textron Verbindungstechnik GmbH & Co. OHG, Tochter des US-Konzern Textron Inc.)

⁸⁸ Nr. 124, Bl.6. Die unmündigen Kinder spielen später noch eine Rolle.

... um Führung eines Prozesses gegen die Cöln-Mindener Eisenbahngesellschaft wegen Legung von Gasröhren auf der Rheinbrücke und Bahnwegen“. Die Stadtverordneten waren zwar der Meinung, daß „die Stadt nicht befugt sei, diese Legung von Gasröhren zu gestatten“, aber dennoch setze die Eisenbahn ihre Pläne um⁸⁹. Nach dem Flugblatt (von 1867) hatte die Eisenbahn den Vertrag gekündigt, weil die Deutzer Gaspreise zu hoch waren. Offenbar ließ Kellner dann die Gasleitung zum Bahnhof kappen, noch bevor die neue Leitung aus Köln lag. Die Polizei schritt ein, und die Firma Schaurte mußte die Leitung wieder öffnen.

Nach Tillmann Schaurtes Tod - so das Flugblatt - habe der Firma die „richtige Einsicht in die Leitung der Geschäfte“ gefehlt. Während die Kölner Gasfabrik ihre Preise reduziert habe, sei die Deutzer trotz zahlreicher Anträge uneinsichtig geblieben. Und das, obwohl ringsum andere Städte eigene Gasfabriken einrichten würden, um billiger als private Unternehmer produzieren zu können⁹⁰.

Am 19. Dezember 1859 kam es zu einem Brand und einer Explosion in der Gasfabrik⁹¹, bei der brennender Teer bis auf die Straße geschleudert wurde und dort erst gelöscht werden konnte. Acht Tage später gab es eine weitere Explosion, die angeblich „noch gefährlichere Dimensionen angenommen haben würde, wäre man nicht zeitig Herr der Situation geworden“. Nach einem späteren Bericht – der allerdings gerade die Gefährlichkeit der Gaswerke hervorheben wollte – gab es damals öffentliche Kritik an der Lage der Gaswerke mitten in der Stadt: „Damals schrie die ganze Stadt, es ist eine Schande, daß ein solch feuergefährliches Werk innerhalb der Stadtmauern geduldet wird, es muß vor die Thore hinaus verlegt werden!“ Eine städtische Deputation habe sich deshalb ans Landratsamt gewandt⁹², aber offensichtlich blieb alles beim alten. Nach den vermutlich von Kellner verfaßten „Statistischen Mitteilungen“ hielt Kellner den Betrieb zwei Monate lang ohne Dach aufrecht. Die Zerstörungen müssen sich also in Grenzen gehalten haben.

⁸⁹ Nr. 124, Bl. 163.

⁹⁰ Flugblatt der „stadträtlichen Commission für Gas-Angelegenheiten“ vom Oktober 1867, in Nr. 121, Bl. 64-68.

⁹¹ Explosionen in Gasfabriken kamen durchaus öfter vor. Das Berliner Handelsministerium hatte deshalb schon 1856 schärfere Vorschriften für den Bau und die Konzessionierung von „Gasometern und Gasbereitungs-Anlagen“ erlassen. Schreiben des Ministeriums an die Kgl. Regierung in Köln vom 10.3.1856, in: HSD: Regierung Köln, Nr.2174, Bl. 19 f. Am 27. Juni 1856 teilte Kreisbaumeister Sepp der Regierung mit, daß der Gasometer der Gasfabrik in Deutz „auf eingeschlossenem Terrain im Freien“ sich befinde, daher „der Umgebung keine Gefahr für die Entzündung“ darbiere und somit den Vorschriften des Ministeriums entspreche, Ebd. Bl.24

⁹² Nr. 121, Bl. 116f.

DIE GASFABRIK IM JAHRE 1862

1862 betrug das Geschäftskapital der Firma 30 000 Taler. Sie versorgte 52 städtische Straßenlampen mit je 1 300 Brennstunden jährlich und 5 bis 6 Kubikfuß. stündlichem Verbrauch für 6 Pfennig pro Stunde. Außerdem wurden 800 private Lampen zum Preis von 3½ Taler pro Kubikfuß versorgt⁹³. Vergast wurde Ruhrkohle aus verschiedenen Zechen. Zur Fabrik gehörten vier Öfen, von denen aber nur ein bis drei Retorten in Betrieb waren. Außer den Öfen und Retorten hatte die Fabrik einen Wascher, vier Kalk-Reiniger⁹⁴, zwei Gasbehälter (7 000 cfs und 16 000 cfs) und verteilte das Gas über 12 000 Fuß (= 3,8 km) Röhren von 2 bis 4 Zoll Durchmesser. Als Gaszähler wurden 150 „nasse“ Gasuhren der Berliner Firma Elster⁹⁵ eingesetzt. Die beiden Nebenprodukte der Produktion, Koks und Teer, wurden verkauft, die Abfallprodukte Ammoniakwasser und Kalk entsorgt. Insgesamt produzierte Schaurte 2 Millionen Kubikfuß Gas jährlich. Bis zum 15. Februar 1860 hatte die Jahresproduktion noch bei 4 Mio. Kubikfuß gelegen, aber seitdem bezog der Deutzer Bahnhof sein Gas über die neue Brücke aus Köln. Deswegen besaß die Gasfabrik sehr viel mehr Öfen als gebraucht wurden und den zweiten Gasbehälter. Voll Schadenfreude gegenüber dem abgesprungenen Kunden fügte Kellner noch an: „Während des Hochwassers von 1862 lag der Bahnhof 10 Tage im Dunkeln, weil das Cölner Hauptrohr voll Wasser gelaufen war“⁹⁶.

Trotz Schaurtes Monopol entstand 1862 in Deutz eine zweite Gasfabrik, die Otto Kellner allerdings offenbar kein Kopfzerbrechen bereitete: Wilhelm Zündorf aus Deutz, „Eigenthümer der Eschweiler Gasfabrik“, beantragte am 19. Mai und 10. Juni 1862 bei der Kölner Regierung die Konzession zum Bau einer Gasbereitungsanstalt in Deutz. Mit zahlreichen Sicherheitsauflagen bekam er am 16. Juli 1862 die gewünschte Konzession. Nach dem Situationsplan vom 7. Juni 1862 lag seine Gasfabrik mit einem Gaskessel für 20 000 Kubikfuß weit draußen vor der Stadt auf seinem Ziegeleigelände, in der Nähe der Köln-Mindener Eisenbahn. Von hier aus wollte er eine Rohrleitung zur Mülheimer Chaussee und weiter nach Kalk legen⁹⁷. So machte er Kellner keine Konkurrenz und wurde offenbar von ihm in Ruhe gelassen.

⁹³Die Verwendung des Leuchtgases für Heiz- oder Kochzwecke kam erst einige Jahrzehnte später auf.

⁹⁴Größere Gaswerke benutzten „Wascher“, in denen ein feiner Sprühregen sehr viele Verunreinigungen aus dem Gas wusch. In einem zweiten Reinigungsgang wurde das Gas durch verschiedene Lagen von gelöschtem Kalk geleitet, der Kohlensäure und Schwefelwasserstoff aus dem Leuchtgas filtert.

⁹⁵Die Gaskommission beschaffte Photometer und Experimentgasmesser der Berliner Firma Elster, Zeichnung und Schreiben vom 4.4.1865 in Nr. 124, 27f..

⁹⁶Nr. 121, Bl. 64-68. Im März 1863 war die Gasanstalt Köln noch einmal mit Veränderungen der Gasleitungen am Deutzer Bahnhof beschäftigt, Leitungen wurden aufgegraben und verbunden, Nr. 123, Bl. 229.

1862 – Die DISKUSSION ÜBER DIE VERLÄNGERUNG DES MONOPOLS

Otto Kellner machte sich bereits frühzeitig Gedanken über die Verlängerung seines Monopols, das Anfang 1869 auslaufen sollte. Die Methoden allerdings, mit denen er versuchte, sein Ziel zu erreichen, lösten in der Stadt eine massive Opposition gegen ihn aus.

Am 12. Dezember 1862 schrieb Kellner listig dem gerade auf weitere zwölf Jahre im Amt bestätigten Bürgermeister Gerhard Schaurte⁹⁸, daß er den Gaspreis gerne senken würde, es aber derzeit nicht könne. Er brauche eine Gegenleistung der Stadt: „Das Opfer, welches ich der Stadt und ihren Bürgern bringen möchte, erheischt der Natur der Sache nach eine entsprechende Gegenleistung; die Konzession, die ich zu machen gedenke, werde durch eine Gegenkonzession bedingt, deren materielle Grundlage sich mit Leichtigkeit aus dem bestehenden Verträge ... schöpfen lasse“, denn er habe ja noch sechs Jahre sein Monopol. Konkreter wurde er nicht. Vom Bürgermeister um Vorschläge gebeten, erläuterte Kellner eine Woche später, daß er eine neue Vereinbarung über die Gasbeleuchtung anstrebe. Allerdings wollte Kellner seine Vorschläge nicht schriftlich unterbreiten, statt dessen sollte der Stadtrat eine Kommission ernennen, mit der er über eine sofortige Senkung des Gaspreises verhandeln wollte⁹⁹.

Der Bürgermeister akzeptierte den Vorschlag und bestimmte schon einmal eine Kommission¹⁰⁰. Durch Unterschrift stimmten zahlreiche Stadtverordnete zu¹⁰¹, und es sah fast so aus, als würde Kellner mit seinen ungewöhnlichen Plänen durchkommen.

Nur der Stadtverordnete und Kaufmann Eduard Hartmann¹⁰² opponierte vehement: Seiner Ansicht nach war es „nicht im Interesse“ der Stadt, „jetzt schon in neuere Vertragsverhältnisse als zu präjudizierliche mit Herrn Kellner anzubahnen. Dasselbe könnte nur fassen auf zur Zeit bestehenden Verhältnissen, sowohl was Darstellung als was Consum des Leuchtgases anbelangt. Alle Vortheile eines sich mehr und mehr entwickelnden Verkaufes sowie alle Vortheile neuerer Erfindungen in der Darstellung des Gases würden dadurch nutzlos für uns verloren gehen. Der Antrag des Herrn Kellner spricht selbst am besten für meine Behauptung. Das städtische Interesse macht eine besondere Eile nicht nötig.“

⁹⁷ HsD: Polizeipräsident Köln, Nr. 265.

⁹⁸ Zur Neuwahl des Bürgermeisters und der Beigeordneten s. Nr. 20, Bl. 112..

⁹⁹ Nr. 123, Bl. 221-223 f.

¹⁰⁰ Notar Joseph Schmitz, Baumeister Müller, Hermelsheim, Becker und (Kaufmann Julius Oesterreich, 1. Beigeordneter von 1864-1877).

¹⁰¹ Nr. 123, Bl. 223.

¹⁰² Eduard Hartmann, 1850-77 Zweiter Beigeordneter und 1877-83 Erster Beigeordneter (Neidiger XXXXXX).

Da allerdings die Stadtverordnetenversammlung beschlossen hatte, Kellners Vorschläge „wenigstens hören zu wollen“, forderte Hartmann, daß Kellner seine Vorschläge, die er immer noch vermisste und die „nur höchst einfach sein“ könnten, „wie üblich ... schriftlich“ vorlegen sollte und auch die „Verhandlungen schriftlich geführt werden“, während „mündliche Erläuterungen Hr. Kellners“ vor dem ganzen Stadtrat abgelegt werden sollten¹⁰³.

Mit seinen Einwänden setzte sich Hartmann im Stadtrat nach einer Kampfabstimmung mit neun gegen sieben Stimmen durch. Eine gesonderte Kommission wurde abgelehnt¹⁰⁴. Der Bürgermeister forderte dementsprechend Kellner am 27. Dezember 1862 auf, dem Stadtrat seine Vorschläge mündlich vorzutragen¹⁰⁵.

Kellner antwortete erst fast zwei Monate später: Am 21. Februar 1863 erklärte er erneut seine Bereitschaft, den Gaspreis zu senken, wenn die Stadt mit ihm einen neuen Vertrag abschließe. Über die Jahre der Vertragsdauer wollte er den Gaspreis pro städtischer Laternenstunde von 6 über 4 bis auf 2 Pfennig und den Preis für Privatkunden von 3,15 Taler auf 2,15 Taler pro 1000 cfs. senken. Da die Stadtwerke Mülheim ihr Gas allerdings für 1,10 Taler produzierten, lehnten die Stadtverordneten ab¹⁰⁶.

1863 – DER RÜCKTRITT DES BEIGEORDNETEN HARTMANN

Möglicherweise wegen dieser Auseinandersetzung um die Gaswerke kam es im Sommer 1863 zum Eklat und zum Zerwürfnis zwischen Bürgermeister Gerhard Schaurte und seinem Beigeordneten Hartmann: Mitte Juli 1863 legte Hartmann ohne Erklärung sein Amt als Beigeordneter nieder. Als die Regierung seinen Rücktritt ablehnte, erläuterte Hartmann seinen Schritt: „Das Interesse hiesiger Stadt“, so schrieb er dem Bürgermeister, „erfordert ganz besonders ein offenes, einträchtiges Zusammenwirken derjenigen Personen, denen mehr oder minder die Förderung des städtischen Wohles pflichtgemäß obliegt. Unter den gegenwärtigen schwierigen Verhältnissen“ störe aber das „Nichtvorhandensein“ von „wenigstens generellen Übereinstimmungen ... die Eintracht“. Man habe sich auseinander entwickelt: „In diesem Punkte trennen wir uns ... immer mehr und mehr.“ Die „privaten Auslassungen“ Schaurtes über seine Ansichten hätten

¹⁰³ Nr. 123, Bl. 223 Rs und 224.

¹⁰⁴ Nr. 121, Bl. 64-68.

¹⁰⁵ Nr. 123, Bl. 224.

¹⁰⁶ Nr. 124, Bl. 1, Nr. 121, Bl. 64-68. Die städtischen Gaswerke in Mülheim spielten als Vergleichsmaßstab zur Fabrik Schaurte immer wieder eine Rolle: Anfang 1874 wurde Kellner vorgeworfen, er verbreite falsche Zahlen über die städtische Gasfabrik Mülheim. Während der Bürgermeister davon ausging, die Fabrik würde 14 000 Taler Gewinn jährlich abwerfen, habe Kellner 11 000 Taler behauptet. Die Mülheimer Gaswerke bestätigten aber mehr oder weniger

Hartmann „nie mißstimmen“ können, nun habe Schaurte den Bogen überspannt: „Ihr amtlich entschieden feindseeliges Auftreten am verflommenen Sonntag Abend, mir und einigen Bekannten gegenüber, [hat] den Entschluß bei mir zur Reife gebracht, ... meine langjährige Stellung als Beigeordneter ... niederzulegen“¹⁰⁷

Die Antwort Schaurtes ist leider weitgehend unleserlich, allerdings erwähnt er „Reibereien zwischen Civil & Militär“, um die es an dem besagten Abend gegangen sei. In der Garnisonsstadt Deutz waren Wirtshausschlägereien und andere Auseinandersetzungen zwischen betrunkenen Soldaten und der Bevölkerung nichts ungewöhnliches¹⁰⁸. Jedenfalls nahm die Regierung angesichts des offenen Zerwürfnisses Hartmanns Entlassungsgesuch am 22. Oktober 1863 an¹⁰⁹. Im Dezember 1863 wurde Hartmann allerdings schon wieder in den Stadtrat gewählt und wurde am 1. August 1864 erneut Erster Beigeordneter¹¹⁰.

Die Verhandlungen zwischen Kellner und der Stadt kamen im ganzen Jahr 1863 offensichtlich nicht weiter. Mitte Dezember 1863 meldete sich dann ein Eduard Klönne¹¹¹ beim Deutzer Bürgermeister Schaurte¹¹²: Er sei seit einem Jahr Deutzer Bürger und habe angesichts der festgefahrenen Gespräche auf eigene Faust als ein „Vertrauensmann“ mit Kellner verhandelt, . Autorisiert von Kellner unterbreitete er nun dessen Vorschläge: Für einen neuen 25jährigen Monopolvertrag sei Kellner bereit, seine Preise noch während der laufenden Vertragsdauer zu senken. Der Gaspreis für Privatkunden müsse allerdings auch nach der Verlängerung noch 10 Pfennig höher liegen als in Köln, denn wegen des geringeren Verbrauches sei das Deutzer Gas in der Herstellung teurer. Dafür sei es aber auch besser. Voraussetzung des Vertrages sei aber, daß wegen der unmündigen Kinder der „Familienrath“ Kellners dem neuen Vertragswerk zustimme.

Offenbar stieß Klönne mit seiner angeblichen Eigeninitiative bei der Stadt auf Mißtrauen. Denn vierzehn Tage später versuchte Kellner den Status von Klönne zu erklären und seine Handlungsweise zu rechtfertigen: Klönne habe sich selbst bei Kellner erkundigt, nachdem ihm „vorgelogen“ worden sei,

Kellners Zahlen: Man habe 12 000 Taler Gewinn gemacht bei 10 Pf/m³ bzw. 1,26,10 Taler/1 000 cfs (Nr. 121, 226-228).

¹⁰⁷ Schreiben Hartmanns vom 21./22.07.1863, Antwort Schaurtes vom 23.07. und Schreiben der Regierung vom 22.10., in: HASTK, Best. 860, Nr. 20, Bl. 114-116.

¹⁰⁸ Aders 1988, S. 128 ff.

¹⁰⁹ Nr. 20, Bl. 114-116.

¹¹⁰ Nr. 33, Bl. 178, Nr. 20, Bl. 118-121.

¹¹¹ HSD: Polizeipräsident Köln, Nr. 265: Im Mai 1866 beantragt Eduard Klönne, der in der Viktoriastraße neben Johann Adam Wahlen (s.u.) wohnt, die Erlaubnis zur Aufstellung eines Dampfkessels (für eine Mineralienmühle). XXX Eduard Klönne ist möglicherweise mit den Dortmunder Unternehmer August Klönne verwandt (1849-1908), der um 1870 bei der „Kölner Maschinen AG für Gasgehälterbau“ in Bayenthal arbeitete, bevor er sich 1879 mit seiner Firma „Aug. Klönne“ (Bau von Gaswerken, Gasometern, später Stahl- und Brückenbau) in Dortmund selbständig machte. Die Firma wurde 1966 vom Thyssenkonzern übernommen; August Klönnes Bruder Karl Engelbert Julius (1851-1882) war Kaufmann in Köln; Hans Bohrmann (Hrsg.): Biographien bedeutender Dortmunder, Band 3, Dortmund 2001, 109-111.

Kellner hätte annehmbare Zugeständnisse der Stadt zurückgewiesen. Bitter beklagt sich Kellner Ende 1863 beim Bürgermeister, daß der Gemeinderat den persönlichen Verkehr mit ihm ablehne, auf seine Schreiben aber nicht reagiere¹¹³.

Derweil warnte die Gaskommission den Bürgermeister, daß der Gaskonsum 1864 rund 150 Taler teurer werden würden als im Vorjahr¹¹⁴.

BESCHWERDEN ÜBER SCHLECHTES LEUCHTGAS

Anfang Februar 1864 droht Kellner neues Ungemach: Drei Deutzer Bürger kritisieren die mangelnde Leuchtkraft des Gases und forderten von der Gemeinde eine Kontrolle der Gasqualität, bevor sie ihre Rechnung bei Schaurte bezahlten¹¹⁵. Die Gaskommission bestätigte, daß die Klagen über „dünnnes Leuchtgas“ gerechtfertigt seien und auch von anderer Seite erhoben würden. Die Kommission kritisierte, daß das im Vertrag von 1844 vorgesehene Protokoll über die Leuchtkraft des Gases, das für die folgenden Jahre als Richtschnur hätte gelten sollen, niemals aufgenommen wurde. Immerhin stand im Vertrag, die Gasflamme müsse weiß und geruchlos sein. In Deutz wären die Flammen deutlich kleiner und weniger leuchtend als in Köln, nachts sei es sogar noch schlimmer.

Aber die Gaskommission hatte noch weitere Klagen über Kellner: Die Straßenlaternen würden oft mehr als eine Stunde verspätet angezündet. Außerdem werde das täglich vorgeschriebene Lampenputzen deutlich „vernachlässigt“¹¹⁶.

Die Reaktion Kellners ist unbekannt. Er mußte sich ständig mit Beschwerden auseinandersetzen: Im Mai 1865 wurden einige Gasröhren offenbar durch Naphtalin-Ausscheidungen verstopft, die – wie Kellner erklärte – in der wärmeren Jahreszeit öfter vorkämen. Er versprach schnelle Abhilfe. Im April 1866 beschwerten sich einige aufmerksame Bürger, daß in einer Nacht die Laternen nur noch sehr schlecht brannten. Kellner entschuldigte sich, daß wegen einer technischen Panne der Kesseldruck plötzlich

¹¹² Nr.124, Bl. 3.

¹¹³ Nr.124, Bl. 6.

¹¹⁴ Nr.124, Bl. 2.

¹¹⁵ Schreiben der drei Bürger Wirt Wehmeyer, Spezereihändler Th. Rung und Pilger vom 4.2.1864, in: Nr.124, Bl.9.

¹¹⁶ Nr.124, Bl.10. Der Stadtrat forderte bei Adolph Schullenberg ein Gutachten über die technischen Gasverhältnisse in Deutz an. Nachdem Schullenberg aber monatelang nichts von sich hören ließ, mahnten Heyden und Fulda ihn Mitte September an und drohten, ihm den Auftrag zu entziehen (Nr.124, Bl.14). Schullenberg fühlte sich zu Unrecht angegriffen und wandte sich an Bürgermeister Schaurte: Heyden und Fulda scheine der Standpunkt der Sache wohl sehr unklar zu sein, sonst hätten sie sich nicht dazu verstiegen, ihm eigenmächtig mit dem Entzug des vom Gemeinderates gegebenen Auftrags zu drohen: Schullenberg habe nie einen formalen Auftrag erhalten, und er bezweifle die Autorisation der Gaskommission zu ihrem Handeln (Nr.124, Bl. 17 f.).

nachgelassen habe. Als sich im Januar 1867 einige Bürger beschwerten, daß die Laternen am Mülheimer Tor oft zu früh erloschen, erklärte Kellner dem Bürgermeister, daß bei strenger Kälte immer wieder einmal einzelne Laternen versagten. Daher werde es ab und zu Klagen über nicht brennende Laternen geben¹¹⁷. Der Frost schadete nicht nur den Laternen, sondern er bedrohte auch die Gasröhren in den Straßen: Im Winter 1870/71 sprengte der Frost das Hauptgasrohr und Kellner mußte das Pflaster aufbrechen, um den Gasverlust aufzuhalten¹¹⁸.

Trotz dieser wiederkehrenden technischen Probleme standen die Deutzer Bürger dem Leuchtgas offenbar positiv gegenüber und immer wieder wandten sich ganze Straßengemeinschaften an den Bürgermeister und baten um Gasbeleuchtung, so beispielsweise im September 1864 elf Bewohner der Neuhöferstraße, im November 1867 die Anwohner der Adolphstraße, im Februar 1868 die der Schneebergerstraße, 1869 die der Victoriastraße, im November 1869 die der Arnoldstraße und im Januar 1870 die Anwohner der Siegburger- und Langenwallstraße¹¹⁹.

Während die Verhandlungen mit der Stadt auf der Stelle traten, machte Kellner seinen Privatkunden am 30. September 1864 ein interessantes Angebot: Er bot allen Deutzer Bürger bessere Lieferverträge und versprach, bei einer 20jährigen Vertragsdauer den Gaspreis bis 1868 um einen Taler und nach 1868 zusätzlich um 1/3 Taler zu reduzieren. Einige Privatkunden – so später die Kellner-feindliche Flugschrift – nahmen zum Nachteil ihrer selbst und aller das Angebot an. Dennoch hätten die Stadtverordneten daran festgehalten, das Monopol abzuschaffen¹²⁰.

DIE SCHWIERIGKEITEN BEI DER BELEUCHTUNG DER MÜLHEIMER CHAUSSEE 1865

Anfang Juni 1865 beschwerte sich der Gemeinderat von Kalk beim Deutzer Bürgermeister über die „mangelhafte Beleuchtung des Festungsthores in Deutz“. Der Gemeinderat forderte vom Deutzer Bürgermeister und den Militärbehörden zwei Laternen am Mülheimer Tor nach Kalk¹²¹. Die Deutzer Stadtverordnetenversammlung beschäftigte sich mit dem Problem¹²². Ende August 1865 forderten auch 29

¹¹⁷ Nr.124, Bl. 25, 49, 99, 102.

¹¹⁸ Nr.124, Bl. 172.

¹¹⁹ Nr.124, Bl. 16, 103, 134, 141, 143, 145, 166.

¹²⁰ Nr.121, Bl. 64-68.

¹²¹ Nr.124, Bl. 29f. Zum Mülheimer Tor, vor dem sich die Gabelung der Straßen nach Müheim und Kalk befand, s. Voigtlaender-Tetzner/Aders 1976, S. 122.

¹²² Nr.124, Bl.31.

Anwohner der Mülheimer Straße anlässlich der Verlegung von Gasröhren von Deutz zur Waggonbaufirma van der Zypen & Charlier¹²³ die Gasbeleuchtung sowohl der Mülheimer Chaussee als auch der Festungstore. Vom Bürgermeister um ein Angebot gebeten, bot Otto Kellner an, zehn bis zwölf Laternen aufzuhängen, die pro Stück entsprechend seines Vertrages 24 Taler im Jahr kosten sollten. Der Festungskommandant Frankenberg genehmigte die Laternen und auch die städtische Gaskommission befürwortete den Antrag der Bewohner. Allerdings widersprach sie Kellner hinsichtlich der Zahl und der Kosten der Laternen. Nach einer Debatte im Stadtrat (Anfang November) verwies dieser die Angelegenheit wieder zurück in die Gaskommission¹²⁴.

Der Kommission war Kellners Preis immer noch zu hoch. Sie schlug statt dessen vor, den Anwohnern erst einmal ein „Bauschquantum“ (eine Pauschale) von 80 Talern für die Öllampen (10 Taler pro Laterne) Zuschuß zu zahlen¹²⁵. Inzwischen wurden die Anwohner der Mülheimer Chaussee ungeduldig: Die Firma van der Zypen & Charlier forderte endlich eine Entscheidung, betonte die Wichtigkeit der Angelegenheit und machte klar, daß sie Gaslaternen erwartete. Auch die Gaskommission bestätigte Ende November 1865 erneut, daß ein Bedürfnis nach Beleuchtung vorhanden sei, acht Laternen allerdings ausreichen. Die Firma Schaurte sei allerdings viel zu teuer, denn sie fordere 24 Taler jährlich, während in Kalk die Laterne nur 8 Taler im Jahr kostete. Die Gaskommission wiederholte ihren Vorschlag, den Anwohner 80 Taler „Bauschsumme“ zu zahlen. Van der Zypen & Charlier sollten sich dann selbst – über ihren Kalker Gaslieferanten – um die Beleuchtung kümmern, bis der Monopolvertrag Schaurtes mit der Stadt abgelaufen war. Entsprechendes beschloß am 4. Dezember der Stadtrat und informierte an der Zypen & Charlier, die sich also an die Kalker Gasfabrik wandten¹²⁶.

Diese Kalker Gasfabrik gehörte allerdings ebenfalls Otto Kellner. Kellner hatte die Fabrik um 1863 gegründet und sie existierte zumindest noch 1889¹²⁷. Kellner hatte überhaupt kein Interesse, von Kalk aus billiges Gas nach Deutz zu liefern und so seinen eigenen Monopolvertrag zu unterlaufen. Deshalb wies er die Bitte der Anwohner der Mülheimer Straße ab: Die Firma Otto Kellner in Kalk sei nicht berechtigt, in Deutz Straßen zu beleuchten. Er verwies die Anwohner an „höhere Instanzen“ in Deutz¹²⁸ und wandte sich auch gleich selbst an das Deutzer Bürgermeisteramt: Die Gaskonzessionen für Deutz besitze er als

¹²³ Zur Firmengeschichte der „Eisenbahnwagen- & Maschinen-Fabrik van der Zypen & Charlier“ s. Porteck 1983/1984, S. 30 ff. 1875 beschäftigte die Firma 670 erwachsene Arbeiter und 44 Kinder unter 16 Jahren und war damit der mit Abstand größte gewerblich Arbeitgeber der Stadt, HSD: Regierung Köln Nr. 2158, Bl. 53 f..

¹²⁴ Nr.124, Bl. 33-35.

¹²⁵ Nr.124, Bl.35.

¹²⁶ Nr.124, Bl. 36, 40, 42.

¹²⁷ Greven's Adreßbuch für Köln und Umgebung 1862 (hier ist die Fabrik noch nicht erwähnt), 1864 und 1889.

Rechtsnachfolger von Christian Schaurte und für Kalk in seinem eigenen Namen. Von Kalk aus hatte er im Herbst Gasröhren in die Mülheimer Chaussee verlegt, um die Firma van der Zypen & Charlier mit Gas zu versorgen. Deshalb seien die Anwohner auf die Idee gekommen, als Bewohner der Stadt Deutz (nicht der Landgemeinde, wie Schaurte betonte), die Stadt Deutz um Beleuchtung zu bitten.

Die Firma Schaurte sei laut Vertrag verpflichtet, Gas oder Öl zu liefern. Unter dem Vorsitz von Hartmann habe der Gemeinderat jedoch das Recht der Firma Schaurte zur Gaslieferung ignoriert und statt dessen van der Zypen & Charlier die Beleuchtung angeboten. Dabei sei der Stadtrat einfach davon ausgegangen, daß der Vertrag von 1844 sich nur auf das Gelände „intra muros“ beziehe, die Festungsmauern aber spielten im Vertrag gar keine Rolle. Otto Kellner zeigte sich sicher, daß van der Zypen & Charlier das Angebot der Stadt ablehnen würden und er wußte ganz genau, daß auch die Firma Otto Kellner in Kalk nicht für ein fremdes Gebiet die öffentliche Beleuchtung übernehmen werde. Kellner machte klar, daß seiner Ansicht nach die Stadt verpflichtet sei, die Firma Schaurte mit der Beleuchtung zu beauftragen (die wegen der vorhandenen Gasleitung eine Gasbeleuchtung sein werde)¹²⁹.

Davon unbeeindruckt bekräftigte die Stadtverordnetenversammlung Anfang Januar 1866 mit neun Stimmen, fünf Gegenstimmen und vier Enthaltungen ihren Beschluß vom Dezember¹³⁰. Bürgermeister Gerhard Schaurte stellte sich jetzt offen gegen den Rat und informierte Landrat Simons, daß er mit den Beschluß der Stadtverordneten nicht einverstanden sei, und deshalb den Rechtsanwalt Commer aus Köln um ein Rechtsgutachten gebeten habe. Schaurte vermutete, daß die Angelegenheit nur durch einen Prozeß zu entscheiden sei¹³¹. Das Gutachten Commer, das Mitte März vorlag und sich vor allem mit dem geographischen Geltungsbereich des Vertrages von 1844 befaßte, gab allerdings der Ratsmehrheit Recht: Schaurtes Monopol erstreckte sich lediglich auf die engere „Stadt Deutz“ und nicht auf den weiteren Gemeindebezirk¹³².

Während van der Zypen & Charlier im September 1866 etwas ungeduldig an ihr Gesuch vom Vorjahr erinnerten, gab Kellner schließlich nach und erklärte sich bereit, die Beleuchtung der Mülheimer Straße mit acht Laternen zu je zehn Talern jährlich zu übernehmen¹³³. Anfang Dezember 1866 akzeptierte die Gaskommission dieses Angebot. Obwohl fast gleichzeitig die Anwohner der Mülheimer Straße nach

¹²⁸ Nr.124, Bl. 4.

¹²⁹ Nr.124, Bl. 38.

¹³⁰ Nr.124, 43 f.

¹³¹ Nr.124, Bl. 46.

¹³² Nr.124, Bl. 50.

¹³³ Nr.124, Bl. 61, 62, 88.

einem nächtlichen Raubüberfall noch einmal dringend um die Beleuchtung der Straße baten¹³⁴, geschah erst einmal nichts. Erst als die Anwohner weitere vier Jahre später (!), im August 1869, ihre Bitte nochmals wiederholten¹³⁵, stellte der Bürgermeister fest, daß für die Distanz vom Festungstor bis zum Gasthaus Rosen – 1250 Schritt oder XXX Meter- acht bis zehn Laternen ausreichten und beauftragte Kellner im September endlich mit der Aufstellung der Laternen. Im November 1869 standen dann die Laternen¹³⁶.

In dieser Zeit war die Beleuchtung der Deutz-Mülheimer Straße durch Laternen, die im Abstand von etwa 50 Metern standen, ein erheblicher Fortschritt gegenüber dem früheren Zustand. 16 Jahre später allerdings war die sparsame Planung aus den 60er Jahren völlig überholt: Anfang 1884 beschwerte sich die Waggonfabrik van der Zypen über die mangelhafte Beleuchtung der Deutz-Mülheimer Straße. Es gebe zu wenig Laternen und außerdem würde die Gasfabrik „zu genau die Tage einhalten .., an welchen der Jahreskalender Mondschein voraussagt, obgleich diese Aussage sehr unregelmäßig zutrifft“. Die Mülheimer Gaswerke beleuchteten hingegen die Deutzerstraße täglich ohne Rücksicht auf den Mondschein. Der größte Steuerzahler von Deutz machte dem Bürgermeister deutlich, daß seine Verwaltung „hinter dem Mond“ sei: „Die Gewohnheit die Straßen im Dunkeln zu lassen, sobald der Kalender Mondschein anzeigt ist entschieden veraltet und nicht auf der Höhe der jetzigen Zeit¹³⁷. Es war nicht ungewöhnlich, daß eine Kommunalverwaltung auf derartige Beschwerden monatelang nicht reagierte, so daß das Unternehmen im August noch einmal an sein Gesuch erinnerte¹³⁸.

1866 – DER SKANDAL UM DIE STADTRATSWAHLEN

In der ersten Hälfte des Jahres 1866 kam es zu einem tiefgreifenden politischen Zerwürfnis innerhalb der Stadtverordnetenversammlung, zur Bildung verfeindeter Fraktionen und letztlich zum Rücktritt des Bürgermeisters Schaurte. Aus der betreffenden Akte „Ergänzungswahlen der Gemeinderäte“ gehen die politischen Ursachen dieses Streites zwar nicht hervor¹³⁹, aber im Zusammenhang mit der Auseinandersetzung um die Gaswerke ergeben die Ereignisse einen politischen Sinn:

Der Zwist scheint damit begonnen zu haben, daß Bürgermeister Gerhard Schaurte im Januar 1866

¹³⁴ Nr. 124, Bl. 89. Die Anwohner baten um die Beleuchtung vom Wirt Rosen bis zum Fort. Der Brief trägt 19 Unterschriften, darunter die der Besitzer von v. d. Zypen und Charlier.

¹³⁵ Nr. 124, Bl. 137.

¹³⁶ Nr. 124, Bl. 137 f., 143. Kellner bestätigte am 8.11.1869 den Bau der Beleuchtung von Schneeberger Straße, Victoriastraße und Mülheimer Chaussée.

¹³⁷ Nr. 125, Bl. 112.

¹³⁸ Nr. 125, Bl. 114.

die beiden Stadträte Kaufmann Julius Oesterreich und Schlossermeister Nikolaus Arnold nicht mehr zu den Stadtverordnetenversammlungen einlud, weil deren 1859 begonnene Wahlperiode nach sechs Jahren abgelaufen war. Mit dieser Rechtsauffassung stand er allerdings im Gegensatz zur Mehrheit des Stadtrates, nach dessen Ansicht die zwei erst bei der nächsten Wahl im Jahre 1867 ausscheiden sollten. Der Landrat stimmt zwar dem Bürgermeister zu, beklagt aber Fehler im Wahlverfahren. Bei der nächsten Sitzung der Stadtrates am 7. Februar kam es durch „Zapp und Genossen“ zum Eklat: Nach einer Erklärung aus der Hand des Stadtverordneten Hartmann vom selben Tag „protestieren die unterzeichneten Stadtverordneten gegen sämtliche Gemeinderats-Beschlüsse, welche ohne Einladung der unserer Meinung nach rechtmäßig hinzugehörenden Stadtverordneten Oesterreich und Arnold verhandelt werden sollten“, und zwar so lange, bis die Regierung definitiv entschieden habe¹⁴⁰. Indem sich 9 der 16 Abgeordneten dem Protest anschlossen (Zapp, Hummelsheim, Hartmann, Heyden, Müller, Fulda, Mintrop, Kürten, Leopold) war der Stadtrat nicht mehr beschlußfähig und damit arbeitsunfähig.

Der definitive Bescheid der Regierung drei Wochen später stützte allerdings voll die Position des Bürgermeisters: Oesterreich und Arnold waren ausgeschieden, Nachwahlen auf lediglich zwei Jahre bis zu nächsten Ergänzungswahl 1867 waren möglich. Die kleine Gruppe der unterlegenen Minderheitsfraktion (Becker, Coblenz, Commans, Engels und Engels) veröffentlichte diesen Bescheid, um Licht in die „Stadtrats-Angelegenheit“ zu bringen¹⁴¹.

Schaut man sich die Namen der beiden Gruppen an, wird schnell deutlich, daß die unterlegene Minderheit im weiteren Verlauf regelmäßig für die Firma Schaurte und ihren Leiter Otto Kellner Partei ergriff, während in der Mehrheitsfraktion die erbitterten Gegner Schaurtes (allen voran Hartmann und Zapp) versammelt waren. Von den beiden umstrittenen Stadträten gehörte zumindest Oesterreich eindeutig zu den Gegnern Schaurtes und seiner Anhänger, Arnold vermutlich auch, denn der kandidierte bei den folgenden Wahlen ständig gegen Kellner in derselben Wählerklasse.

Es ist also denkbar – wenn wir denn spekulieren wollen – , daß hinter der Weigerung des Bürgermeisters, Oesterreich und Arnolds als Stadträte anzuerkennen, der Versuch stand, die Anti-Schaurte-Fraktion im Rat zu schwächen, um die Aussichten der Firma auf eine Verlängerung des Monopols zu stärken. Möglicherweise hielt sich Bürgermeister Schaurte aber auch einfach nur an den Buchstaben des Gesetzes. Die Mehrheitsfraktion konnte jedenfalls hoffen, eine Vertragsverlängerung für

¹³⁹ HASTK: Best. 860, Nr.33.

¹⁴⁰ Ebd., Bl. 253, 255, 257, 262.

¹⁴¹ Ebd., Bl. 259.

Kellner bis zu den Nachwahlen zu verhindern, indem sie alle Beschlüsse des Stadtrates blockierte.

Die Blockade des Stadtrates durch die Mehrheitsfraktion hielt an: Auch in der nächsten Ratssitzung am 15. Februar 1866 konnten keine Beschlüsse gefasst werden, und am 22. Februar erschienen „Zapp und Genossen“ erst gar nicht. Am 28. Februar stellte Hartmann gleich zu Beginn einen Antrag auf Vertagung, der auch sofort eine Mehrheit fand. Vermutlich wollten die Stadträte verhindern, daß vor den nächsten Wahlen irgendwelche Beschlüsse gefaßt werden. Zur Empörung der Minderheit ließ Bürgermeister Schaurte diesen in ihren Augen „geradezu ungesetzlichen Antrag“ zu. Die unterlegenen Abgeordneten beschwerten sich daraufhin bei Landrat Simons über den willfährigen Bürgermeister. Der Landrat sollte Bürgermeister Schaurte an seine gesetzlichen Pflichten erinnern, „sein zukünftiges Verhalten mehr dem Gesetz und dem Gemeinwohl entsprechend einzurichten“¹⁴². Bürgermeister Schaurte hatte nun offenbar den gesamten Stadtrat gegen sich. Über die Gründe für sein widersprüchliches Verhalten läßt sich wiederum nur spekulieren. Möglicherweise tolerierte er die Blockadepolitik der Mehrheitsgruppe, um nicht selbst Partei ergreifen zu müssen. Damit verletzte er aber in den Augen der Schaurte-freundlichen Minderheit seine Pflichten als Bürgermeister, aber vielleicht hatte er auch gar keine andere Möglichkeit. Ob Landrat Simons den Bürgermeister tatsächlich zurechtwies, ist nicht überliefert.

Am 24. März 1866 fanden die von der Regierung angeregten Nachwahlen statt, die die Gegner der Gasfabrik erheblich stärkten: In der II. Wählerklasse¹⁴³ besiegte Schlossermeister Arnolds Otto Kellner knapp mit 72 gegen 69 Stimmen und in der I. Wählerklasse wurde erneut Oesterreich gewählt. So gestärkt setzte der stellvertretende Bürgermeister Hartmann den Punkt „Gasangelegenheit“ als Punkt 1 auf die Tagesordnung der nächsten Stadtverordnetenversammlung¹⁴⁴.

Aber die Mehrheit um Hartmann und Zapp hatte sich zu früh gefreut, noch war der Kampf nicht entschieden: Nach dem Protest einiger Anhänger der Minorität (Plantz, Overmann, Schullenberg, Commans „und Genossen“) stellte Landrat Simons Anfang April „erhebliche Unregelmäßigkeiten“ bei der

¹⁴² Ebd., Bl. 262

¹⁴³ Mit der Gemeindeordnung vom 23. Juli 1845 galt im preußischen Rheinland – aus Sorge vor sozialer Unruhe und Bewegung in der Unterschicht – das „Dreiklassenwahlrecht“, das nach der Revolution von 1848/49 auf den ganzen Staat ausgeweitet wurde. Das „Dreiklassenwahlrecht“ räumte den Wählern nach Einkommen und Steuerleistung getrennt einen kommunale Mitbestimmung ein. Es gab eine Untergrenze (in Köln z.B. 400 Taler jährlich) und darüber drei Wählerklassen. Gerade diese Klassenwahl förderte allerdings die – eigentlich unerwünschte – politische Differenzierung der Stadtverordneten, indem in den unterschiedlichen Klassen unterschiedliche Gruppen bevorzugt wurden. In Köln wählte die unterste Klasse die radikale demokratische Intelligenz. Entlang den Zensusätzen entstand so in vielen Städten eine demokratische Opposition innerhalb der Gemeinderäte, Reinhard Koselleck: Preußen zwischen Reform und Revolution. Allgemeines Landrecht, Verwaltung und soziale Bewegung von 1791 bis 1848, Stuttgart 1967, 2/1975, 3/1981, 580f..

¹⁴⁴ Nr. 33, Bl. 264-268.

Wahl fest: Der Landrat monierte Formfehler bei der Einladung (Die Frist, bis wann die Stimmen abzugeben waren, fehlte.) und die Schließung der Wahl in der II. Abteilung nach nur anderthalb Stunden. Statt eine Wahlversammlung aller Wähler einzuberufen, hatte Bürgermeister Schaurte die Wähler der drei Steuerklassen zu getrennten Wahlversammlungen eingeladen und sie nach der Wahl wieder heimgeschickt. Das widerspräche der Gemeindeordnung und sei in der angespannten politischen Stimmung in Deutz nicht zu tolerieren, argumentierte Landrat Simons und sah sich daher gezwungen, die Wahl „für ungültig zu erklären“¹⁴⁵.

Bürgermeister Schaurte erhob zwar bei der Regierung „Rekurs“ (Einspruch) gegen diese Entscheidung und verteidigt „im Interesse der Majorität beider Wähler-Abteilungen“ die Legalität der Wahl, aber die Regierung lehnte seinen Einspruch am 2. Mai ab¹⁴⁶: Die Wahl mußte wiederholt werden.

Bei den für Mai angesetzten Neuwahlen kandidierte der bisher unterlegene Otto Kellner erneut für den Stadtrat. Das veranlaßte seinen schärfsten Widersacher, den Bürgermeistereiverwalter Hartmann, Anfang Mai 1866, eine wütende Flugschrift zu veröffentlichen: „Die Stadtratswahl und Herr O. Kellner“¹⁴⁷:

Er warf Kellner vor, von seinen „Dienstergebenen“ als Stadtratskandidat vorgeschlagen worden zu sein, trotz seiner Niederlage dreimal angetreten zu sein und so mehrfach ein teures Wahlverfahren notwendig gemacht zu haben, dessen Kosten die Wähler zu tragen hätten. Hartmann fuhr fort: „Herr O. Kellner ist überhaupt für unsere Stadt ein sehr kostspieliger Mitbürger. Damit er dies nicht einen Tag länger bleibt, wie der Contract mit der Gasfabrik dauert, deswegen sind unabhängige klarsehende Bürger hierselbst gegen seine Wahl zum Stadtverordneten“. Hartmann warf Bürgermeister Schaurte vor, die Wähler der drei Klassen getrennt einberufen zu haben, um Kellners „Dienstergewinn“ leichter beeinflussen zu können. Und dann erläuterte Hartmann, worum es Kellner seiner Ansicht nach eigentlich ging: „Ja! die Sache, die mit solchen Mitteln soll gefördert werden, ist ungesund. Es ist die Gasangelegenheit. – Wer sich erinnert, wie viele Versuche Herr O. Kellner bereits vor Jahren machte, um das unliebsame, für uns so theure Monopol der städtischen Beleuchtung möglichst für noch fernere 20 oder 25 Jahre zu erlangen, welche Versuche jedoch sämtlich von der, nur das allgemeine Interesse im Auge habenden Majorität des Stadtrathes, zurückgewiesen wurden, dem ist es schon längst klar, dass das ganze Wühlen nur den Hauptzweck haben kann, Privat-Interessen zu schützen.“

Um diesen Vorwurf zu belegen, rechnete Hartmann den Anteil der städtischen

¹⁴⁵ Ebd., Bl. 269.

¹⁴⁶ Ebd. Bl. 272, 274.

Gasbeleuchtungskosten an der individuellen Kommunalsteuer aus¹⁴⁸ und kritisierte, daß „die Stadt im Ganzen circa Thlr. 1600 für die paar Laternen auf den öffentlichen Straßen zu verausgaben“ habe. Der Privatkonsum an Gas sei vermutlich zehnmal höher, etwa 17 600 Taler¹⁴⁹, bei einer jährlichen Produktion der Gaswerke von 5 028 000 Kubikfuß. In Köln hingegen kostete das Gas statt 3,5 nur 1,15 Taler pro 1000 Kubikfuß. Ohne den Monopolvertrag könne Deutz „also jährlich Thlr. 10,058 ersparen“. Und Hartmann fragte vorwurfsvoll: „Hat die liberale Majorität der hiesigen Wähler daher Unrecht, wenn sie Herrn O. Kellner den Repräsentanten der hiesigen Gasfabrik als Stadtrath durchaus nicht will?!“

Und hier steht es schwarz auf weiß: Die „liberale Majorität“ im Stadtrat war gegen Kellner, die Konservativen unterstützen ihn. Dazu später mehr.

Hartmann weiter: Weil Kellner als Stadtrat nur seine überhöhten Preise sichern wolle, dürfe er nicht gewählt werden. In den nächsten zwei Jahren laufe der Monopolvertrag aus. Hartmann verwies auf Köln, wo der Direktor der englischen Gesellschaft¹⁵⁰ es nach einem fehlgeschlagenen Versuch aufgegeben habe, Stadtrat zu werden. Seine Motive verteidigte Hartmann mit dem Hinweis, es gehe ihm nur darum, den „schwer gestörten Frieden in der Bürgerschaft wieder herstellen [zu] helfen.“

Trotz aller Bemühungen blieb Hartmanns Flugblatt gegen Kellners Kandidatur aber erfolglos: Bei den Neuwahlen im Mai 1866 überflügelte Otto Kellner mit 86 Stimmen Nikolaus Arnolds (69 Stimmen) und wurde damit in den Stadtrat gewählt¹⁵¹.

1866 – VERTRAGSKÜNDIGUNG

Trotz dieser Niederlage setzte sich Hartmann in Sachen Vertragsverlängerung schließlich durch: Anfang November erinnerte er Bürgermeister Schaurte daran, daß am 1. März des kommenden Jahres die Kündigungstermin ablief und die Stadt nun beschließen sollte, wie in Zukunft die öffentliche und private Beleuchtung am billigsten zu erreichen sei. Hartmann ließ den Punkt auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung setzen¹⁵² und wie gewünscht beschloß die Stadtverordnetenversammlung – mit Bürgermeister Gerhard Schaurte an ihrer Spitze – am 5. November 1866, den Vertrag mit Schaurte nicht zu verlängern. Am 30. November 1866 kündigte die Stadt den Vertrag mit dem „Civil-Ingenieur Otto Kellner als jetzigen

¹⁴⁷ Nr. 121, Bl. 1 f..

¹⁴⁸ Er belief sich auf 2 Taler Gaskosten von 120 Talern Steuern bis auf 9 von 2 000 Talern Steuern.

¹⁴⁹ Bei einem Gaspreis von 3 ½ Tlr.. pro 1 000 Kubikfuß.

¹⁵⁰ Herr Pepys.

¹⁵¹ Best. 860, Nr.33, Bl. 237.

Inhaber der Handlung und Gasfabrik unter der Firma Christian Schaurte und als Mitvormund der minderjährigen Kinder aus der Ehe des zu Deutz verstorbenen Kaufmanns Christian Schaurte und Sibilla geb. Kneusels“ (Theodor, Christian und Franz) und „Sibilla Kneusels, ... verheiratet jetzt mit Otto Kellner“. Die Stadt sei nicht gewillt, die „der Firma Christian Schaurte übertragene Straßenbeleuchtung“ über die festgesetzte Zeit von 25 Jahren hinaus fortzusetzen¹⁵³. Diese erste Kündigung war allerdings ungültig, da Sibilla Kneusels als Witwe von Christian Schaurte statt von Tillmann Schaurte bezeichnet worden war, und mußte am 31. Januar 1867 rechtskräftig wiederholt werden¹⁵⁴.

Zwischendurch legte Kellner seine Abrechnung für 1867 vor und konnte dabei mit 1 596 Talern unter den im städtischen Haushalt vorgesehen Kosten von 1 700 Talern bleiben.¹⁵⁵

1867 – AUSSCHREIBUNG UND ANGEBOTE

Nachdem Schaurtes Vertrag gekündigt worden war, beschloß die Stadtverordnetenversammlung am 10. Dezember 1866, eine Kommission zur Ausschreibung einer „Concurrenz“ zu bilden. Müller und Mintrop verstärkten zu diesem Zweck die alte Gaskommission aus den Herren Heyden, Fulda und Oesterreich¹⁵⁶. Die Kommission erarbeitete den Entwurf zu einem neuen Beleuchtungsvertrag, der auf dem gedrucktem „Entwurf zu einem Verträge zwischen der Stadt Köln und der Imperial-Continental-Gas-Beleuchtungs-Anstalt zu London“ vom Oktober 1865 basierte¹⁵⁷. Weitere Entwürfe, Notizen und schließlich eine gedruckte Vertragsfassung in den Akten belegen, daß bis Dezember 1865 intensiv an einem neuen Vertragswerk gefeilt wurde, das zur Grundlage der Ausschreibung gemacht werden sollte. Wieder sollte der Vertrag auf 25 Jahre geschlossen werden, diesmal aber ohne Monopol¹⁵⁸.

Bürgermeister Schaurte schrieb am 21. Februar 1867 die „Gasbeleuchtung“ von Deutz ab dem 30.

¹⁵² Ebd., Nr.124, Bl. 62.

¹⁵³ Zustellungsurkunde des Gerichtsvollziehers vom 30.11.1866, in Nr. 121, Bl. 3 und Nr.124, Bl. 87.

¹⁵⁴ Nr. 121, Bl. 5.

¹⁵⁵ Nr. 124, Bl. 97: „21 Stück 10 Uhr [-Laternen] und 43 Stück durchbrennende Laternen ergeben 109 025 ½ Brennstunden“. Fünf neue Laternen waren schon dabei und zwei neue Hauptröhren seien fällig, in: HASTK: Best. 860, Nr. 121, Bl. 4. Von der Städtischen Gaskommission (J.A. Heyden, Robert Fulda und Julius Oesterreich) wurde die Rechnung am 22.12.1866 geprüft und ihre Richtigkeit bescheinigt (Bl. 4 Rs). Die Straßenbeleuchtung für den März 1867 kostete die Stadt rund 217 Taler.

¹⁵⁶ Ebd., Bl. 64.

¹⁵⁷ Ebd., Bl. 65-77.

¹⁵⁸ Gedruckter und anschließend noch handschriftlich redigierter „Entwurf zu einem Verträge zwischen der Stadt Deutz und ...“. Von Hand wurde überall „Behörde“ statt „Verwaltung“ eingesetzt, in: Nr.124, Bl. 78-80. Redigierte gedruckte Fassung in Nr.124, Bl. 81-84. Der Entwurf sah eine Vertragsdauer von 25 Jahren ohne Monopol vor. Vermutlich auf einer Sondersitzung des Stadtrates auf Antrag der Gaskommission und Hartmann von der Finanzkommission am 7.2.1867 legte die Gaskommission den fertigen Vertragsentwurf vor, Circular vom 5.2.1887, s. Nr.124, Bl. 93.

September 1868 aus (wenn der alte Vertrag auslief). Er machte in den Zeitungen bekannt, daß „auf dem Wege der Concurrenz die fernere Beleuchtung vergeben werden“ sollte. Innerhalb von fünf Wochen bat der Bürgermeister um Angebote¹⁵⁹. Um sich gleichzeitig zu informieren, was die Nachbarstädte machten, ließ sich Bürgermeister Schaurte vom Siegburger Bürgermeister den Bericht der dortigen Stadtwerke schicken¹⁶⁰.

Immerhin zehn Unternehmer interessierten sich für die Ausschreibung und forderten die Bedingungen der Stadt Deutz zur Errichtung einer Gasfabrik an¹⁶¹. Die dann wirklich eingehenden Angebote blieben allerdings weit hinter den Erwartungen des Bürgermeisters zurück: Es kamen nur zwei. Das erste Angebot kam von der Firma Schaurte selbst, die der Stadt ihr Gas nun für 4 Pfennige (statt wie vorher für 6 Pfennig) pro Laternenstunde anbot. Den umfangreichen Vertragsentwurf der Stadt füllt Kellner gar nicht erst aus, weil der auf eine neue Firma zugeschnitten sei und daher Modifikationen nötig seien¹⁶². Das zweite Angebot kam von dem Kölner Ingenieur H. Nachtsheim, der allerdings den Vertragsentwurf der Stadt stark veränderte und der Stadt die Bedingungen diktierte, unter welchen er die Beleuchtung übernehme¹⁶³.

Die städtische „Commission für Gas-Angelegenheiten“, die die Angebote prüfte, zeigte sich enttäuscht von Anzahl und Inhalt der Angebote: Beide Offerten entsprachen nicht ihren Erwartungen. Das Angebot von Schaurte sei zu unbestimmt und beziehe sich nur auf die städtische Beleuchtung, nicht aber auf die Privatkunden. Nachtsheim sei zu teuer und habe die Bedingungen der Stadt in nicht akzeptabler Weise gestrichen oder modifiziert. Die Kommission könne darauf nicht eingehen, weil sie gerade diese Bedingungen für unbedingt notwendig halte¹⁶⁴.

EINE EIGENE STÄDTISCHE GASFABRIK?

Am 1. April 1867 debattierte der Stadtrat unter dem Vorsitz von Hartmann über die Angebote und stimmte der Gaskommission zu, daß keine der Offerten ausreichend sei. Die Stadtverordneten-Versammlung beschloß, die Dinge nun selbst in die Hand zu nehmen und eine eigene Gasfabrik auf städtische

¹⁵⁹ Ebd., Nr. 121, Bl. 6. Die Anzeige wurde dreimal in der Cölnischen und Elberfelder Zeitung abgedruckt, vom Staatsanzeiger und vom Amtsblatt.

¹⁶⁰ Ebd., Bl. 7.

¹⁶¹ Ebd., Bl. 13-18. Es handelte sich um die Herren Pepys (Direktor der Kölner ICGA), Heyden, Ritter in Solingen, Neue Gas-Gesellschaft Wilhelm Nolte & Co in Berlin, Otto Kellner (Firma Schaurte), Franz Engels in Deutz, Corlemy(?) in Deutz, J.F. Richter aus Eupen, Bauunternehmer Schulz aus Hagen und A.L. Sombart & Co aus Ermsleben am Harz.

¹⁶² Ebd., Bl. 9.

¹⁶³ Ebd., Bl. 8. Die Angebote wurden an den Vorsitzenden der Beleuchtungs-Commission, den Stadtverordneten Kaufmann Robert Fulda, mit der Bitte um Stellungnahme weitergeleitet.

Rechnung zu bauen. Der Kommunalbaumeister Müller wurde beauftragt, dafür die Kosten zu ermitteln und eine Rentabilitätsrechnung aufzustellen. Gleichzeitig wurde – entsprechend der Vertragskommission – die Gaskommission von drei auf fünf Mitglieder erweitert¹⁶⁵.

Möglicherweise in diesem Zusammenhang trat Bürgermeister Gerhard Schaurte von seinem Amt zurück, das zunächst Hartmann als Erster Beigeordneter in Vertretung übernahm¹⁶⁶.

Um für die neue Städtische Gasfabrik schon vorab Kunden zu gewinnen, wandte sich Bürgermeistereiverwalter Hartmann an die Direktion der Köln-Mindener Eisenbahngesellschaft. Die winkte allerdings ab, weil sie vertraglich an die Kölner Gasfabrik gebunden war¹⁶⁷. Um für die Rentabilitätsrechnung der eigenen Gaswerke Zahlen zu haben, rief die Stadt am 1. Mai 1867 ihre Bürger auf, ihr den Gasverbrauch und den gezahlten Gaspreis zu nennen¹⁶⁸. Gleichzeitig erläuterte die Stadt ihren Bürgern in einem Flugblatt, warum sie nun die „Selbstfabrikation“ des Gases unternehme¹⁶⁹.

Jetzt wurde Otto Kellner offenbar ernsthaft nervös und legte Mitte Mai 1867 ein neues Angebot mit radikal reduzierten Preisen vor. Er war nun bereit, auch erheblich billiger an Privathaushalte zu liefern und zwar je nach Menge zwischen 2 und 1,2 Taler pro 1000 Kubikfuß¹⁷⁰. Die Stadt sollte für ihre öffentlichen Lampen nur noch 2 Pfennig pro Flamme und Stunde zahlen, also nur noch ein Drittel des bisherigen Preises¹⁷¹. Da die Firma Schaurte in der Lage war, ihren Gaspreis derart zu reduzieren, könnte man der Einschätzung der Gaskommission, Schaurtes Preise seien überhöht, zustimmen. Andererseits stand Kellner mit dem Rücken an der Wand und kalkulierte vielleicht einen unrentablen Kampfpriest, um sein Monopol zu retten.

Derweil legte die Gaskommission der Stadt die geforderte Rentabilitätsrechnung vor: Derzeit

¹⁶⁴ Ebd., Nr. 121, Bl. 8Rs.

¹⁶⁵ Ebd., Bl. 11, 12. Der neuen Gas-Commission gehören neben den bisherigen Mitgliedern Robert Fulda, J.A. Heyden und Julius Oesterreich jetzt zusätzlich Ludwig Mintrop und Heinrich Müller (der Stadtbaumeister) an.

¹⁶⁶ Am 7.6.1867 war die Bürgermeisterstelle in Deutz frei (Nr. 33, Bl. 122).

¹⁶⁷ Nr. 124, Bl. 98, Nr. 121, Bl.19: Die Köln-Mindener-Eisenbahngesellschaft zahle der Kölner Gasfabrik für 3 Million Kubikfuß jährlich 1,5 Taler pro 1 000 Kubikfuß Vertraglich gebunden könne sie „dem Unternehmen der Stadt Deutz“ nicht „entgegenkommen“.. Allerdings stellte die „Rheinische Eisenbahngesellschaft“ (die dritte Privatbahn, die in Deutz endete) dem Bürgermeister ihren Liefervertrag vom 9.7.1867 zur Verfügung, der Gaslieferungen bis 1873 durch eine „Gasanstalt“ vorsah: Die Qualitätsmerkmale für Gasflammen wurden aufgelistet, die Gasmenge sollte kontrolliert werden und der Preis betrug 1,2 Taler pro 1 000 Kubikfuß Wenn allerdings jemand billiger liefern konnte, dann zahlt die Gesellschaft auch nur noch so viel (Bl. 26 f.).

¹⁶⁸ Nr. 121, Bl. 20.

¹⁶⁹ Ebd., Bl. 21-24. Abgedruckt wurde auch der Bericht der Gasfabrik Siegburg (5 000 Einwohner), wo 1862 eine städtische Gasfabrik gegründet wurde.

¹⁷⁰ Schaurte schlug Staffelpreise vor: Bis zu 50 000 Kubikfuß kostete das Gas 2 Taler pro 1000 Kubikfuß, bis 100 000 kostete es 1,25 Taler und für mehr als 100 000 nur noch 1,2 Taler.

¹⁷¹ Nr. 121, Bl. 25.

verbrauche die Stadt 3 Million Kubikfuß Gas für teure 2 ½ Taler. Die Kommission rechnete vor, daß sich bei einer Investitionssumme von 40 000 (für die Produktion von 3 Mio. Kubikfuß Leuchtgas) bis 48 000 Taler (für 5 Mio. Kubikfuß), verzinst zu 5 Prozent, Gewinn machen lasse. Bei 2 400 Talern jährlicher Zinstilgung erreiche man einen Gaspreis von 2 Talern. Bei einem Verbrauch von 5 Million Kubikfuß jährlich werfe die Gasfabrik im Jahr sogar 4 100 Taler Gewinn ab, der zur Preissenkung verwendet werden könne. Bei nur 3 Million Kubikfuß Verbrauch betrage der Gewinn immerhin noch 1 690 Taler. Eindeutig empfahl die städtische Gas-Kommission den Bau einer eigenen Gasanstalt.¹⁷² Die Stadtverordneten folgten dieser Empfehlung und beschlossen am 1. August 1867 den Bau einer Städtischen Gasfabrik, die im Süden der Stadt, an der Ecke Helenenwall und Rupertusstraße, errichtet werden sollte. Das Gelände dazu mußte allerdings noch gekauft werden¹⁷³.

Der neue Bürgermeister Reisch¹⁷⁴ informierte am 10. August das Landratsamt über den Beschluß der Stadt und prognostizierte optimistisch eine Gasproduktion von 5 Million Kubikfuß jährlich. In der Gasfabrik Schaurte sah er aufgrund des steigenden Gasverbrauches keine Gefahr: „[Die] Konkurrenz der bestehenden Fabrik erscheint nicht gefährlich, da mit Gewißheit anzunehmen ist, daß wenn erst der jetzt hier noch geltende Gaspreis von 3 und 2 ½ tlr. durch die städtische Fabrik auf 2 tlr. ... herabgesetzt ist, der gegenwärtige Consum von jährlich 2 Million Kubikfuß sich erheblich steigern wird.“ Der Bürgermeister setzte auf das Eigeninteresse und die Loyalität der Deutzer Bürger mit der Deutzer Gasfabrik: „Außerdem läßt sich wohl erwarten, daß die hiesigen Einwohner einsehen werden, wie die Errichtung des neuen Etablissements ... in ihrem eigenen Interesse liegt, ... da jeder Einwohner ... gewissermaßen Actionär der neuen Anlage ist.“

Der Bürgermeister argumentierte, daß aller Erfahrung nach die Leuchtkraft des Gases (also die Gasqualität) sinke, wenn eine Gasfabrik den Preis senken müsse, was bei einer städtischen Anstalt jedoch nicht geschehen werde. Bürgermeister Reisch schickte im August 1867 dem Landrat die Unterlagen mit dem modifizierten Vertrag von Nachtsheim und einer Abschrift des ersten Angebots der Firma Schaurte¹⁷⁵.

Das nachgebesserte, sehr viel günstigere Angebot Schaurtes vom 11. Mai erwähnte der Bürgermeister allerdings nicht. Formal war das korrekt, denn Kellners Nachbesserung war erst nach der gesetzten Frist von 5 Wochen eingegangen. Die städtischen Rentabilitätsrechnung hätte dann allerdings

¹⁷² Ebd., Bl. 28-32.

¹⁷³ Ebd., Bl. 33. Farbige gezeichneter Situationsplan für die projektierte städtische Gasfabrik am Helenenwall im Maßstab 1:625, in: Ebd., Bl. 158.

¹⁷⁴ Carl Robert Reisch, geb. 1833, letzter Bürgermeister von Deutz 1867 bis 1888.

¹⁷⁵ Nr. 121, Bl. 34.

deutlich weniger überzeugend ausgesehen. So jedenfalls hatten Landrat und Regierung nichts einzuwenden. Am 18. September 1867 beantragte die Stadtgemeinde Deutz offiziell die Genehmigung zur Anlage einer städtischen Gasfabrik¹⁷⁶.

1867 – DAS ANTI-SCHAURTE-FLUGBLATT

In dieser Situation erschien im Oktober 1867 – vor der entscheidenden Stadtratssitzung – das bereits erwähnte Flugblatt der „stadträtlichen Commission für Gas-Angelegenheiten“: „An die Bewohner von Deutz“¹⁷⁷:

Die Kommission wollte nach ihren Worten über den Fortgang der Angelegenheit informieren und gleichzeitig einen Rückblick auf die letzten 23 Jahre geben, in denen die bestehende Gasfabrik „bedeutende Rechte und Vorteile“ genossen habe. Man wolle jene Fakten hervorheben, die den Betrieb und das Verhalten der Fabrik gegenüber der Stadt und dem Publikum beleuchteten. Die Autoren berichteten von der Gründung der Gaswerke 1844, von der Konzession auf 25 Jahre, der Erlaubnis, die Gasröhren weitere 20 Jahre liegen zu lassen, vom vereinbarten Gaspreis und den schwierigen ersten Jahren der Fabrik. Dem rücksichtslosen Geschäftemacher Otto Kellner wurde – wie schon erwähnt – der „gerade, schlichte und ehrenhafte“ Fabrikgründer Tillmann Schaurte gegenübergestellt. Seit dessen Tod 1856 habe die „richtige Einsicht in die Leitung der Geschäfte“ gefehlt, habe sich das Unternehmen rüpelhaft verhalten und seine Preise trotz zahlreicher Anträge nicht gesenkt. Die Flugschrift zitierte die erwähnten „Statistischen Mitteilungen über die Gasanstalten in Deutschland“ von 1862 und hob besonders hervor, daß Kellner darin behauptete, er habe eine „Konzession auf 45 Jahre“. Dergleichen habe Schaurte in öffentlichen Bekanntmachungen immer wieder behauptet, denn Otto Kellner rechnete die Erlaubnis, die Röhren noch 20 Jahre lang weaternutzen zu dürfen, zu seiner Konzessionszeit hinzu. Die Autoren schilderten die diversen Versuche der Firma Schaurte, ihr Monopol um weitere 20 oder 25 Jahre zu verlängern – Versuche, die die Stadtverordneten „trotz Angriffen aller Art“ zurückwiesen.

Die Flugschrift ging auch auf das erwähnte Angebot Schaurtes an Privatkunden von 1864 ein, bei einer 20jährigen Vertragsdauer das Gas billiger zu beziehen. Angesichts der vorliegenden Rentabilitätsrechnung der städtischen Gaswerke müßten diese Bürger nun einsehen, „daß sie voreilig handelten“. „Im Interesse der Bürgerschaft“ wolle die Kommission „das Gasmonopol abschaffen“.

¹⁷⁶ Ebd., Bl. 41, 112:

¹⁷⁷ Ebd., Bl. 44-63 und 64-68.

Die Härte dieses Flugblattes überrascht. Offenbar war trotz der Kündigung des Vertrages seitens der Stadt der Kampf um das Monopol noch lange nicht entschieden. Denn die Autoren sahen die ernste Gefahr, daß Schaurte ihnen als Monopolist erhalten bliebe. Deshalb versuchten sie die öffentliche Meinung gegen Schaurte einzunehmen. Da die Entscheidung aber letztlich im Stadtrat getroffen wurde, waren die wirklichen Adressaten des Flugblattes die Mitglieder der Schaurte-freundlichen Minderheit im Stadtrat, wie wir gleich sehen werden:

DER EKLAT IM STADTRAT

Die Abstimmung über die Gründung der Städtischen Gaswerke verlief nicht einstimmig: Vier Stadtverordnete stimmten gegen den Vorschlag – die Herren Becker, Commans, Josef Dobbelman und v.d. Helm¹⁷⁸ –, weil sie ihrer Ansicht nach nicht genug Zeit gehabt hätten, die Unterlagen einzusehen¹⁷⁸. Sie beschwerten sich am 17. September 1867 bei der Kölner Regierung, die ihnen die geforderte Akteneinsicht verschaffte. Dabei fanden sie – wie sie schrieben – „ihre frühere Vermuthung bestätigt, daß nämlich bei der Rentabilitäts-Berechnung die erhebliche 20jährige Concurrenz der seitherigen Gasfabrik nicht berücksichtigt worden ist“. Sie befürchteten deshalb „große und dauerhafte Lasten“ für die Stadt und wollten in der kommenden Stadtverordneten-Versammlung am 28. Oktober 1867 eine unabhängige Prüfung der Berechnungen beantragen.

Dazu kam es allerdings nicht. Dem Bericht der Stadträte zufolge verlas Bürgermeister Reisch in der Stadtratssitzung am 28. Oktober zunächst ihre Beschwerde an die Regierung, setzte dann das Protokoll aus und ließ Hartmann ein langes Schriftstück vorlesen, offenbar eine erweiterte Fassung des skizzierten Anti-Schaurte-Flugblattes. Auf die Frage von Baurat Leopold, ob der nicht anwesende Kellner die Frage nach seinem zukünftigen Gaspreis schon beantwortet hätte, habe der Bürgermeister erwidert, die Antwort werde „ehestens“ erfolgen. Hartmann habe daraufhin Leopold mit den Worten unterbrochen: „Das ist eine Komödie; man sieht dies ja schon; der Name Assessor Arndts steht dabei an der tete¹⁷⁹; der war wahrscheinlich Abends vorher bei Kellner auf dem Souper und war sicher mit den Zahlen bekannt“.

Hier sind die angedeuteten Zusammenhänge leider nicht ganz klar: Assessor Arndt, der später noch als Unterstützer der Gaswerke Schaurte auftreten wird, habe also die neuen Zahlen Kellners gekannt, obwohl sie noch nicht öffentlich waren. Hartmann unterstellte hier offensichtlich „Klüngel“ und Absprachen

¹⁷⁸Nr. 121, Bl. 33. Becker, Commans, Dobbelman, van der Helm.

¹⁷⁹ frz. tête: ganz oben, an der Spitze.

hinter den Kulissen, um ein neues Angebot Schaurtes ignorieren zu können. Nach den Worten der vier Stadtverordneten versuchte Hartmann bei seiner Beschreibung der Firmengeschichte Schaurtes „die dabei beteiligten Personen, insbesondere den gegenwärtigen Leiter dieser Fabrik, Stadtverordneten Kellner, mit den Worten: ‚der Herr Kellner, welcher Stadtverordneter, Kirchmeister und Mitglied mehrerer frommen Vereine ist p.p.‘ zu charakterisieren, indem er sein Interesse für das Gemeindewohl in Zweifel zog.“

Hartmanns Vortrag sei derart von „persönlichen Angriffen sowohl gegen Stadtverordnete als auch gegen andere achtbare Bürger unserer Stadt“ begleitet gewesen, daß Commans, Franz Engels, Dobbmann, Anton Coblenz und v. d. Helm den Rat verließen. Sie suchten den Schutz der Regierung gegen die Willkür des Stadtrates und forderten erneut ein unabhängiges Gutachten¹⁸⁰. Die Regierung forderte Bürgermeister Reisch zu einer Stellungnahme zu den Beschwerden der Stadtverordneten über sein Verhalten bei der Stadtverordneten-Versammlung auf, in dem diese einen Verstoß gegen § 81 der Städteordnung vom 15. Mai 1856 sahen¹⁸¹.

SCHAURTE GEHT IN DIE OFFENSIVE

Auch Otto Kellner, der sich im November auch seiner Wiederwahl als Stadtrat stellen mußte, gab den Kampf um die öffentliche Meinung und um das Monopol der Firma Schaurte nicht verloren und ging noch im Oktober 1867 mit einer eigenen Flugschrift „An die Bewohner von Deutz“ in die Offensive¹⁸²:

Zunächst beklagte er, daß sein Angebot vom 11. Mai im Stadtrat nicht verhandelt worden sei und auch im Schreiben des Bürgermeisters an den Landrat vom 10. August fehle. Dann nahm Kellner die städtische Rentabilitätsrechnung Stück für Stück auseinander und rechnete vor, daß die städtische Beleuchtung 1 166 Taler teurer würde als seine. Die Rentabilitätsrechnung halte „der strengen Kritik der Fachkenntnis“ nicht stand und lasse „eine sachkundige Hand recht sehr vermissen.“ Die Kosten für die städtische Beleuchtung hätten in laufenden Jahr auch nicht – wie behauptet – 1 600 Taler, sondern nur rund 1 390 Taler betragen. Kellner bezweifelte auch die Reduzierung der Investitionskosten für die Fabrik um 8 000 Taler, wenn nur für eine Kapazität von 3 Million Kubikfuß gebaut würde¹⁸³. Er stellte die „Glaubwürdigkeit der Commissionszahlen“ massiv in Frage. Kellner stellte eine Gegenrechnung auf, und kam bei den laufenden jährlichen Betriebskosten auf 6 774 Taler statt wie die Kommission auf 4 960 Taler.

¹⁸⁰ Ebd., Nr. 121, Bl. 81, Protokoll der Stadtverordnetenversammlung vom 28.10.1867, Bl. 71 f.

¹⁸¹ Ebd., Bl. 80.

¹⁸² Ebd., Bl. 73. Flugschrift von Otto Kellner (Fa. Schaurte) „An die Bewohner von Deutz“ vom Oktober 1867.

¹⁸³ Ein Ofen mit drei Retorten reiche für 2 Mio. Kubikfuß aus.

Die Kommission habe die Preise für Kohle und Kalk, das Gehalt des Direktors, der Mitarbeiter und Laternenanzünder, die Kosten für Ersatz-Retorten und für Steuern alle viel zu niedrig angesetzt. Kellner forderte – wie die vier Stadtverordneten – ein technisches Gutachten ausgewiesener Fachleute. Die Privatindustrie habe sich aus gutem Grund nicht auf die Deutzer Ausschreibung eingelassen.

Dann kam Kellner zu seinem zentralen Kritikpunkt, daß nämlich die neue städtische Fabrik nicht allein bestünde, sondern in Konkurrenz zur bestehenden Fabrik stehen werde. Viele Privatkunden seien langfristig bei ihm unter Vertrag, und dennoch reklamiert die Kommission den ganzen 3- Million-Verbrauch der Stadt für ihre Fabrik. Und wenn er seine Preise weiter senke, werde er seine private Kundschaft behalten, so daß die städtische Fabrik nur die Straßen beleuchten könne. Kellner prophezeite, daß die Städtische Gasfabrik ein Verlustbetrieb sein werde, der aus Steuern oder neuen Anleihen finanziert werden müsse – Steuern auch der Nicht-Gasnutzer. Und gleichzeitig steige der Gaspreis. Kellner wies darauf hin, daß andere städtische Gasfabriken nur dann funktionierten, wenn es keine private Konkurrenz gebe, so beispielsweise in Aachen, Elberfeld oder Köln. Die Stadt Köln habe am 1. August 1865 die private Gasfabrik zum Schätzwert übernehmen müssen, dann den Ankauf abgelehnt und lieber mit der ICGA einen neuen Vertrag geschlossen¹⁸⁴.

Eine Bürgerinitiative zu Gunsten Schaurtes

Neben Schaurte, der Gaskommission, Hartmann und dem Stadtrat meldete sich jetzt auch eine Gruppe von Bürgern zu Wort. Mitte November 1867 formulierte eine „allgemeine Bürger-Versammlung“ eine Petition an Bürgermeister Reisch und die Regierung, „billige Gaspreise ohne Gefährdung der anderweitigen städtischen Interessen“ anzustreben, wenn sich das nach dem Beschluß des Stadtrats vom

¹⁸⁴ Ganz so war es in Köln allerdings nicht, die Dinge lagen etwas komplizierter: Seit Ende der 1850er Jahre versuchte die Stadt Köln erfolglos, den ungeliebten Monopolisten ICGA loswerden, dessen Vertrag von 1840 ebenfalls 25 Jahre lang lief. 1865 versuchte die Stadt zunächst erfolgreich, ihr Recht zur Übernahme der Gaswerke gerichtlich zu erstreiten, schloß dann aber doch mit der ICGA einen neuen Vertrag auf 25 Jahre ab, weil die Firma ein dermaßen günstiges Angebot gemacht hatte, an dem die Stadtväter nicht vorbeigehen konnten (darauf spielte Kellner an). Allerdings stärkte der neue Vertrag die Position der Stadt erheblich und steigerte ihre Einnahmen. Dennoch protestierte die unterlegene Minderheit im Kölner Stadtrat bei der Regierung gegen diese Vertragsverlängerung. Die Regierung nahm ihre Forderungen auf und enthielt ihrerseits der ICGA wichtige Genehmigungen vor. So konnte der neue Vertrag nicht in Kraft treten, sondern zog vielmehr eine Prozeßwelle hinter sich her, die erst 1872 damit endete, daß das Kölner Appellationsgericht der Stadt das Recht zuerkannte, die Gaswerke für fast 900 000 Talern zu übernehmen. Das geschah am 1.5.1873 und war die Geburtsstunde der Kölner GEW. Die Gasversorgung der Stadt wurde allerdings dadurch auch nicht besser, weil die ICGA, die verständlicherweise jahrelang wichtige Investitionen zurückgehalten hatte, der Stadt nur abbruchreife und unzureichende Anlagen überließ, so daß die Gaspreise erst einmal kräftig angehoben werden mußten, um die nötigen Investitionen zu bezahlen (z.B ein neues Gaswerk in Ehrenfeld); s. Lindemann 1998, S. 65f..

28. Oktober nicht inzwischen erledigt hätte.¹⁸⁵ In einem Schreiben an Otto Kellner sprach sich die Bürgerversammlung „für eine Verlängerung des Gasbelieferungs-Vertrages zwischen der Firma Christian Schaurte und der Stadt Deutz“ aus. Allerdings wollten die Bürger sich bei Regierung und Stadtverordneten-Versammlung nur dann dafür einsetzen, „wenn Sie sich zu einer merklichen Reduction des zuletzt offerierten Preises verstehen sollten“. Kellner reagierte schnell und offerierte bereits drei Tage später einen „Einheitsgaspreis“ von nur noch 1,20 Taler für 1000 Kubikfuß¹⁸⁶.

Angesichts dieses Angebotes erhob die Bürgerversammlung „Protest“ gegen den Beschluß der Stadt, ein Gaswerk zu errichten. Ihre wichtigste Sorge war der finanzielle Nachteil für die Stadt durch die bereits bestehende Konkurrenzfabrik Schaurte. Die Bürger riefen dazu auf, die Zwistigkeiten entweder durch einen niedrigeren Gaspreis zu beenden, oder durch den Ankauf der Fabrik oder durch die Finanzierung der städtischen Gasfabrik „durch Actien-Zeichnung“ statt durch einen Kredit¹⁸⁷.

Die Wahlen von 1867 – Liberale gegen Konservative

Ende November waren die bereits erwähnten Ergänzungswahlen für 1867 fällig. Der turnusgemäß ausscheidende Otto Kellner wurde erneut mit 79 Stimmen ganz knapp wieder in den Rat gewählt. Schlossermeister Arnold unterlag mit 77 Stimmen, der Schaurte-freundliche Franz Beckers kam mit 84 Stimmen ebenfalls erneut in den Rat. Kellners Rechnung war also aufgegangen. Diesmal versuchten die Stadtverordneten Zapp, Hartmann und andere, die Wahl anzufechten, aber ihre Beschwerde wurde als unbegründet zurückgewiesen¹⁸⁸.

Wer waren Hartmann, Zapp und seine Kollegen, die sich selbst als „liberale Mehrheit“ bezeichneten? 1869 wurde in Deutz ein „provisorisches Comité für freisinnige und unabhängige Wahlen“ gegründet, das die Deutzer Bürger zur Kandidatenaufstellung einlud. Zu den „freisinnigen“, also liberalen Initiatoren gehören wohlbekannte Namen wie Engel, Fulda, Hartmann, Heyden, Hummelsheim, Kürten, Leopold, Mintrop, Oesterreich oder C. A. Zapp – lauter bekannte Gegner des Schaurteschen Monopols. Bei den folgenden Wahlen konnten sie in der Wählerklasse II mit Heyden und in der Wählerklasse III mit Hartmann, Mintrop und Charlier immerhin vier ihrer Leute durchbringen¹⁸⁹.

¹⁸⁵ Nr. 121, Bl. 78. Die Petition trug zehn Unterschriften.

¹⁸⁶ Ebd., Bl. 79, 85.

¹⁸⁷ Ebd., Bl. 124.

¹⁸⁸ Ebd., Nr.33, Bl. 277-288.

¹⁸⁹ Ebd., Bl. 306, 317.

Die politische Aufgliederung des deutschen Bürgertums in Liberale und Konservative mit ihren jeweiligen Honoratiorenparteien bestimmte auch in Deutz das Bild. Den Liberalen und Freisinnigen, die vor allem in der dritten Wählerklasse erfolgreich waren, standen die Konservativen um Otto Kellner gegenüber, die zwar im Rat die Minorität hatten, aber während einer unten erwähnten „Pro-Schaurte-Unterschriftenaktion“ im Jahre 1868 immerhin mehr als 500 Unterschriften gegen die städtischen Gaswerke zusammenbekamen, darunter die von zehn Deutzer Fabrikbesitzern und acht Stadtverordneten¹⁹⁰.

Die These liegt auf der Hand, daß sich im Streit um die Deutzer Gaswerke die politischen Gruppierungen in Deutz herauskristallisierten. Das Bürgertum polarisierte sich in Liberale und Konservative. Die Gaswerke wurden zum Katalysator des bürgerlichen politischen Engagements. Damit gewinnen die Gaswerke eine ganz neue Bedeutung für das kommunalpolitische Leben in Deutz. Allerdings müßte noch genauer untersucht werden, welche anderen politischen Konflikte gleichzeitig die Kommunalpolitik in Deutz in den 1860er Jahren bestimmten.

Unbeeindruckt von diesen Beschwerden, Petitionen, Flugblättern, neuen Angeboten und Wahlen verfolgte die Stadt aber ihr Projekt weiter: Der Bürgermeister bat Mitte November die Regierung um die Genehmigung der notwendigen Anleihe: Die „Majorität“ im Stadtrat halte den „Protest der Minorität“ für unbegründet und sei überzeugt, daß eine städtische Gasfabrik nicht nur billigeres Gas, sondern auch einen erheblichen Überschuß bringe. Entgegen den Vorwürfen habe man die Konkurrenz durch Schaurte wohl einkalkuliert. Es sei zwar möglich, daß die Gewinne im ersten und zweiten Jahr geringer als erwartet ausfielen, aber man vertraue auf den „gesunden Sinn der Einwohnerschaft“, die ihren Vorteil erkennen und die projektierte Anlage unterstützen werde. Mit einer „annehmbaren Offerte“ Schaurtes habe man gerechnet. Die Stadt bat um Genehmigung der Anleihe „ohne Rücksicht auf die neue Offerte des Herrn Ch. Schaurte“. Das Gesuch der Bürgerversammlung, „vor Genehmigung der Anleihe die Rentabilitätsrechnung einer Prüfung Sachverständiger zu unterwerfen“, glaubte der Bürgermeister nicht noch befürworten zu müssen, weil die Regierung ohnehin eine Prüfung vornehmen lassen werde, „soweit sie nicht schon stattgefunden hat“.¹⁹¹

Tatsächlich hatte die Regierung nichts gegen die Anleihe einzuwenden. Allerdings mußten vorher die Grundstücke ermittelt, die Konzession beantragt und erteilt werden und die Anleihebedingungen festgelegt

¹⁹⁰ Becker, Coblenz, Commans, Dobbeltmann, Franz Engels, Kellner, Neesen, Kuhl.

¹⁹¹ Nr. 121, Bl. 85.

werden¹⁹².

**VERKAUFT KELLNER AN DIE STADT?
NEUE VERHANDLUNGEN IM JAHRE 1867**

Nach vier Wochen äußerte sich auch die städtische Gas-Kommission zum letzten Angebot Kellners vom 18.11.1867 und erklärte es erneut für „nicht annehmbar“: Statt 1,20 seien 1,15 Taler pro 1 000 Kubikfuß Gaspreis angemessen und 2 Pfennig pro Lampenstunde.

Damit war man eigentlich nicht mehr weit auseinander, und an 5 Pfennigen wäre eine Einigung vielleicht nicht gescheitert. Aber inzwischen ging es der Gaskommission längst um erheblich mehr: Sie verlangte, der Stadt das Recht vorzubehalten, nach Ablauf von 10 Jahren von jetzt die bisherige Fabrik zu einem durch Experten festzustellenden Schätzpreis als Eigentum zu übernehmen. Damit ist erstmals vom Kauf der Schaurteschen Gasfabrik durch die Stadt die Rede. Die Kommission hatte Kellner auch bereits entsprechend informiert und ihn um ein Angebot für den Gaspreis und die Übernahme gebeten.

Kellner akzeptierte zwar die 2 Pfennig pro Lampenstunde, wollte aber beim Gaspreis nicht unter 1,20 Taler gehen. Auch über einen Verkauf war Kellner bereit zu verhandeln. Er bot an, die Fabrik nach 20 Jahren der Stadt zu überlassen, und zwar zu 25 Prozent über dem Schätzpreis. Allerdings ließ sich Kellner eine Hintertür offen: Er sei „nicht abgeneigt“, verkündete die Gaskommission am 17. Dezember 1867, „schon jetzt die Fabrik der Stadt als Eigentum zu überlassen, falls die Vormundschaftsbehörde der mindereren Geschwister Schaurte ihre Genehmigung erteilt u. die Erlangung derselben nicht mit zu großen Schwierigkeiten verbunden ist“¹⁹³. Kellner war zwar der Besitzer der Fabrik, die eigentlichen Eigentümer waren jedoch die noch unmündigen Kinder seiner Frau aus ihrer ersten Ehe mit Tillmann Schaurte. Ob Kellner tatsächlich bereit war, die Gasfabrik zu verkaufen, oder ob er die Stadt mit dem Angebot nur ablenken und hinhalten wollte, ist fraglich. Angesichts seines erbitterten Kampfes um seine Stellung als Monopolproduzent ist es unwahrscheinlich, daß er bereit war, der Stadt die Fabrik zu überlassen.

Dem Bürgermeister gegenüber verteidigte Kellner seine Kostenaufstellung gegen die Kritik, er kalkuliere mit überhöhten Kohlenkosten: „Sie ersehen daraus, wie sauber die Quellen sein müssen, aus denen man mit beharrlicher Umgehung einer Information bei Sachverständigen den Stoff schöpft, um meine auf Wirklichkeit beruhenden Angaben zu verdächtigen.“ Erneut forderte er eine Prüfung seiner Zahlen

¹⁹² Nr. 121, Bl.88.

durch Sachverständige, die bisher „sorgfältig und beharrlich vermieden“ werde. Seinen Gegnern warf er die „wissentliche Verbreitung der Unwahrheit“ vor¹⁹⁴. Über seine Kohlenpreise hielt Kellner den Bürgermeister weiter auf dem Laufenden¹⁹⁵.

Aufgrund der langwierigen Verhandlungen verloren inzwischen die Besitzer des Grundstückes am Helenenwall, auf dem die Stadt ihr Gaswerk bauen wollte, die Geduld und setzten die Stadt unter Druck: Schlossermeister Nikolaus Arnolds – Kellners unterlegener liberaler Gegenkandidat bei der Stadtratswahl – wollte das Grundstück nicht länger zu den vereinbarten Konditionen freihalten und fühlte sich „nicht mehr an meine Offerte gebunden.“ Angesichts anderer Interessenten könne er nicht jahrelang Grundstücke für die Stadt reservieren. Um die Grundstückseigentümer bei der Stange zu halten, bot der Bürgermeister an, den verabredeten Kaufpreis mit 5 Prozent verzinsen¹⁹⁶.

Zur Kohlenbelieferung für die künftige städtische Gasfabrik ließ sich der Bürgermeister von verschiedenen Zechen im Ruhrgebiet schon einmal Angebote machen¹⁹⁷.

1868 – EINSPRÜCHE GEGEN EINE STÄDTISCHE GASFABRIK

Inzwischen lief das Genehmigungsverfahren weiter und der Landrat lud im Januar 1868 die 38 Personen, die Einsprüche gegen die Konzessionierung der Städtischen Gaswerke erhoben hatten, zu einer Anhörung ein¹⁹⁸ und sammelte die Klagen: Das Königliche Artilleriedepot¹⁹⁹ sah durch die permanente Feuerung der Gasfabrik ihre vorbei passierenden Pulvertransporte in ihr Pulvermagazin gefährdet. Mehrere benachbarte Hauseigentümer mit J. F. Dietz an ihrer Spitze befürchteten Belästigungen, so daß die Vermietung erschwert würde, der Mietzins und der Kapitalwert der Häuser sinke und die Prämien der Feuerversicherung stiegen. Dennoch erteilte die Regierung am 22. Februar 1868 der Stadt die gewünschte „Erlaubnis zur Anlage einer Gasbereitungs-Anstalt“ in der Straße Am Helenenwall²⁰⁰. Um den Einsprüchen entgegenzukommen und Belästigungen der Nachbarn zu vermeiden, formulierte die Regierung zahlreiche

¹⁹³ Nr. 121, Bl. 91.

¹⁹⁴ Nr. 121, Bl.93.

¹⁹⁵ Ebd., Bl.103

¹⁹⁶ Ebd, Bl. 95.

¹⁹⁷ Ebd., Bl. 104 -111.

¹⁹⁸ Ebd., Bl. 97-99.

¹⁹⁹ Die Artilleriewerkstatt in der ehemaligen Benediktinerabtei gehörte zu den ersten Einrichtungen der neuen preußischen Festung.

²⁰⁰ Bescheid der Kgl. Regierung vom 22.2.1868, in: HASTK: Best. 860, Nr. 121, Bl. 112.

Auflagen und Sicherheitsbestimmungen für den Bau. Angesichts der komplett abgedichteten Feuerstellen der Gasfabrik, sah die Regierung auch keine Gefährdung der Pulvertransporte, die außerdem einen kleinen Umweg (allerdings durch bewohnte Stadtviertel) machen könnten. Die Regierung veröffentlichte ihren Bescheid, gegen den innerhalb von 14 Tagen Einspruch eingelegt werden konnte²⁰¹.

Während das Artilleriedepot seinen Einspruch nun zurückzog, gab der Hauseigentümer Dietz noch nicht so schnell auf, und wandte sich an den Deutzer Stadtkommandanten General von Frankenberg²⁰² und forderte diesen auf, seinen Einspruch wieder aufzunehmen: Im Bescheid der Regierung werde die Gasfabrik „als ein höchst unschuldiges Etablissement geschildert“. Da die bestehende Gasfabrik aber bereits zweimal gebrannt hatte, befürchtete Dietz einen weiteren Unglücksfall: „Welch unsägliches Elend“ wäre entstanden, wenn zum Zeitpunkt der früheren Explosionen ein Pulvertransport vorbeigefahren wäre. Das Verhalten des Militärs, „gewerklichen Anlagen nicht hemmend ... in den Weg zu treten“, sei dann begrüßenswert, „wenn ein Bedürfnis, eine Nothwendigkeit für Anlage einer Concurrenz-Gasfabrik vorläge!“ Das sei aber nach Dietz‘ Ansicht „durchaus nicht der Fall, da hier bereits eine Gasfabrik besteht, welche die ganze Stadt mit Gas versorgt und ihre Nachbarschaft hinlänglich belästigt; – warum also ein zweites derartiges Werk schaffen, daß ohnehin nach der Meinung aller Einsichtigen unsere städtischen Finanzen vollständig ruinieren wird!“

Ungerührt schickte Frankenberg den Brief weiter an den Bürgermeister „mit dem ergebensten Ersuchen den Petanten [Bittsteller, D.R.] gefäl. dahin zu bescheiden, daß für die Kommandantur diese Angelegenheit völlig erledigt ist.“²⁰³

Dennoch gab Dietz immer noch nicht auf und bat die Kommandantur „als ganz naher Nachbar“, die Grundstücke der Gasfabrik wenigstens von Sachverständigen besichtigen zu lassen. Die Anwohner müssten bei Pulvertransporten ihre Feuerstellen löschen, was sei mit der Gasfabrik? Frankenberg beschied Dietz, sich an die Polizeibehörde zu wenden²⁰⁴.

Ohne Unterstützung durch das Militär erhob Dietz nun im März 1868 alleine Einspruch beim Berliner Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten: Außer den bereits bekannten Argumenten der Feuergefährlichkeit, der unangenehmen Rauchniederschläge und Gerüche warnte er davor, daß die Gasfabrik wie in Köln die Brunnen vergifte. Außerdem warf er die Frage nach der Rentabilität der

²⁰¹ HASTK: Best. 860, Nr. 121, Bl. 120.

²⁰² Schreiben Dietz an den Stadtkommandanten General von Frankenberg vom 18.3.1868, in: HASTK: Best. 860, Nr. 121, Bl. 116f..

²⁰³ Notiz Frankenbergs an den Bürgermeister vom 20.3.1868, in: HASTK: Best. 860, Nr. 121, Bl.116.

städtischen Gasfabrik angesichts des aktuellen Angebotes von Schaurte auf.²⁰⁵

Vom Ministerium um seine Stellungnahme zu Dietz' Einwänden gebeten, zeigte der Bürgermeister recht wenig Engagement: Dietz' Argumente seien alle bereits von der Regierung berücksichtigt worden. Die Explosionen bei Schaurte wären auf die „Mangelhaftigkeit der Sicherheitsvorkehrungen“ zurückzuführen und die Frage, ob die „Gasfabrik ein Bedürfnis“ sei, gehöre nicht zur Sache²⁰⁶. Weil der Vertrag mit den Gaswerken am 1. Oktober auslief und der Grundstückskauf drängte, bat der Bürgermeister allerdings um eine größtmögliche Beschleunigung des Verfahrens²⁰⁷.

Kellner droht und verhandelt

Auch Otto Kellner war inzwischen klar, daß die Stadt fest entschlossen war, eine eigene Gasfabrik zu bauen und er nahm den Kampf auf: „Als Bürger der Stadt“ hielt er es für seine Pflicht, so schrieb er dem Bürgermeister, „noch einmal objektiv an die Angelegenheit heranzugehen, um eine Vereinbarung zu versuchen“. Er verbesserte sein letztes, nicht akzeptiertes Angebot (1,2 Taler/1000Kubikfuß und 2 Pf/h) noch einmal dahingehend, daß er für die öffentliche Beleuchtung den Preis schon ab kommenden Monat senken würde, was das städtische Budget für das laufende Jahr um 637 Taler entlaste. Er hoffe immer noch, daß die Stadt das unrentable Projekt fallen ließe. Kellner drohte, er werde und müsse bei Privatkunden mit seinem Preis immer unter dem Preis der Stadt bleiben. Außerdem sei sein Gaspreis deutlich besser als der Gaspreis in vielen anderen Städten²⁰⁸. Gleichzeitig machte er öffentlich bekannt, daß er den Gaspreis auf 1,2 Taler pro 1000 Kubikfuß reduziere und außerdem die Zuleitung zum Haus kostenlos lege, im Haus zum Selbstkostenpreis²⁰⁹.

Der Bürgermeister ließ sich inzwischen ausrechnen, daß die Stadt auch bei einer Erhöhung des

²⁰⁴ HASTK: Best. 860, Nr. 121, Bl. 119.

²⁰⁵ Schreiben Dietz' vom 23.3.1868 an das Berliner Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten, in: HASTK: Best. 860, Nr. 121, Bl. 125.

²⁰⁶ Stellungnahme des Bürgermeisters vom 1.4.1868 an das Ministerium zu Dietz' Einwänden, in: HASTK: Best. 860, Nr. 121, Bl. 132.

²⁰⁷ Schreiben des Bürgermeisters an den Landrat vom 2.4.1868, in: HASTK: Best. 860, Nr. 121, 131.

²⁰⁸ Schreiben der Firma Christian Schaurte vom 24.3.1868 an Bürgermeister Reisch, in: HASTK: Best. 860, Nr. 121, Bl. 128. Kellner befürchtete eine „Lahmlegung der Privat-Industrie“. Eine städtische Konkurrenzfabrik sei bei dem geringen Deutzer Gasverbrauch ein „Unicum“. In Berlin sei kürzlich die ruinöse Konkurrenz zweier Fabriken (Stadt und ICGA) beseitigt und nach der Einigung der Gaspreis von 1,15 auf 1,20 Taler pro 1000 Kubikfuß erhöht worden. In den umliegenden Städten liege der Gaspreis bei 2 (Elberfeld, Düsseldorf, Mülheim), 2,2 (Bonn) oder 3 Taler (Neuss, Eschweiler).

²⁰⁹ Flugzettel der Firma Schaurte vom März 1868, in: HASTK: Best. 860, Nr. 121, Bl. 128b.

Privatkonsums auf 3 Millionen Kubikfuß für nur 1,25 Taler pro 1000 Kubikfuß produzieren könne²¹⁰. Neben Schaurte gab es aber noch andere potentielle Konkurrenz in der Stadt: Der Stadtverordnete Dr. Neesen erstellte im Mai 1868 ein juristisches Gutachten „über die Beseitigung der von der englischen Gesellschaft in Cöln benutzten Gasröhren soweit dieselben in dem Eigenthum der Stadt Deutz liegen“. Neesen kam zu dem Schluß, daß ohne Genehmigung der Stadt keine fremden Gasröhren in der Stadt verlegt werden dürften und die Stadt das Recht habe, die Beseitigung der Röhren zu verlangen. Die Stadt durfte also hoffen, durch die Beseitigung der Röhren aus Köln über die Rheinbrücke zum Köln-Mindener Bahnhof die Eisenbahn als Kunden wiederzugewinnen und so die Rentabilität der zukünftigen städtischen Gaswerke zu erhöhen.²¹¹

Aber auch diese neue Offerte Schaurtes hielt die Gaskommission „nicht für annehmbar“. Stattdessen legte sie ihre eigenen Bedingungen für einen weiteren Vertragsabschluß vor: Erstens durfte der Preis für Privatbeleuchtung höchstens 1,10 Taler pro 1 000 Kubikfuß betragen, Zweitens durfte die Straßenbeleuchtung höchstens 2 Pfennig pro Stunde kosten und Drittens könnte die Stadt nach Ablauf der ersten Hälfte der 20jährigen Vertragsdauer die Gaswerke zum Schätzwert kaufen. Falls Schaurte nicht annehme, sollte die Stadt die bestehende Fabrik kaufen.²¹²

Nach einer Notiz des Bürgermeisters vom folgenden Tag lehnte Kellner es „entschieden ab“, auf diese Bedingungen einzugehen oder über einen Verkauf zu verhandeln²¹³. Um eine schriftliche Stellungnahme gebeten²¹⁴ erläuterte Kellner, daß er Punkt 2 und 3 sehr wohl, Punkt 1 aber nicht akzeptieren könne. Bei einem Preis von 1,1 Taler könne er „nicht geschäftlich bestehen“. Damit ihm die Stadt das auch glaubt, wollte er sich in dieser Frage dem Urteil einer Kommission von drei unabhängigen Gasfachleuten unterwerfen. Erneut wiederholte Kellner sein Angebot, der Stadt „um des Friedens willen“ die Fabrik sofort zu verkaufen, „sobald ein einigermaßen annehmbares Angebot darauf gemacht wird“.²¹⁵ Die Stadtverordnetenversammlung begriff das als Ablehnung und wollte über einen Ankauf auch nicht weiter verhandeln, solange keine Forderung Schaurtes auf dem Tisch lag²¹⁶. Davon scheinbar unberührt

²¹⁰ Anonyme Berechnung mit der Bemerkung: „Es gehen in den Röhren und den Matern verloren und werden von faulen Hunden nicht bezahlt ...“, in: HASTK: Best. 860, Nr. 121, Bl.129.

²¹¹ Promenaria des Dr. Neesen vom 25.5.1868, in: HASTK: Best. 860, Nr. 124, Bl. 161f..

²¹² Stellungnahme der Gaskommission vom 02.04.1868, in: HASTK: Best. 860, Nr. 121, Bl. 133. Kellner war eingeladen, war aber nicht erschienen. Er entschuldigt sich, er sei „durch ein auswärtiges Gutachten in Anspruch genommen“ gewesen, Ebd. Bl. 135.

²¹³ Notiz des Bürgermeister an die Gaskommission vom 3.4.1868, in: HASTK: Best. 860, Nr. 121, Bl.134.

²¹⁴ Schreiben des Bürgermeisters an Kellner als „Miteigentümer der Gasfabrik“ vom 7.4.1868, in: HASTK: Best. 860, Nr. 121, Bl.136.

²¹⁵ Antwort Schaurtes an Bürgermeister vom 10.4.1868, in: HASTK: Best. 860, Nr. 121, Bl.137.

²¹⁶ Gedruckter „Amtlicher Bericht über die Stadtverordneten-Sitzung vom 20. April 1868“, in: HASTK: Best. 860, Nr. 121,

schickte Kellner dem Bürgermeister eine „geometrische Aufnahme“ der Gasfabrik als Grundlage für ein Angebot der Stadt²¹⁷.

Kellners Überraschung für den Stadtrat

Die Verhandlungen über den Gaspreis steckten offensichtlich in einer Sackgasse, während die Stadt weiterhin an ihren Bauplänen festhielt. Es sah alles so aus, als würde die Firma Schaurte diesmal das Nachsehen haben.

Aber Otto Kellner, der eine solche Entwicklung offenbar vorausgesehen hatte, war inzwischen nicht untätig gewesen. In der Stadtratssitzung vom 20. April 1868 platzte die Bombe: Die Stadtverordneten mußten erfahren, daß ihr Kollege Kellner einen Teil des Grundstückes aufgekauft hatte, auf dem die Stadt ihre Fabrik bauen wollte, und nun die Teilung des Geländes forderte. Kellner war der Stadt erneut um eine Nasenlänge voraus. Den wütenden Stadträten blieb nichts anderes übrig, als juristisch prüfen zu lassen, ob die Stadt durch Kellners Verhalten in einen Prozeß verstrickt werden könne²¹⁸.

Zunächst sah es gut aus für die Stadt: Das Berliner Handelsministerium wies die Einwände als unbegründet zurück, gab der Stadt die gewünschte Konzession und die Regierung erteilte die Bauerlaubnis²¹⁹. Der Bürgermeister wollte von Kellner als Miteigentümer des Grundstückes jetzt wissen, ob er das Grundstück nun teilen lassen oder an die Stadt verkaufen wolle. Der Bürgermeister war außerdem immer noch dazu bereit, einen neuen Gasvertrag mit Schaurte abzuschließen oder die Fabrik zu kaufen. Allerdings sollte Schaurte „einen Kaufpreis fordern“ statt von der Stadt ein Angebot zu erwarten.²²⁰ Gleichzeitig fragte der Bürgermeister Arnold, ob er das Grundstück jetzt verkaufe?²²¹ Aber Arnold mußte den Bürgermeister enttäuschen: Kellner hatte inzwischen Teilungsklage erhoben und daher war der Verkauf an die Stadt immer noch völlig offen.²²² Hatte Kellner triumphiert?

Bl.138a.

²¹⁷ Schreiben Kellners an den Bürgermeister vom 2.6.1868, in: HASTK: Best. 860, Nr. 121, Bl.139.

²¹⁸ HASTK: Best. 860, Nr. 121, Bl.138a: „Amtlicher Bericht über die Stadtverordneten-Sitzung vom 20. April 1868“. Die Kommission zur Klärung dieser Frage bestand aus Bürgermeister Reisch sowie den Stadträten Zapp und Dobbmann. Die ehemaligen Grundstücksmiteigentümer Lündorff und Schumacher hatten an Kellner verkauft, Schreiben Arnolds an den Bürgermeister vom 6.7.1868, in: HASTK: Best. 860, Nr.121, Bl. 144.

²¹⁹ Bauerlaubnis der Regierung vom 4.6.1868, in: HASTK: Best. 860, Nr.121, Bl. 141f..

²²⁰ Schreiben des Bürgermeisters an Kellner vom 10.6.1868, in: HASTK: Best. 860, Nr.121, Bl. 139.

²²¹ HASTK: Best. 860, Nr.121, Bl. 140.

²²² Schreiben Arnolds an den Bürgermeister vom 6.7.1868, in: HASTK: Best. 860, Nr.121, Bl. 144.

Eine städtische Gasfabrik ausserhalb der Stadtmauern?

Trotz ihrer Niederlage gab die Stadtratsmehrheit, die eine eigene Gasfabrik bauen wollte, nicht auf: Am 6. Juli 1868 beschloß die Stadtverordnetenversammlung ihr Projekt innerhalb der Stadt aufzugeben und die neue Gasfabrik außerhalb der Stadtmauern zu bauen. Hartmann und seine Freunde waren nicht untätig gewesen und hatten am Vingster Weg²²³ ein passendes Gelände gefunden. Um sicher zu gehen, daß der Stadtrat die richtige Entscheidung traf, schenkte Hartmann anderthalb Morgen²²⁴ dieses Grundstückes der Stadt. So sollte die neue Gasfabrik trotz längerer Gasleitungen billiger werden. Stadtbaumeister Müller legt am 14. August dem Bürgermeister einen „Situationsplan“ für die Gasfabrik außerhalb der Stadt vor²²⁵. Als Kellner in der Stadtratssitzung am 26. August seine Preise nicht weiter senken wollte, wurde bei sieben Gegenstimmen der Bau beschlossen.²²⁶

Um ihre überraschende Wendung zu erklären, wandte sich die Stadt im August 1868 mit einer kleinen Druckschrift an die Deutzer Öffentlichkeit: Kellner habe den Bau der Gasfabrik zwar verhindert, aber immerhin habe er im Verlauf der Verhandlungen den Gaspreis auf 1,20 Taler senken müssen. Allerdings wurde auch dieses Angebot als zu hoch vom Stadtrat verworfen. Gleichzeitig seien aber „privatim“ Vorarbeiten für die Anlage einer städtischen Gasfabrik außerhalb von Deutz, nämlich in Kalk, begonnen worden. Wegen des preiswerteren Grundstückes würde die Gasfabrik nun sogar billiger als geplant. Weitere Vorteile versprach sich die Stadt von der freien Lage, die eine günstige Verbindung zur Eisenbahn sowie den Gasverkauf in alle Richtungen ermöglichte. Außerdem, so hoffte die Stadt zuversichtlich, werde es hier draußen keine „unbegründeten Proteste“ der Nachbarn geben, die zu einem weiteren Zeitverzug führten²²⁷.

500 Unterschriften für Schaurte

Diese Hoffnung erwies sich allerdings schnell als verfrüht: Am 28. September 1868 veranstalteten Kellners Unterstützer eine große Bürgerversammlung gegen die Pläne der Stadt und verabschiedeten eine Petition an die Regierung mit mehr als 500 Unterschriften. Die Zahl ihrer Anhänger sei sogar noch größer,

²²³unmittelbar vor dem Eingang in die Kalker Straße

²²⁴Feld- oder Ackermaß. Soviel wie ein Mann mit einem gewöhnlichen Gespann vom Morgen bis zum Abend bearbeiten kann. In Preußen waren ein Morgen 180 Quadratruten (1 Rute = 3,77 Meter), also 2 558 Quadratmeter oder 25,532 Ar (1 Ar = 100 qm).

²²⁵HASStK: Best. 860, Nr.121, Bl. 145.

²²⁶Schreiben des Bürgermeister an den Landrat, in: HASStK: Best. 860, Nr.121, 145f..

²²⁷Druckschrift vom August 1868 „Die hiesige Gasfabrik betreffend“, in: HASStK: Best. 860, Nr.121, Bl. 147f..

erläuterten die Verfasser der Petition, aber viele „Gaskonsumenten“ und „Steuerzahler“ hätten sich „von der Unterzeichnung der Petition zu ihrem Bedauern .. fern halten müssen“, weil ihnen „unter den hier herrschenden unseligen Partei-Verhältnissen ihre sociale Stellung eine freie Willensäußerung nicht gestattet“. Dennoch standen die Gaskonsumenten unter den Antragstellern für „über 73 % des Gesamt-Gas-Consums“ der Fabrik. Und sie seien – wie auch die Steuerzahler – „gegen den Bau“²²⁸.

Die Unterzeichner legten Stadt und Regierung ihre „Gehorsamste Vorstellung gegen die Erlaubnis einer städtischen Gasfabrik in Deutz“ vor: Darin „protestierten“ sie gegen der Bau einer städtischen Gasfabrik und forderten von der Regierung eine Rentabilitätsberechnung. Bereits die Bürgerversammlung im November letzten Jahres (1867) habe eine Prüfung der städtischen Rentabilitätsberechnung gefordert, aber trotzdem habe der Stadtrat mit nur zwei Stimmen Mehrheit die Fabrik durchgesetzt. Inzwischen habe Schaurte den Gaspreis weiter gesenkt (Der Bürgermeister notierte sich am Rand der Petition, daß „die Erhöhung des Gaspreises meistens kam, wenn der Druck aufhört“), so daß die Stadt nun teurer sei. (Der Bürgermeister sah das in seiner Randnotiz anders). Weil die Stadt höchstens 600 000 Kubikfuß Gas verkaufen könne, werde die städtische Fabrik Verlust zu Lasten der Steuerzahler machen. Da es 1000 steuerpflichtige Bürger gebe, aber nur 230 Gaskonsumenten, würden die Nichtkonsumenten doppelt geschädigt. (In einer Randnotiz wandte der Bürgermeister ein, daß „die Zahl der Konsumenten“ nur deshalb so „gering geblieben“ sei, „da das Gas bisher zu theuer war u. die Sicherheit des billigen Bezugs nicht groß genug ist“.). Die Unterzeichneten rechneten damit, daß Schaurte seine Preise „noch mehr herabsetzen“ werde, um der städtischen Konkurrenz zu begegnen (Der Bürgermeister kommentierte am Rande: „das bringt allgemeinen Vortheil, der erwünscht ist“). Deshalb sei auch eine große Anzahl „Privat-Consumenten“ gegen die städtische Gasfabrik (Laut dem Bürgermeister nur „die Minorität der Stadtverordneten“)²²⁹.

Unterzeichnet wurde diese Petition von mehr als 500 Deutzer Bürgern²³⁰, darunter an erster Stelle der Ingenieur und Fabrikbesitzer Peter Stühlen²³¹. Außerdem unterschrieben fünf Beamte bzw. Amtsträger²³², acht Stadtverordnete (unter ihnen Kellner)²³³, die Besitzer der schon erwähnten bedeutenden Deutzer Waggonbaufirma van der Zypen & Charlier (die Witve van der Zypen und Albert

²²⁸HASStK: Best. 860, Nr.121, Bl. 175f..

²²⁹Schreiben vom 28.9.1868, in: HASStK: Best. 860, Nr.121, Bl. 176 Rs. Außerdem wurde argumentiert, daß eine Fabrik im Rayon stets davon bedroht sei, aus fortifikatorischen Gründen stillgelegt zu werden,

²³⁰HASStK: Best. 860, Nr.121, Bl. 179-182.

²³¹Eisengiesserei von Peter Stühlen, vormals Caspar Rödder in Deutz.

²³²Arndt, Reg.Assessor und Spezial-Commissar, Liste, kgl. Berggeschw..., J. Schmitz, kgl. Notar, Georg Wirth, kgl. Hypothekenbewahrer, Overmann, kgl. Steuerempfänger.

Charlier), sowie zehn weitere Fabrikbesitzer²³⁴ und zwei Hoteliers.

Wie bereits erwähnt: Der Streit um die Gaswerke führte zu einer eindrucksvollen Politisierung und Polarisierung innerhalb der Deutzer Bürgerschaft. Das konservative Lager, im Stadtrat in der Minderheit, organisierte sich nun im Rahmen einer großen Bürgerversammlung.

1868 – Darf Kellner noch Gasleitungen legen?

Bevor sein Monopolvertrag am 30. September 1868 auslief, versuchte Kellner noch rasch, möglichst viele Gasröhren in den Straßen zu verlegen. Offenbar ahnte er, daß er später damit Schwierigkeiten bekommen würde. Ende Juni 1868 informierte Kellner den Bürgermeister, daß er ein Haus in der Mathildenstraße mit Gas versorgen werde, was der Bürgermeister akzeptieren mußte²³⁵. Anfang Juli ging Kellner aufs Ganze: Er informierte den Bürgermeister über seine Absicht, „das Rohrnetz der Gasleitungen auch auf diejenigen Straßen auszudehnen, wo es noch fehlt: Tempelwallstraße zur Siegburgerstraße, Gerbergasse, Schneebergerstraße, Poststraße, Neuhöfferstraße, die verlängerte Mittelstraße“ und andere²³⁶. Nachdem die Gaskommission nach Einsicht in den Vertrag von 1844 festgestellt hatte, daß „die Ausführung ... nicht verhindert werden kann“, erteilte der Bürgermeister – vermutlich zähneknirschend – seine Genehmigung²³⁷. In den nächsten Wochen folgten noch zahlreiche weitere ähnliche Ankündigungen Kellners²³⁸. Damit sicherte sich Kellner noch kurz vor Ablauf seines Vertrages zahlreiche neue Privatkunden, die damit der geplanten städtischen Gasfabrik verloren gingen.

Während der Bürgermeister der Firma Schaurte einerseits das Legen neuer Gasleitungen für die Versorgung von Privathäusern am liebsten verboten hätte, war andererseits die Stadt selbst für ihre Straßenbeleuchtung bis zur Fertigstellung der neuen städtischen Gasfabrik auf die Gaslieferungen Schaurtes angewiesen. Deshalb erkundigte sich der Bürgermeister Mitte August bei Kellner, ob er bis dahin noch die öffentliche Beleuchtung übernehme?²³⁹ „Um die Stadt vor Verlegenheiten zu bewahren“, versicherte Kellner dem Bürgermeister großmütig, werde er auch über den 30. September hinaus zu unveränderten

²³³Becker, Coblenz, Commans, Dobbeltmann, Franz Engels, Kellner, Neesen und Kuhl.

²³⁴J.v.d. Zypen, Eugen v.d.Zypen, Ferd. Kohlstadt & Cie, Coblenz, Rodenkirchen, Brena, Orbann, Schnellenberg und Wagner.

²³⁵Schreiben Kellners an den Bürgermeister vom 30.6.1868, in: HASTK: Best. 860, Nr.124, Bl. 151.

²³⁶Schreiben Kellners vom 9.7.1868, in: HASTK: Best. 860, Nr.124, Bl. 152.

²³⁷Schreiben vom 16.7.1868, in: HASTK: Best. 860, Nr.124, Bl. 152.

²³⁸HASTK: Best. 860, Nr.124, Bl. 153-156

²³⁹Schreiben des Bürgermeisters an Kellner vom 18.8.1868, in: HASTK: Best. 860, Nr.121, Bl. 149.

Preisen und Bedingungen Gas liefern²⁴⁰.

Um für die Übergangszeit klare juristische Verhältnisse zu schaffen, legte die Gaskommission Anfang September Eckpunkte zu einem Vertrag mit Schaurte fest: Erstens sollte Schaurte bis zur Inbetriebnahme der städtischen Gasfabrik Gas liefern, dessen Flamme – zweitens – eine gute Beleuchtung ermöglichen mußte. Drittens wollte die Stadt 5 Pfennig pro Flammenstunde in der Stadt und 3 Pfennig pro Flammenstunde auf der Mülheimer Straße zahlen. Viertens schließlich wurde Schaurte verboten, für Privatkunden neue Röhren zu legen. Diesen Vertragsentwurf schickte der Bürgermeister am 17. September 1868 an Kellner²⁴¹.

In seiner Antwort legte Kellner großen Wert auf die Feststellung, daß sich der neue Vertrag lediglich auf die städtische nicht aber auf private Beleuchtung beziehe. Kellner setzte sich vehement für eine freie private Konkurrenz ein, die von städtischen Unternehmen nicht in den Ruin getrieben werden dürfe: „Wohin solle es auch führen, wenn eine Stadt sich nach und nach mit Fabrikation und Vertrieb aller, und zwar viel näherliegender und dringenderer Bedürfnisse, als es gerade das Gas ist, befassen und dadurch ihren gewerbetreibenden und steuerzahlenden Bürgern die Existenz streitig machen wollte? Das Motiv – eine Stadt könne es in der Konkurrenz mit Privatfabrikanten länger wie diese aushalten, spricht denn doch mit zu dürren Worten die planmäßige Spekulation auf deren Ruin aus, als daß es im Ernste geltend gemacht werden könnte.“ Anders verhalte es sich mit der freien Konkurrenz unter Privatindustriellen, diese sei „die Grundlage unseres Handels und Verkehrs“. Schließlich erneuerte Kellner sein radikal verbilligtes Angebot die gesamte öffentliche Beleuchtung „dauernd für den Preis von 2 Pfennigen“ pro Laternenstunde zu übernehmen²⁴².

Nachdem der Vertrag mit Schaurte zum 30. September 1868 ausgelaufen war (Schaurte seine Röhren aber noch 20 Jahre liegen lassen durfte) befahl Bürgermeister Reisch am 10. Oktober seinen Polizeibeamten, „genau zu kontrollieren, daß keine neuen Röhren gelegt“ und keine Leitungen zu den Häusern gebaut würden²⁴³. Kellner reagierte ziemlich prompt und lehnte am 13.10. den Vertragsentwurf der Gaskommission für die Straßenbeleuchtung mit Hinweis auf sein letztes Angebot ab²⁴⁴. Er versuchte, private und öffentliche Beleuchtung gegeneinander auszuspielen: Solange die Stadt ihm bei der privaten

²⁴⁰Schreiben Kellners an Bürgermeister Reisch vom 25.8.1868, in: HASTK: Best. 860, Nr.124, Bl. 118. Kellner wollte auch wissen, wie die Stadt zu seinen letzten Angebot stehe

²⁴¹„Gutachten“ der Gaskommission vom 3.9.1868, in: HASTK: Best. 860, Nr.124, Bl. 119.

²⁴²Schreiben Kellners an den Bürgermeister vom 1.10.1868, in: HASTK: Best. 860, Nr.124, Bl.120.

²⁴³Aufforderung des Bürgermeisters Reisch an die „Polizeibeamten“ vom 10.10.1868, in: HASTK: Best. 860, Nr.124, Bl. 121.

²⁴⁴HASTK: Best. 860, Nr.124, Bl. 122.

Beleuchtung keine freie Hand ließ, war er nicht bereit, mit der Stadt einen Übergangsvertrag über die Straßenbeleuchtung zu schließen. Zu diesem Zeitpunkt versorgte Kellner 47 durchbrennende Laternen, 17 „11-Uhr-Laternen“²⁴⁵ und 8 „12-Uhr-Laternen“²⁴⁶.

Der Konflikt eskalierte schnell: Nachdem Kellner ohne Erlaubnis das Straßenpflaster der Tempelwallstraße hatte aufbrechen lassen, verbot Bürgermeister Reisch am 21. Oktober die Fortsetzung der Arbeiten.²⁴⁷ Kellner zeigte dem Bürgermeister noch am selben Tag an, daß er in der Tempelwallstraße, der Hermannstraße und der Hallenstraße Röhren verlegen wolle²⁴⁸. Aber das reichte nun nicht mehr: Reisch macht Kellner klar, daß eine Ankündigung nicht genüge, sondern Kellner die Genehmigung des Bürgermeisters brauche. Die könne er aber jetzt nicht geben, sondern auf Kellners Antrag werde die Stadtverordnetenversammlung darüber beraten. Reisch droht mit Strafmaßnahmen, falls Kellner die Arbeiten fortsetze²⁴⁹.

Nachdem Kellner auf diesem Wege also gescheitert war, versuchte er jetzt, über seine Kunden öffentlichen Druck auf die Stadt auszuüben: Nachdem er den Auftrag eines Privatkunden bedauernd zurückgewiesen hatte, weil er keine neuen Gasleitungen mehr verlegen dürfe²⁵⁰, beschwerte sich im November 1868 dieser Kunde – der Kaufmann Johann Adam Wahlen aus der Düsseldorfer Straße – beim Bürgermeister: Er habe sich seinen Mietern gegenüber verpflichtet, für Gas zu sorgen und nun würde es von der Stadt untersagt²⁵¹. Der Bürgermeister informierte Wahlen, daß es darauf ankomme, wer Eigentümer der Bankett- und Trottoirflächen sei²⁵². Das war allerdings die Stadt und so konnte die Stadtverordnetenversammlung am 16. November mit Hinweis auf die projektierte städtische Gasfabrik die Genehmigung für eine Zweigleitung ins Haus versagen²⁵³.

Damit gab Wahlen sich aber nicht zufrieden, sondern beschwerte sich bei Landrat v. Wittgenstein: „Mit welchem Rechte soll ein Deutzer Bürger gezwungen werden, kein Gas zu bekommen?“ Wenn die Stadt eine Gasfabrik baue, „soll dann jeder Gasbegehrende dieses von der Stadt nehmen müssen?“ Wahlen empfand das als „unerhörten Zwang“ und befürchtete als „unmittelbare Folge“ die „Entwerthung“

²⁴⁵Laternen, die um 23 Uhr gelöscht wurden.

²⁴⁶Schreiben Kellners an Bürgermeister Reisch vom 15.2.1869, in: HASTK: Best. 860, Nr.124, Bl. 159. Die Laternenstandorte sind ersichtlich aus Bl. 167 (Übersicht über die Laternen in Deutz 1870).

²⁴⁷Schreiben des Bürgermeisters Reisch an Kellner vom 21.10.1868, in: HASTK: Best. 860, Nr.124, 122.

²⁴⁸Schreiben Kellners vom 21.10.1868, in: HASTK: Best. 860, Nr.124, Bl. 123.

²⁴⁹Brief des Bürgermeisters Reisch vom 21.10.1868, in: HASTK: Best. 860, Nr.124, Bl.123.

²⁵⁰Schreiben Kellners vom 31.10.1868, in: HASTK: Best. 860, Nr.121, Bl. 168.

²⁵¹Beschwerde Adam Wahlens vom 4.11.1868, in: HASTK: Best. 860, Nr.124, Bl. 124.

²⁵²Antwort Bürgermeister Reischs vom 5.11.1868, in: HASTK: Best. 860, Nr.124, Bl.124.

²⁵³Schreiben des Bürgermeisters vom 20.11.1868, in: HASTK: Best. 860, Nr.124, Bl.124Rs.

seines Hauseigentums²⁵⁴. Der Landrat stellte sich auf die Seite des Gaskunden: Es schien ihm „unzulässig“, schrieb er Bürgermeister Reisch, „Gasanlagen den Privaten deshalb zu untersagen, weil die Stadt beabsichtigt in der Zukunft selbst zu produzieren.“ Auch wenn später eine städtische Gasanstalt bestünde, könne „niemand gezwungen werden .., den Gas-Bedarf bei der Stadt zu entnehmen“²⁵⁵.

Das sah der Bürgermeister selbstverständlich anders. Gegen den wirtschaftsliberalen Kurs des Landrats zog er sich hinter juristische Argumente zurück: Schaurte sei nach Paragraph 22 des Vertrages von 1844 „nicht .. befugt .., irgendwelche neue Leitungen anzulegen“. Deshalb habe man neue Leitungen verboten. Allerdings schrieb der Bürgermeister auch ganz offen über die wahren Gründe der Ablehnung: „Diese Maßregeln verfolgen natürlich den Zweck, der projektierten städtischen Gasfabrik die bestehende Concurrenz so ungefährlich zu machen, als es mit den Vertragsbestimmungen vereinbar ist.“ Wenn einzelne Bürger deshalb jetzt keinen Gasanschluß bekämen, sei das nicht die Schuld der Stadt, sondern derjenigen, die „bisher systematisch durch ganz haltlose aus der Luft gegriffene Opposition“ die Entscheidung über eine städtische Gasfabrik hinausgezögert hätten. Der Bürgermeister versicherte, daß die Stadtverordnetenversammlung in dringenden Ausnahmefällen neue Gasanschlüsse genehmigen würde. Im Falle des Klägers Wahlen sei das aber nicht der Fall, weil der „nicht einmal eine Werkstätte“ im Haus betreibe, sondern „nur außer dem Hause“ arbeite. Für die Beleuchtung seines „Zigarrenkrämchens“ im Parterre reiche auch Petroleum. Außerdem gebe es seit dem Bau Gasröhren in Wahlens Haus, von denen Wahlen angeblich nichts wisse. Der Bürgermeister äußerte den Verdacht, daß Wahlen „das Gesuch fertig zur Unterschrift vorgelegt worden ist, wie es auch mit Oppositionen gegen die städtischen Gasfabrik glaubwürdigen Vernehmens nach geschehen ist“. Diese Vermutung scheint mir durchaus realistisch.

Schließlich drohte der Bürgermeister: Falls Schaurte dennoch das Recht zu neuen Röhren bekäme, würde sich Reisch „entschieden gegen die Anlage einer städtischen Fabrik aussprechen“. Reisch war sich allerdings sicher, daß Schaurte sein Recht bereits auf dem „Prozeßwege geltend gemacht haben würde, wenn er sich getraute, damit durchzukommen.“²⁵⁶ Gegen den Willen des Landrates blieb Bürgermeister Reisch also bei seiner Entscheidung, teilte dies Wahlen mit und verwies ihn auf den Klageweg²⁵⁷.

Als nächstes beschwerte sich der Schlosser und Maschinenbauer Wilhelm Bliersbach, daß Schaurte

²⁵⁴Beschwerde (Abschrift) Adam Wahlen an den Landrat vom 7.12.1868, in: HASTK: Best. 860, Nr.124, Bl.126.

²⁵⁵Schreiben des Landrates an Bürgermeister Reisch (Abschrift) vom 8.12.1868, in: HASTK: Best. 860, Nr.124, Bl.127.

²⁵⁶Schreiben des Bürgermeisters Reisch an Landrat v.Wittgenstein (Abschrift) vom 29.12.1868, in: HASTK: Best. 860, Nr.124, Bl. 127Rs.

²⁵⁷Schreiben des Bürgermeisters an Wahlen vom 7.1.1869, in: HASTK: Best. 860, Nr.124, Bl. 131.

keine Gasröhren mehr legen durfte²⁵⁸, aber auch seine Beschwerde wurde von der Stadtverordnetenversammlung zurückgewiesen²⁵⁹. Da der Landrat die Stadt nicht zur Genehmigung zwingen konnte, empfahl er auch Bliersbach zu klagen²⁶⁰. Als dritter scheiterte im Januar 1869 der Bürger Bergweiler, der in der Freiheitsstraße einen Gasanschluß haben wollte²⁶¹.

Da alle privaten Proteste nichts fruchteten und die Stadt hart blieb (obwohl Kellner im Januar 1869 den städtischen Gaspreis auf 2 Pfennige pro Flammenstunde reduzierte, was der Stadt fast 1000 Taler jährlich sparte²⁶² und von der Stadtverordnetenversammlung deshalb „mit Dank und Anerkennung“ angenommen wurde²⁶³) drohte Kellner im Februar 1869 der Stadt tatsächlich mit einer Klage: Die städtischen Verbote widersprächen dem Sinn des Vertrages von 1844, der eigentlich das Recht zur Fortsetzung des Gasgeschäftes sichern sollte: Sie seien auch nicht gerecht (entsprächen nicht der „Billigkeit“), weil manche Gewerbetreibende das Gaslicht brauchten. Unter Berufung auf ein Urteil es Königlichen Obertribunals bat Kellner erneut um die Erlaubnis zur Röhrenverlegung. Sonst werde er klagen.²⁶⁴

Da der Bürgermeister weiterhin ablehnte²⁶⁵, klagte Kellner am 23. März 1869 tatsächlich gegen die Stadt Deutz, um weiterhin in den Straßen und Plätzen der Stadt seine Röhren legen und reparieren zu dürfen²⁶⁶. Auf Privatstraßen war das weiterhin kein Problem, so daß Kellner im September 1869 die private Maywormstraße aufbrechen konnte, um die Artillerie-Werkstatt ans Gasnetz anzuschließen²⁶⁷. Kellners Klage war offensichtlich erfolgreich, denn als Ende 1870 die Dietz'sche Buchdruckerei für ihre neue Schnellpresse mit Gaskraftmaschine einen Gasanschluß wollte, bekam sie innerhalb von drei Tagen die Genehmigung durch die Stadt²⁶⁸. Im Februar 1871 genehmigt der Stadtrat einige neue Privatanschlüsse²⁶⁹, im November 1871 bekam das Pfarrhaus eine Gasleitung²⁷⁰, im September 1872 auch

²⁵⁸Beschwerde vom 11.12.1868, in: HASTK: Best. 860, Nr.124, Bl. 129-130.

²⁵⁹Antwort des Bürgermeisters 22.12.1868, in: HASTK: Best. 860, Nr.124, Bl. 130.

²⁶⁰Schreiben des Landrates an Bliersbach vom 30.1.1869, in: HASTK: Best. 860, Nr.124, Bl. 133.

²⁶¹Antrag eines Bürgers Bergweiler vom 28.1.1869, in: HASTK: Best. 860, Nr.124, Bl. 132. Die Stadtverordnetenversammlung lehnt am 11.2.1869 ab.

²⁶²Schreiben Kellners an den Bürgermeister vom 20.1.1869, in: HASTK: Best. 860, Nr.124, Bl. 168. Die städtischen Gaskosten reduzierten sich von 1628 auf 673 Taler.

²⁶³Schreiben des Bürgermeisters an Kellner vom 13.2.1869, in: HASTK: Best. 860, Nr.124, Bl. 168. Die Stadtverordnetenversammlung hatte am 11.2.1868 akzeptiert.

²⁶⁴Schreiben Kellners an Bürgermeister Reisch vom 16.2.1869, in: HASTK: Best. 860, Nr.124, Bl.134.

²⁶⁵Das Urteil ändere seine Meinung nicht, Schreiben des Bürgermeisters vom 10.3.1869, in: HASTK: Best. 860, Nr.124, Bl.135.

²⁶⁶Klage Kellners gegen die Stadt Deutz vom 23.3.1869, in: HASTK: Best. 860, Nr.121, Bl. 221.

²⁶⁷Schreiben vom 15.9.1869, in: HASTK: Best. 860, Nr.124, Bl. 147.

²⁶⁸Antrag vom 29.11.1870 und Genehmigung vom 2.12.1870, in: HASTK: Best. 860, Nr.124, Bl. 178.

²⁶⁹HASTK: Best. 860, Nr.124, Bl. 185.

der Städtische Sitzungssaal, was die Stadt immerhin 100 Taler Anschlussgebühr kostete²⁷¹.

1868 – EINE GASFABRIK NEBEN DER PULVERMÜHLE?

Zurück zum Genehmigungsverfahren für die städtische Gasfabrik: Die Hoffnung des Bürgermeisters, daß es bei einer Gasfabrik auf freiem Feld keine „unbegründeten Proteste“ der Nachbarn gebe werde, erfüllten sich nicht. Nachdem der Landrat die Pläne der Stadt veröffentlicht hatte²⁷², erhoben im September 1868 gleich vier Bürger Einspruch gegen die Pläne der Stadt:

Joseph Boddenberg (Freiheitsstraße 77) protestierte gegen die Bau der Fabrik, weil auf demselben Grundstück eine „Pulvermühle“ mit einem großen Vorrat an Sprengpulver stehe. Zur Zeit war sie allerdings nicht in Betrieb. Weil außerdem gerade die Festung vergrößert werde²⁷³, verwandele sich sein Land neben der Gasfabrik zur Baustelle und werde total entwertet. Der zweite Einwand von Clemens Müller macht darauf aufmerksam, daß die „Pulverfabrik ... aus dem Situationsplan weggelassen worden“ sei. Ein Herr Braschoß, der angeblich in der Pulverfabrik wohnte, beklagt, daß sein eigener Bauantrag auf demselben Grundstück aus „fortifikatorischen Bedenken“ abgelehnt worden sei. Er bezeichnete den Bauplatz als Grundstück „des Herrn Franz Kürten alias Hartmann“, womit er vermutlich andeuten wollte, daß der ehemalige Besitzer des Grundstückes (Gasfabrik und Pulvermühle) nur ein Strohmann von Hartmann sei. Schließlich protestierte auch noch die Besitzerin der Pulverfabrik selbst, die Firma Gebrüder Krebs & Cie (Teilhaber waren Dansaert und Lannoy) gegen die Baupläne und bestätigten, daß ihre steinernen Gebäude im Situationsplan der Stadt fehlten.²⁷⁴

Den Deutzer Stadtkommandanten erreichte außerdem das anonyme Schreiben eines Franz M.: „Sie wissen gewiß nichts davon...“, begann M. geheimnisvoll, daß die Stadt plane, im Rayon eine Gasfabrik anzulegen²⁷⁵. Das um seine Meinung gebetene Artilleriedepot hatte allerdings keine Einwände, weil die Gasanstalt nur weit außerhalb im „dritten Festungs-Rayon“ angelegt werden sollte²⁷⁶.

Die Bürgermeister ließ die Pulvermühle in den Plänen nachtragen²⁷⁷ und nach einem

²⁷⁰HASStK: Best. 860, Nr.124, Bl. 195.

²⁷¹HASStK: Best. 860, Nr.124, Bl. 197.

²⁷²HASStK: Best. 860, Nr.121, Bl. 150.

²⁷³Gemeint ist der Ausbau des zweiten Festungsringes in den 1870er Jahren.

²⁷⁴HASStK: Best. 860, Nr.121, Bl. 152f..

²⁷⁵Anonymes Schreiben des „Franz M.“ vom 15.9.1868, in: HASStK: Best. 860, Nr.121, Bl. 154

²⁷⁶HASStK: Best. 860, Nr.121, Bl. 154Rs.

²⁷⁷HASStK: Best. 860, Nr.121, Bl. 157.

Erörterungstermin für die Einsprüche am 1. Oktober 1868²⁷⁸ genehmigt die Regierung am 20. Oktober den Bau der Gasfabrik: Sie wies die Bedenken wegen der Pulvermühle als unbegründet zurück, weil die Anlage lediglich die Konzession zur Herstellung eines Sprengpulver-Ersatzes namens „Felsenbrecher“ habe, dessen Produktion seit zweieinhalb Jahren eingestellt sei. Es würden dort nur noch Vorräte gelagert und damit seien die 25 Ruten Entfernung zur Gasfabrik ausreichend. Auch eine Entwertung der Grundstücke sei nicht zu befürchten. Die Gebrüder Krebs hatten ihren Einspruch inzwischen zurückgezogen.²⁷⁹

Während der Bürgermeister sich nun erfolgreich um die Genehmigung bemühte, die Gasröhren durch die Festungsanlagen in die Stadt legen zu dürfen²⁸⁰ gingen die abgewiesenen Beschwerdeführer Clemens Müller und Boddenberg in die nächste Instanz und wandten sich an das zuständige Berliner Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten²⁸¹:

1869 – DAS MINISTERIUM ENTSCHEIDET

Im Januar 1869 forderte das Ministerium von Bürgermeister Reisch weitere Informationen, vor allem, ob die Fabrik endgültig still liege. In der Pulverfabrik lagerten nach Informationen des Ministerium 100 Zentner Sprengmittel-Vorräte, deren Aufbewahrung sehr gefährlich sei.²⁸²

Der Bürgermeister erkundigte sich bei Fabrikbesitzer Krebs. Nach dessen Angaben lagerte noch 80 Zentner Material in der Fabrik, das allerdings feucht sei. Es könne sich nur durch Feuer entzünden und nur in hermetisch verschlossenen Räumen explodieren. Nach Einschätzung des Bürgermeisters wartete der Fabrikbesitzer nur noch auf eine gute Gelegenheit zum Verkauf der Grundstücke und Gebäude, da sich das Sprengpulver nicht verkaufte. Die Sprengpulverfabrikation sei vermutlich für immer eingestellt, aber Krebs wollte nicht formell auf den Gebrauch seiner Konzession vom 20. März 1863 verzichten. Eine Erlaubnis, größere Mengen zu lagern, habe Krebs nicht. Zur Analyse schickte der Bürgermeister eine Probe des Pulvers nach Berlin²⁸³.

Ganz offensichtlich war der Deutzer Bürgermeister zuversichtlich. Die Entscheidung des Berliner

²⁷⁸HASStK: Best. 860, Nr.121, Bl. 161.

²⁷⁹HASStK: Best. 860, Nr.121, Bl. 165-167.

²⁸⁰Schreiben des Bürgermeister vom 9.11.1868, in: HASStK: Best. 860, Nr.121, Bl. 169. Hartmann wiederholte den Antrag an die Festungskommandatur am 12.1.1869 und bekam am 25.1.1869 die Genehmigung, mit den Gasröhren die Festungswälle zu durchschneiden, in: HASStK: Best. 860, Nr.121, Bl. 188.

²⁸¹HASStK: Best. 860, Nr.121, Bl. 171.

²⁸²Schreiben des Berliner Ministeriums vom 9.1.1869, in: HASStK: Best. 860, Nr.121, Bl. 183.

²⁸³HASStK: Best. 860, Nr.121, Bl. 184.

Ministeriums dürfte ihn deshalb außerordentlich überrascht haben: Das Ministerium entschied gegen die Stadt! Am 12. März 1869 erfuhr der Bürgermeister durch einen Vorausbescheid, daß der Stadtgemeinde Deutz die Konzession für eine Gasfabrik „versagt“ werde, „weil sich in einer Entfernung von nur 35 Ruthen²⁸⁴ ein der Firma Krebs et comp gehörige Pulverfabrik befindet.“²⁸⁵ Damit schien Kellner wieder einmal gewonnen zu haben.

WER KAUFTE DIE PULVERMÜHLE?

Aber die Befürworter der städtischen Gaswerke gaben sich noch nicht geschlagen: Noch bevor Landrat Wittgenstein den Berliner Bescheid öffentlich bekanntmachen konnte (geplant war der 31. März)²⁸⁶, schufen Hartmann und Mintrop neue Fakten: Am 30. März kauften sie kurzerhand die Pulverfabrik von den Gebrüdern Krebs, verzichteten auf den Gebrauch der Sprengpulverkonzession und versprachen, das Pulver spätestens bis Baubeginn aus der Gasfabrik fortzuschaffen. Noch am selben Tag informierte Bürgermeister Reisch triumphierend Landrat Wittgenstein und forderte ihn auf, die Bekanntgabe des Vorausbescheides abzusagen, weil nun der Grund für den Bescheid entfallen sei²⁸⁷.

Damit waren Hartmann und die anderen Gegner der Schaurte'schen Gaswerke fürs Erste eindeutig die Sieger im Tauziehen um die städtische Gasfabrik. (Aber auch Kellner gab noch nicht auf.) Wittgenstein sagte den Termin ab, holte sich neue Instruktionen und setzte ein neuen Verhandlungstermin für den 8. Mai an²⁸⁸. Bei diesem Treffen erklärten Hartmann und Mintrop zunächst, daß das Gelände mit der Pulverfabrik jetzt ihnen gehörte und sie auf die Sprengpulverproduktion verzichteten. Da damit der Grund für Boddenbergs Beschwerde entfallen war, erwarteten die Anwesenden, daß er seine Beschwerde fallen ließe. Stattdessen verkündete er seinen überraschten Zuhörern, daß Otto Kellner das Gelände ebenfalls gekauft und zur Pulverproduktion verpachtet habe. Die Fabrik befinde sich inzwischen wieder „in lebhaftem Betrieb“ und er halte daher seinen Widerspruch aufrecht²⁸⁹.

²⁸⁴Längenmaß zum Ausmessen größerer Räume. Vor der Einführung des metrischen Systems war in Deutschland fast überall die „Rheinländische Rute“ als Normalmaß in Gebrauch. Sie betrug 3,77 Meter. 35 Ruten sind also knapp 132 Meter.

²⁸⁵Schreiben des Bürgermeisters an Landrat Wittgenstein vom 30.3.1869, in: HASTK: Best. 860, Nr.121, Bl. 191.

²⁸⁶Schreiben des Landrates v. Wittgenstein an Bürgermeister Reisch vom 27.3.1869, in: HASTK: Best. 860, Nr.121, Bl. 190.

²⁸⁷Schreiben des Bürgermeisters an Landrat v. Wittgenstein vom 30.3.1869, in: HASTK: Best. 860, Nr.121, Bl. 191. Die Verzichtserklärung vom 30.3.1869 Eduart Hartmann und Ludger Mintrop findet sich in: HASTK: Best. 860, Nr.121, Bl. 199.

²⁸⁸Schreiben des Landrates Wittgenstein an Boddenberg vom 5.5.1869, in: HASTK: Best. 860, Nr.121, Bl. 196.

²⁸⁹Protokoll der Verhandlungen vom 8.5.1869, in: HASTK: Best. 860, Nr.121, Bl. 197; Reinschrift in: HASTK: Best. 860, Nr.121, Bl. 210.

Die Sensation war perfekt. Bürgermeister Reisch tobte – vermutlich – , bestritt den Ankauf des Geländes durch Kellner und vermutete Hinterlist: „Die Art der Einwendungen der Opponenten bestätigt übrigens immer mehr die Vermuthung, daß es nur darauf abgesehen ist, die Erteilung der Conzession für den Bau der städtischen Gasfabrik zu Gunsten des Besitzers der bestehenden Privat-Gasfabrik ... möglichst weit hinauszuschieben“²⁹⁰ Mit dieser Vermutung hatte Reisch sicherlich Recht.

Nachdem der Landrat Boddenberg aufgefordert hatte, seine Behauptung zu beweisen²⁹¹, besorgte der sich von Kellner die Akten und schickte sie dem Landrat²⁹². Der konnte es nun mit eigenen Augen lesen: Otto Kellner hatte offensichtlich in Brüssel die beiden Geschäftspartner der Gebrüder Krebs (& Cie) ausfindig gemacht, die Kaufleute Eduard Lannoy und Aegidius Dansaert²⁹³ und ihnen am 22. April 1869 die Pulverfabrik abgekauft. Ausgestellt wurde der Kaufvertrag von Notar Johann Joseph Schmitz – einem der 500 Unterzeichner der Pro-Schaurte-Petition von 1868. Nach dem Vertrag ging das einen Magdeburger Morgen große Grundstück „am Driesch“ nebst Wohnhaus und Fabrikgebäude, Gerechtsamen und Dienstbarkeiten, das Krebs & Cie 1862 vom Ackerer Franz Kürten gekauft hatten, für 3 500 Taler in Kellners Besitz über. Die Utensilien zur Herstellung des „Felsenbrechers“ bleiben zwar im Besitz der Verkäufer²⁹⁴, aber trotzdem wurde die Fabrik sofort für fünf Jahre an Gustav Rötzel (aus Kalk) verpachtet – „behufs Fortführung der Pulver-Surrogat-Fabrikation“.²⁹⁵

Der Landrat bat Bürgermeister Reisch nun auch um Hartmanns Kaufvertrag und erkundigte sich, ob die Fabrik tatsächlich wieder in Betrieb sei²⁹⁶. Wie der Bürgermeister zugeben mußte, war die Pulverfabrik tatsächlich am 30. März von Krebs an Hartmann und Mintrop und am 22. April von Krebs‘ Teilhabern Lannoy und Dansaert für 900 Taler mehr an Kellner verkauft worden. Krebs hatte allerdings bei Vertragsabschluß einen schriftlichen Auftrag seiner Kompagnons vorgelegt und galt als zuverlässiger Mann. In der Pulverfabrik werde wohl „bisweilen gearbeitet“, um „eine neue Waare“ auf der Basis von Dynamit herzustellen. Vielleicht würden diese Versuche aber „auch nur zum Schein“ unternommen. Der Bürgermeister vermutete – wahrscheinlich zu Recht – daß der zweite Kaufvertrag lediglich ein „simulierter“

²⁹⁰Schreiben von Bürgermeister Reisch an Landrat Wittgenstein vom 22.5.1869, in: HASTK: Best. 860, Nr.121, Bl. 201f und 212.

²⁹¹Schreiben des Landrates an Boddenberg vom 1.6.1869, in: HASTK: Best. 860, Nr.121, Bl. 203.

²⁹²Schreiben Boddenbergs an den Landrat vom 12.6.1869, in: HASTK: Best. 860, Nr.121, Bl. 204.

²⁹³Ritter des Leopold-Ordens.

²⁹⁴Die Kaufleute Gebr. Krebs & Cie beantragten 1870 und betrieben 1875 eine Dynamit-Fabrik (eigentlich Nitroglycerin) und produzierten in Vingst mit 65 Arbeitern Kunstdünger, aus: HstaD, Reg. Köln Nr. 2158, Bl. 192Rs; Schreiben des Kalker Bürgermeisters an den Deutzer Bürgermeister vom 11.3.1870, in: HstaD, PP Köln 265.

²⁹⁵Kaufvertrag vom 22.4.1869: in: HASTK: Best. 860, Nr.121, Bl. 193.

²⁹⁶Schreiben des Landrates an den Bürgermeister vom 16.6.1869, in: HASTK: Best. 860, Nr.121, Bl. 205 und 213.

Kellners sei, der den Bau der städtische Gasfabrik bis zu den nächsten Wahlen aufschieben wolle, von der er sich neue Mehrheiten im Stadtrat erhoffe. Die Stadtverordneten Hartmann und Mintrop wollen hingegen die städtische Gasfabrik ermöglichen und hätten daher „gegen den Verkäufer Krebs bereits auf Erfüllung des Vertrages geklagt“. Da aber das Gerichtsverfahren die Entscheidung verzögern werde, erreiche Kellner so auch sein Ziel²⁹⁷.

Der Bürgermeister hatte aber noch eine Idee: Er regte an, der Stadt die Konzession schon jetzt zu erteilen, unter der Bedingung, daß vor der Inbetriebnahme die Pulverfabrik verschwunden sein müsse. Der Bürgermeister hoffte, daß dann „vielleicht die bestehende Fabrik zu einer Herabsetzung des bisher geforderten Gaspreises“ bereit sei, so daß „ein neuer für die Stadt vorteilhafter Vertrag mit ihr geschlossen und der Bau einer städtische Gasfabrik aufgegeben werden“ könne. Mit einer (Schein-) Konzession in der Hand wollte er also seine Verhandlungsposition gegenüber Kellner verbessern, ihn unter Druck setzen, die Gaspreise weiter zu senken, und so doch noch als Sieger dazustehen – auch wenn die städtische Gasfabrik letztlich nicht gebaut würde.²⁹⁸

Darauf wollte sich das Ministerium jedoch nicht einlassen: Stattdessen widerrief es die Erlaubnis der Regierung und versagt der Stadt die Konzession wegen der Explosionsgefahr und weil die Verhandlungen zur Stilllegung der Fabrik bisher nicht erfolgreich waren. Und vorab – wie der Bürgermeister vorgeschlagen hatte – könne die Konzession nicht erteilt werden²⁹⁹.

1870 – BEKOMMT KELLNER EINEN NEUEN VERTRAG?

Damit hatte Kellner den Kampf um die städtische Gasfabrik gewonnen. Was ihm noch fehlte, war ein neuer Vertrag mit der Stadt. Als der Bürgermeister ihn zur Aufstellung des Beleuchtungskalenders für 1870 aufforderte, antwortete Kellner süffisant, er sei dazu gerne bereit, „falls die heute aus der Wahl hervorgehende Beleuchtungs-Commission dies nicht für einen Eingriff in ihre Befugnisse halten sollte.“ Kellner saß jetzt am längeren Hebel und er spielte das aus: Er sehe sich „nicht mehr veranlaßt .., ein ferneres Opfer durch einen unzureichenden Preis für die öffentliche Beleuchtung zu bringen, da der dadurch angestrebte Zweck einer Einigung über eine Vertragsverlängerung nicht erreicht worden ist.“ Ab dem 1. März werde er „wenigstens meine Selbstkosten mit 4 Pfennigen pro Flamme und Stunde berechnen,

²⁹⁷Das Gelände der Pulvermühle blieb bis 1969 in Besitz der Ebengemeinschaft von der Sybille Margaretha Kneusels, verw. Schaurte, verw. Kellner.

²⁹⁸Schreiben des Bürgermeisters an den Landrat vom 30.6.1869, in: HASTK: Best. 860, Nr.121, Bl. 206-208.

²⁹⁹HASTK: Best. 860, Nr.121, Bl. 215f..

obgleich sich dieselben eigentlich noch etwas höher stellen.“ Bei einer Vertragsverlängerung allerdings bleibe er bei 2 Pfennigen.³⁰⁰

Ohne einen neuen Vertrag blieben also die Gaspreise hoch. Damit wollten sich auf Dauer weder die Stadtverordneten, noch die Deutzer Unternehmer abfinden. Anfang Dezember 1870 beantragte daher der schon bekannte Stadtrat und Unternehmer Peter Stühlen, eine überparteiliche Kommission zu wählen („in welcher die verschiedenen Ansichten über die Gasfrage vertreten sind“), die mit Schaurte einen neuen Vertrag aushandeln sollte, um zugunsten der „Kriegs-Bedürfnisse“ Ersparnisse bei den Gaskosten zu erzielen³⁰¹. Zwei Wochen später ergänzte er seinen Antrag noch: Er beklagt die vertragslosen Verhältnisse in Deutz, kritisierte die seit vergangenem Jahr kräftig gestiegenen Ausgaben für Beleuchtung und den immer noch bestehenden Beschluß für eine städtische Gasfabrik, zu dem seit langem „nichts mehr verlautet“ sei. Stühlen beantragte, die Stadtverordnetenversammlung möge den Beschluß für eine städtische Gasfabrik aufheben und dann eine neue Kommission wählen, um mit Schaurte zu verhandeln³⁰². Derweil erhöhte Kellner wegen der „andauernd enormen Kohlenpreise“ (und vielleicht auch um dem Antrag von Stühlen nachzuhelfen) die Gaspreise für Privatkunden zum 1. Januar 1871 auf 2 Taler für 1000 cfs³⁰³.

(Die Mülheimer Stadtwerke reagierten übrigens ähnlich auf den Krieg und verdoppelten fast ihre Gaspreise für Privatkunden 1873 auf 20 pf/m³ bzw. 2,2 Taler/ 1000 Kubikfuß³⁰⁴)

Aber wie in den vorherigen Jahren lehnte die Stadtverordnetenversammlung am 23. Januar 1871 den Antrag Stühlens mit acht gegen sieben Stimmen ab³⁰⁵. Sein erster Antrag wäre vielleicht durchgekommen, der zweite mobilisierte die liberalen Gegner Kellners. Denn ganz erledigt hatte sich die städtische Gasfabrik noch nicht: Anfang Februar 1872 beantragte Hartmann im Stadtrat, daß die Stadt sich erneut um eine Konzession bemüht sollte³⁰⁶.

Diese Bemühungen blieben offensichtlich fruchtlos, denn im Dezember 1872 erhöhte Schaurte wegen der „fortwährend gestiegenen und noch steigenden Kohlenpreise“ den Preis pro Lampenstunde auf 6

³⁰⁰Schreiben Kellners an den Bürgermeister vom 3.2.1870, in: HASTK: Best. 860, Nr.124, Bl. 174. Da die Stadtverordnetenversammlung die höheren Kosten bei der Etaterstellung berücksichtigen sollten, (Schreiben des Bürgermeisters vom 22.2. ebd.) hatte die Stadt offensichtlich diese Preiserhöhung geschluckt.

³⁰¹Antrag von Peter Stühlen für die Stadtverordnetenversammlung vom 1.12.1870, in: HASTK: Best. 860, Nr.124, Bl. 181.

³⁰²Schreiben von Stühlen an Bürgermeister Reisch vom 20.12.1870, in: HASTK: Best. 860, Nr.124, Bl. 183. Zu den fünf Unterzeichnern gehörten Stühlen, Becker, Kuhl und Commans. Im November 1872 hatte die Eisengießerei Stühlen Probleme mit der Gasversorgung, denn bei Hochwasser brach die Gasversorgung für die Rheinwerft und die Fabrik Stühlen zusammen; HASTK: Best. 860, Nr.124, Bl. 198 und 200.

³⁰³HASTK: Best. 860, Nr.121, Bl. 219.

³⁰⁴HASTK: Best. 860, Nr. 121, Bl. 227-228.

³⁰⁵HASTK: Best. 860, Nr.124, Bl. 184.

³⁰⁶Schreiben vom 3.2.1872, in: HASTK: Best. 860, Nr.121, Bl. 220.

Pfennig. Aber er machte der Stadt auch ein neues Übernahmeangebot: „Sollte der meinerseits nur als Nothwendigkeit und höchst ungern .. hohe Preis es wünschenswerth erscheinen lassen, die Gasfabrikation nunmehr in städtische Regie zu nehmen, so erkläre ich mich .. bereit, meine vollständig neu hergestellte Gasfabrik und deren Gesamtareal sofort an die Stadt abzutreten und derselben bei der Vereinbarung des Kaufpreises aufs weitgehenste entgegenzukommen.“ Der Bürgermeister zeigte sich an diesem Angebot allerdings nicht interessiert, sondern beauftragte statt dessen den Beigeordneten Oesterreich, die Kosten einer Petroleumbeleuchtung der Stadt festzustellen.³⁰⁷

Löhne und Preise um 1870:

- Ein Hilfsarbeiter bei Borsig in Berlin verdient 7 bis 12 Mark wöchentlich,
- ein Schlosser 9 bis 15 Mark,
- ein Schmied 10 bis 15 Mark.
- Die Frauen werden sehr viel schlechter bezahlt: Arbeiterinnen in der Wäschebranchen bekommen zu Anfang 4 bis 5 Mark wöchentlich, der Lohn konnte später auf 12 bis 15 Mark steigen.
- Das fleischlose Mittagessen für eine 4-köpfige Familie (Gerste, Kartoffeln, Bohnen, Leberwurst oder Hering) kostete rund 60 Pfennig, das Sonntagessen mit 1 ½ Pfund Rindfleisch (95 Pfennige), Reis und Kohl, rund 1 50 Mark.

***1873 – STEIGT DIE STADT AUF PETROLEUMLATERNEN
UM?***

Nach dem Bericht der Gaskommission ließ sich eine Petroleumbeleuchtung für 4 Pfennig pro Stunde machen, während die Gaspreise vermutlich weiter steigen würden. Die Kommission empfahl daher, die Stadt solle auf Schaurtes 6-Pfennig-Offerte nicht eingehen, sondern zur Petroleumbeleuchtung übergehen. Der Kauf von 86 Laternen sollte lediglich 1100 Mark³⁰⁸ kosten. Das Übernahmeangebot Kellners lehnte die Kommission „schon des kostspieligen Terrains wegen“ ab. Anderswo ließe sich eine Gasfabrik billiger realisieren³⁰⁹. Die Stadtverordneten beschlossen, angesichts des hohen Gaspreises die

³⁰⁷Schreiben vom 28.12.1872, in: HASTK: Best. 860, Nr.121, Bl. 224.

³⁰⁸Die 1873 geschaffene Reichsmark entsprach 1/3 preußischer Taler.

³⁰⁹Schreiben der Gaskommission an den Bürgermeister vom 5.2.1873, in: HASTK: Best. 860, Nr.121.

Petroleumbeleuchtung einzuführen³¹⁰. Mitte Februar bewarb sich die Lampenfabrik M. Jansen um die Beleuchtung der Stadt mit Ölpetroleumlampen³¹¹.

Aber zunächst wollte Bürgermeister Reisch noch mehr Informationen und erkundigte sich beim Elberfelder Oberbürgermeister nach dessen Erfahrungen mit Petroleumlampen³¹². Dort beleuchteten 84 Petroleumlampen für 4 ½ Pfennig pro Stunde entlegene Gassen. Aber zufrieden waren die Elberfelder damit nicht: „Die damit erzielte Beleuchtung ist im Vergleich zu derjenigen von Gasflammen, als eine sehr mangelhafte zu bezeichnen und wird daher hier nur als Notbehelf so lange fort erhalten, bis die betreffenden Laternen nach und nach durch Gaslaternen ersetzt werden können.“³¹³. Trotz dieser ernüchternden Auskunft hielt die Gaskommission an ihrem Vorschlag fest und einige Unternehmen waren auch bereit, die Beleuchtung der Stadt für 4 Pfennig pro Flammenstunde zu übernehmen³¹⁴. Der Bürgermeister sollte das Weitere veranlassen.³¹⁵ Der Bürgermeister ließ daraufhin Mitte März zwei Petroleumlampen acht Tage testen und anstelle der Gaslampen brennen.³¹⁶ Das Ergebnis dieses Testes ist nicht in den Akten dokumentiert, aber offensichtlich war es so ernüchternd, daß die Stadt ihren Plan aufgab und statt dessen nur die Gassen ohne Gaslampen mit Petroleum beleuchtete³¹⁷.

1873 – VERTRAG ODER VERKAUF?

Also wurden die anderen Optionen wieder geprüft: Am 9. und wieder am 15. April 1873 debattierte die Gaskommission über einen etwaigen Ankauf der Gasfabrik Schaurte³¹⁸. Gleichzeitig bewarb sich im April 1873 die Rheinische Wasserwerks Gesellschaft³¹⁹ aus Köln um eine Gaskonzession. Die Gesellschaft wollte das Deutzer Gaswerk nutzen, allerdings nicht mehr erweitern, sondern bei Mehrbedarf einen

³¹⁰Schreiben des Bürgermeisters Reisch an den Oberbürgermeister von Elberfeld vom 25.2.1873, in: HASTK: Best. 860, Nr.121, Bl. 229.

³¹¹Schreiben vom 13.2.1873, in: HASTK: Best. 860, Nr.121, Bl. 225.

³¹²Schreiben des Bürgermeisters Reisch an den Oberbürgermeister von Elberfeld vom 25.2.1873, in: HASTK: Best. 860, Nr.121, Bl. 229.

³¹³Schreiben vom 28.2.1873, in: HASTK: Best. 860, Nr.121, Bl.229Rs.

³¹⁴Preisangebot für Pfahllaternen der „Lampen- & Laternenfabrik Gerhard Müller in Deutz“, in: HASTK: Best. 860, Nr.121, Bl. 255. Angebot der „Mineral-Oel-Handlung & Lampen-Fabrik Carl Pahne in Cöln“ vom 27.2.1873, in: HASTK: Best. 860, Nr.121, Bl. 256. Angebot Mathias Wirtz für Petroleumbeleuchtung vom 10.3.1873, in: HASTK: Best. 860, Nr.121, Bl. 257.

³¹⁵Schreiben der Gaskommission an Bürgermeister vom 3.3.1874, in: HASTK: Best. 860, Nr.121, Bl. 230. Neue Laternen kosten pro Stück 13 ½ Taler.

³¹⁶Schreiben des Bürgermeisters an Kellner vom 14.3.1873, in: HASTK: Best. 860, Nr.121, Bl. 231.

³¹⁷Angebot „Georg Berghausen sen. Fabrik von Lampen & Eisenbahn-Signal – & Beleuchtungs-Apparaten in Coeln“ vom 17.2.1873, in: HASTK: Best. 860, Nr.121, Bl. 259; Vertrag zwischen der Stadt Köln und Berghausen zur Beleuchtung der Straßen, wo keine Gaslampen hängen, in: HASTK: Best. 860, Nr.121, Bl. 261.

³¹⁸HASTK: Best. 860, Nr.121, Bl. 233 und 238.

Neubau errichten. Die Gesellschaft bot der Stadt für die Straßenbeleuchtung einen Gaspreis von 3,6 alten Pfennigen bzw. 3 neuen Pfennigen pro Lampenstunde an³²⁰. Der Preis für Privatkunden hänge von der Konkurrenzsituation ab. Als alleiniger Anbieter könne man das Gas für 2 Silbergroschen pro Kubikmeter liefern, das entsprach 2,2 Talern für 1000 Kubikfuß. Aber der Knackpunkt war: Die Rheinischen Wasserwerke wollten ein Monopol auf 20 Jahre für die Rohrlegung!³²¹

Damit stand die Stadt vor der Frage, ob sie die bestehende Gasfabrik übernehmen sollte, ob sie einem anderen Privatunternehmen ein Privileg für eine Konkurrenzfabrik erteilen sollte oder ob sie selbst eine Gasfabrik neu bauen sollte³²². Bei potentiellen Kunden erkundigte sich die Stadt nach deren Gasbedarf³²³. Gleichzeitig verhandelte Kellner am 23. April mit dem Bürgermeister über den Preis der Fabrik. Kellner verlangte 4 Taler pro Quadratfuß für den derzeitigen Zustand der Fabrik³²⁴. Offenbar war das Gelände wertvoller als die Fabrik selbst. Bei einer Fläche von 16 122 Quadratfuß³²⁵ (fast 1600 qm) machte das fast 65 000 Taler. Im Juni 1873 gewann Schaurte offenbar einen neuen Großkunden, denn der begann „mit dem Legen des Hauptrohrnetzes für die Bergisch Märkische Bahn“³²⁶.

Weil die Stadtverordneten offenbar ergebnislos darüber beraten hatten, ob sie die Fabrik kaufen oder der Rheinische Wasserwerks Gesellschaft ein Privileg erteilen sollten, war offenbar plötzlich auch ein neuer Beleuchtungsvertrag wieder in der Diskussion: Der Bürgermeister erkundigte sich im Juni 1873 bei Kellner, ob und zu welchen Konditionen er zu einem neuen Beleuchtungsvertrag bis zum 1.10.1888 (solange hatte Schaurte das Recht, die Gasröhren zu nutzen) bereit sei³²⁷. Auf Wunsch der Stadtverordneten sollten darin auch die Preise für die Privatbeleuchtung geregelt werden³²⁸. Kellner

³¹⁹Die inzwischen städtische „Imperial Continenal Gas Association“, die spätere GEW.

³²⁰3 Neupfennig = 0,03 Mark = 3,6 alte Pfennig

³²¹HASStK: Best. 860, Nr.121, Bl. 234.

³²²Schreiben der Stadt an die Köln-Mindener Eisenbahn, in: HASStK: Best. 860, Nr.121, Bl. 239: 18.4.1873.

³²³Antwort der Eisenbahn vom 1.5.1873, in: HASStK: Best. 860, Nr.121, Bl. 240. Die Bahn verbrauchte 180 000 Cbm Gas, wollte es aber selbst produzieren.

Die Gasmotorenfabrik (gegr. 1868 an der Deutz-Mülheimer Straße) verbrauchte vom 1.1.1872 bis zum 1.1.1873 genau 395 100 Kubikfuß zu 1 2/3 Taler, die Kölnische Gummifäden-Fabrik (vorm. Ferd. Kohlstadt & Comp) verbrauchte 500 000 cfs, v.d. Zypen & Charlier verbrauchten 2 ½ Mio. Kubikfuß zu 1,20 Taler/1000 Kubikfuß, die Gebr. v.d. Zypen ¼ Mio. Kubikfuß; HASStK: Best. 860, Nr.121, Bl. 244ff..

³²⁴Schreiben Kellners vom 23.4.1873, in: HASStK: Best. 860, Nr.121, Bl. 241.

³²⁵Situationsplan der Gasfabrik Schaurte an der Freiheitsstraße, in: HASStK: Best. 860, Nr.121, Bl. 243.

³²⁶Schreiben Schaurtes an den Bürgermeister vom 8.6.1873, in: HASStK: Best. 860, Nr.121, Bl. 242. Die Bergisch-Märkische Eisenbahngesellschaft errichtete 1862 ihren Bahnhof nördlich von Deutz auf freiem Feld. Erst 1882 durfte sie ihre Strecke nach Deutz hineinführen, nämlich auf einem hohen Damm am Rheinufer entlang bis zur Schiffsbrücke, Großstadt im Aufbruch. Köln 1888. Ausstellung des Historischen Archives der Stadt Köln, Köln 1988, 131.

³²⁷Schreiben des Bürgermeisters an Kellner vom 10.6.1873, in: HASStK: Best. 860, Nr.121, Bl. 247.

³²⁸Schreiben des Bürgermeisters an Kellner vom 1.7.1873, in: HASStK: Best. 860, Nr.121, Bl. 248.

arbeitete einen neuen Vertragsentwurf aus³²⁹ und legte ihn Ende Juni dem Bürgermeister vor. Für weitere fünf Jahre bis 1888 wollte Kellner die Gasversorgung der Stadt übernehmen. Drei Punkte waren Kellner dabei wichtig:

- Erstens sollte der Privatpreis nicht festgelegt werden, denn auch Schaurtes niedriger Preis habe die billigere Konkurrenz nicht verdrängen können. Nach Kellners Ansicht regulierte die Konkurrenz der übrigen Beleuchtungsmittel den Preis.
- Zweitens sollte die Stadt ihr ganzes Beleuchtungsmaterial von der Gasfabrik beziehen. Da Kellner jedoch „ein Opfer seitens der Gasfabrik als *captatio benevolentiae*“³³⁰ angemessen schien, wollte er auch bei noch mehr steigenden Kohlepreisen einen Preis von 4 Pfennigen pro Lampenstunde garantieren.
- Und drittens räumte er der Stadt ein Verkaufsrecht nach Vertragsablauf ein³³¹.

Die Stadt beriet³³². Ende August 1873 akzeptierten die Stadtverordneten Kellners Eckpunkte. Kellner verzichtet auf einen formellen neuen Vertrag, sondern begnügte sich mit der Korrespondenz. Der alte Vertrag lief also noch weiter³³³. Am 13. September forderte die Stadt Kellner schriftlich zur Annahme der Bedingungen auf. Aber am 29. September stellte Kellner überraschend erneut fünf Bedingungen für die Annahme des Abkommens:

- Kellner wollte bis 1888 die Beleuchtung übernehmen.
- Kosten: 4 Pfennig pro Lampenstunde.
- Er forderte für die Firma Schaurte ein „unbedingtes Verfügungsrecht über die Straßen“ und „keinerlei Beschränkungen“ für Zweigleitungen.
- Kellner forderte erneut einen Monopolschutz, wobei sogar die Vorbereitung einer Konkurrenz unzulässig sein sollte.
- Und Kellner wollte außerdem das Recht, die Fabrik auch während der Vertragsdauer zu verkaufen.

³²⁹Schreiben Kellners an den Bürgermeister vom 13.6.1873, in: HASTK: Best. 860, Nr.121, Bl. 249. Während Kellner den Vertragsentwurf erarbeitete, erfuhr er vom „nahen Ende meines Schwiegervaters in Aachen“ und reiste für einige Tage fort.

³³⁰Bekundung des guten Willens.

³³¹Schreiben Kellners (Schaurte) an den Bürgermeister vom 24.6.1873, in: HASTK: Best. 860, Nr.121, Bl. 250.

³³²Schreiben Schaurtes an den Bürgermeister vom 1.7.1873, in: HASTK: Best. 860, Nr.121, Bl. 252f..

³³³Das geht aus den Erläuterungen zum Vertrag von 1888 hervor, Verträge über Beleuchtung und Wasserversorgung in den Vororten, Köln o.J. [1890] (UB Sign. RhR 1450), S.21.

Das war mehr, als die Stadt zuzugeben bereit war. Der Bürgermeister versuchte Kellner klarzumachen, daß ein neues Monopol in den bisherigen Verhandlungen keine Rolle gespielt hatte und auch in der Stadtverordnetenversammlung keine Chance hatte. Aber Kellner lehnte einen Verzicht auf den Punkt ab, während die Gaskommission das Monopol verweigerte, um nicht in fünf Jahren in derselben Situation zu sein wie heute. Als auch die Stadtverordnetenversammlung das Monopol ablehnte, war das „Übereinkommen zwischen der Stadt und Firma Chr. Schaurte, welches allgemein als abgeschlossen betrachtet wurde, wieder gescheitert“. Der Stadtrat verwies das Problem an eine neu zu wählende Kommission.³³⁴ Damit waren die Stadt und Kellner nach monatelangen Verhandlungen wieder am Anfang.

Aber dennoch wurde schließlich ein neuer Vertrag geschlossen³³⁵. Der Vertrag lief, solange Kellner seine Röhren noch nutzen durfte (bis 1.10.1888) und garantierte der Stadt niedrige Gaspreise, während die Gaspreise für Private nicht geregelt und damit relativ hoch blieben (s.u.). Allerdings stellte Kellner offensichtlich eine deutliche Senkung des privaten Gaspreises in Aussicht:

1876 – 1878 – SCHAURTE ERNEUT UNTER PREISDRUCK

Ende 1876 forderte eine Gruppe von Stadtverordneten Bürgermeister Reisch auf, von Kellner endlich eine Senkung des privaten Gaspreises zu verlangen³³⁶. Reisch bat daraufhin den Gasunternehmer, „die von den hiesigen Gas-Consumenten schon seit längerer Zeit erwartete, von Ihnen bei Abschluß des neuen Beleuchtungsvertrages versprochene Ermäßigung des Gaspreises nunmehr recht bald eintreten zu lassen“³³⁷. Kellner gab nach und reduzierte die Preise für Privatkunden um 8 Prozent³³⁸, „obgleich die Voraussetzungen noch nicht eingetreten sind, unter denen ich mir bei Abschluß des neuen Vertrages vorgenommen hatte, zu einer Preisermäßigung überzugehen.“ Kellner kritisierte, daß die Stadtverordneten sich für eine Senkung des Privatgaspreises engagierten. Der neue Vertrag basiere auf der Neutralität der Stadt in Sachen Privatkunden. (Bei denen wollte Kellner nämlich freie Hand!) Kellner habe gehofft, so nicht nur seine Verluste durch die sehr hohen Kohlenpreise der letzten Jahren auszugleichen, „sondern auch für die nur noch auf kurze Zeit gesicherte Lebensdauer meines Geschäftes“ entschädigt zu werden. Sollte

³³⁴Auszug aus Protokollbuch Stadtverordnetenversammlung vom 25.8.1873 (Hartmann und Reisch waren da, Kellner fehlte), in: HASTK: Best. 860, Nr.124, Bl. 278.

³³⁵Leider ist er nicht in den Akten.

³³⁶Schreiben vom 24.11.1876, in: HASTK: Best. 860, Nr.124, Bl. 264.

³³⁷Schreiben vom 7.12.1876, in: HASTK: Best. 860, Nr.124, Bl. 264Rs.

³³⁸Von 0,25 auf 0,23 Mark pro Kubikmeter.

die Stadt ihm bei der Vertragsdauer entgegenkommen, so stellte er weitere Preissenkungen in Aussicht.³³⁹ Das tat die Stadt aber offensichtlich nicht, und die Gaspreise in Deutz blieben hoch.

Im Januar 1877 bat das Rheinische Kürrassier Regiment Nr. 8³⁴⁰ den Bürgermeister, für eine Senkung des „in Deutz ganz enorm hohen“ Gaspreises entsprechend der gesunkenen Kohlenpreise zu sorgen, sonst steige man auf Petroleum um. Da im neuen Vertrag kein Preis für Privatkunden festgelegt war, verwies der Bürgermeister das Militär an Kellner³⁴¹. Der lehnte vermutlich ab, denn im April 1877 lehnte Kellner es sogar ab, dem Hospital ohne Gegenkonzession einen Rabatt zu gewähren³⁴².

Im Dezember 1878 machten Schaurtes Kunden einen neuen Versuch, den Gaspreis zu drücken, und sie forderten, daß der Stadtrat die Firma zu einer Senkung ihrer Preise dränge. Trotz gesunkener Kohlenpreise zahlten die Gaskonsumenten in Deutz 23 bzw. 21 Pfennige pro Kubikmeter. Schaurte sollte den Gaspreis auf 17, mindestens aber auf 18 Pfennig senken, denn er habe doch Herr Ohndorf 20 Pfennig in Aussicht gestellt. Schaurte gewinne so neue Kunden hinzu und gewinne auch die Kunden zurück, die „wegen des überhohen Gaspreises untreu geworden und zur Petroleum-Beleuchtung übergegangen sind“. In Mülheim zahle man nur zwischen 14 und 16 Pfennigen.³⁴³

Kellner zeigte sich verständnislos, wie sein Gespräch mit Ohndorf so mißverstanden werden konnte. Er habe Ohndorf gegenüber lediglich erwähnt, daß er früher einmal für Großkunden bessere Preise gemacht habe, aber das jetzt nicht mehr mache, weil es „böses Blut“ gebe. Erneut machte er eine Preissenkung für Privatkunden von einer neuen Vereinbarung mit der Stadt abhängig. In der derzeitigen Vereinbarung habe die Stadt Kellner die „Normierung des Privatgaspreises überlassen“, dafür habe sie „eine billige öffentliche Beleuchtung auf noch zehn Jahre“ bekommen. (Mit anderen Worten: Die Privatkunden subventionierten die öffentliche Beleuchtung. Die Stadt ließ ihre Bürger überhöhte Gaspreise bezahlen, um selbst billiger an die Straßenbeleuchtung zu kommen.)

Kellner ginge nicht davon aus, daß die Stadt den Vertrag über den Termin 1.10.1888 hinaus verlängern würde, nur um den Privatkundenpreis sinken zu lassen. Außerdem drohe im Hintergrund immer noch die „Idee der Selbstgasbereitung“ durch die Stadt. Kellner machte unmißverständlich klar, daß nur

³³⁹Schreiben Kellners vom 13.12.1876, in: HASTK: Best. 860, Nr.124, Bl. 265.

³⁴⁰Das Kürrassier Regiment Nr. 8 belegte seit 1850 die ehemalige Dragoner-Kasernen, die 1819-23 nördlich der Abtei gebaut worden war. Die weiß uniformierten Lanzenreiter (im Volksmund „Mehlsäck“ genannt) prägten bis zum ersten Weltkrieg das Stadtbild; Großstadt im Aufbruch. Köln 1888. Ausstellung des Historischen Archivs der Stadt Köln, Köln 1988, 129.

³⁴¹Schreiben vom 19.1.1877, in: HASTK: Best. 860, Nr.124, Bl. 267.

³⁴²HASTK: Best. 860, Nr.124, Bl. 282ff.. Dr. Willemer vom Hospital lehnte eine Petroleumbeleuchtung ab, Bl. 285.

³⁴³Schreiben vom 29.12.1878, in: HASTK: Best. 860, Nr.124, Bl. 313f..

dann über den Privatgaspreis geredet werden könne, wenn die Stadt der Firma Schaurte entgegenkäme.³⁴⁴

Was dann passierte, wissen wir nicht. Offenbar kam die Stadt Kellner irgendwie entgegen, denn nur zwei Wochen später, im Februar 1879, senkte Kellner den Gaspreis auf 20 Pfennige³⁴⁵ und knapp zwei Jahre später auf 18 Pfennige³⁴⁶.

1878 – SCHAURTES BILANZEN

Im November 1878 stellte das Berliner Handelsministerium statistische Angaben über die Leuchtgasproduktion in Preußen zusammen³⁴⁷. Obwohl Kellner zunächst nicht bereit war, alle gewünschten Auskünfte zu liefern³⁴⁸, finden sich doch detaillierte Berechnungen über die Gasfabrik in den Akten, möglicherweise von der Stadt zusammengestellt³⁴⁹:

Danach verkauften die Gaswerke Schaurte jährlich 300 000 Kubikmeter Gas an Privatkunden (für 22 Pfennig/m³ macht 66 000 Reichsmark³⁵⁰ Einnahmen) und 35.000 m³ an die Stadt für die Straßenbeleuchtung (für 16 Pfennig/m³ macht 5600 RM). Der Durchschnittspreis für das Gas betrug damit 21,37 Pfennig/m³.

Die gesamten Jahreseinnahmen der Gaswerke betragen 84 085 RM.

Den Einnahmen pro 100 m³ in Höhe von 25,10 RM standen Kosten von 9,90 RM pro 100 m³ gegenüber, das heißt 15,20 RM Gewinn pro 100 Kubikmeter, d.h. 50 920 RM Verdienst.

Demgegenüber standen Aufwendungen für die Gasfabrik, deren Wert mit 200 000 RM angesetzt wurde. Dazu gehörten einerseits die kalkulatorischen Zinsen und andererseits die Aufwendungen für die Instandhaltung der Gasfabrik, deren Anlagen nach elf Jahren „verschlissen“ seien und für 66 000 RM erneuert werden müssten. Blieb ein Reingewinn von 4 920 RM jährlich. 1875 beschäftigten die Gaswerke Deutz übrigens sechs Arbeiter³⁵¹.

Eine ähnliche Aufstellung wurde für die Kalker Gaswerke von Otto Kellner gemacht: Die Kalker Werke produzierten für die Köln-Mindener-Eisenbahngesellschaft 185 000 m³ (für 16 Pfennig) und für

³⁴⁴Schreiben Kellners vom 24.1.1879, in: HASTK: Best. 860, Nr.124, Bl. 317.

³⁴⁵Schreiben des Bürgermeisters an Ohndorf vom 13.2.1879, in: HASTK: Best. 860, Nr.124, Bl. 319.

³⁴⁶HASTK: Best. 860, Nr.125, Bl. 78.

³⁴⁷Schreiben vom 11.11.1878, in: HASTK: Best. 860, Nr.124, Bl. 305.

³⁴⁸HASTK: Best. 860, Nr.124, Bl. 306, 309-310.

³⁴⁹HASTK: Best. 860, Nr.124, Bl.307.

³⁵⁰Ein Reichsmark waren 1/3 alter preußischer bzw. Reichstaler.

andere Kunden 350 000 m³ (für 19 Pfennige). Damit betrug der Durchschnittspreis für das Kalker Gas 17,96 Pfennige/m³ plus 3,74 Pfennige (für was?), also mit 21,70 Pfennigen/ m³ etwas mehr als in Köln. Bei Produktionskosten von 10,7 Pf./m³ (oder 10,70 RM/100 m³) blieb ein Verdienst (Ertrag) von 58 850 RM. Dem standen wiederum Aufwendungen in Höhe von 38 700 RM gegenüber, blieb ein Reingewinn in Höhe von 20 150 RM. Die Kalker Gaswerke waren also wesentlich lukrativer.

In Summe verdiente Kellner mit seinen beiden Gaswerken um 1878 also 25 000 Reichsmark jährlich, das machte bis zum Ende der Gaswerke 1900 weit mehr als eine halbe Million.

1879 – Die schwierige Beleuchtung der Deutz-Kalker Strasse

Im Jahre 1875 bot Otto Kellner dem Bürgermeister Reisch die Beleuchtung der Deutz-Kalker Straße für 3 Reichspfennig pro Flamme an. Von der Gemeinde Kalk wollte Kellner eine Erhöhung der dortigen Gaspreise für öffentliche Beleuchtung von 2 alten auf 2 neue Reichspfennige und des Preises für Privatkunden um 11 Pfennig / 1000 Kubikfuß, so daß ab 1.1. statt 2 Reichstaler/1000 cfs. nun 20 Pf / m³ zu zahlen wären³⁵². Das Geschäft kam allerdings nicht zustande.

Ende 1879 wollte die Gemeinde Kalk die Deutz-Kalker Chaussée mit Petroleum beleuchten, „weil der Gasfabricant Herr Kellner die Beleuchtung durch Gas nur unter Bedingungen auszuführen bereit ist, die die Gemeinde nicht eingehen kann.“ Deshalb erkundigte sich der Kalker Bürgermeister bei seinem Deutzer Amtskollegen Reisch, ob Kellner nicht von Deutz aus verpflichtet werden könne, die Straße zu beleuchten³⁵³. Nach Angaben des Kalker Bürgermeisters verlangte Kellner 7 Pfennig pro Flammenstunde. Aber eigentlich wollte Kellner etwas anderes: Er war bereit, den hohen Preis zu senken, wenn die Gemeinde Kalk auf ihr Recht verzichtete, im Falle seines Todes die Gasanstalt für den zehnfachen Betrag des jährlichen durchschnittlichen Gewinnes zu übernehmen (§ 1 und § 22 des Vertrages zwischen Kellner und der Gemeinde Kalk). Das wollte die Gemeinde jedoch nicht. Wiederholt und zuletzt 1874 war zwischen Kellner und der Gemeinde über die Beleuchtung der Straße verhandelt worden. Als der Gemeinderat nicht auf Kellners Bedingungen einging und sogar seine am 25. Mai 1875 seine letzte Preiserhöhung rückgängig machte, hatte Kellner erklärt, „daß damit der Wunsch einer

³⁵¹Auflistung der Deutzer Betriebe vom Januar 1875, in: Hauptstaatsarchiv Düsseldorf, Regierung Köln Nr. 2158, Bl. 53f.

³⁵²Schreiben Kellners an Reisch vom 22.1.1875, in: HASTK: Best. 860, Nr.124, Bl. 192.

³⁵³Schreiben des Bürgermeisters von Kalk an den Bürgermeister von Deutz vom 20.12.1879, in: HASTK: Best. 860, Nr.125, Bl. 189.

Chausséebeleuchtung für immer aufgegeben sei.“ Seitdem hatte die Angelegenheit geruht.³⁵⁴

Leider wissen wir wieder nicht, wie die Auseinandersetzung weiter ging. Offensichtlich schreckte Kellner jedenfalls auch in Kalk vor Drohungen und Erpressungen nicht zurück. Nach langwierigen Streitigkeiten wurde schließlich 1886/87 die Stadt Deutz durch die Kölner Regierung dazu gezwungen, für eine ausreichende Beleuchtung der Deutz-Kalker Straße zu sorgen³⁵⁵.

1888 – letzte Vertragsverlängerung für Schaurte

1883 wurde Otto Kellner Erster Beigeordneter der Stadt Deutz und behielt diesen Posten bis zur Eingemeindung von Deutz nach Köln im Jahre 1888³⁵⁶. Anschließend war er bis zu seinem Tode im Jahre 1891 Mitglied der Kölner Stadtverordnetenversammlung. Sicher war seine Position als Erster Beigeordneter der Stadt Deutz dafür hilfreich, daß in eben diesem Jahr 1888, in dem Kellners Vertrag erneut auslief, die Stadt Deutz eine neue Vereinbarung mit der Firma Christian Schaurte abschloß³⁵⁷:

Im Dezember 1886 hatte die Stadtverordnetenversammlung bereits die Eckpunkte der neuen Vereinbarung beschlossen und weil das Abkommen „schon als perfekt betrachtet wurde“, lieferte Kellner schon seit dem 1. Oktober 1886 Gas zu den neuen Bedingungen. Die notariell beglaubigte Vertragsunterzeichnung erfolgte allerdings erst am 31. März 1888, nachdem die Stadtverordnetenversammlung am 29. März grünes Licht gegeben hatte, den alten Vertrag mit allerhand „Modifikationen“ bis zum 1. Oktober 1900 zu verlängern. Aber zu welchem Preis: Kellner mußte nun jährlich 330 000 Brennstunden, das entsprach 60 000 m³, „ohne jegliche Vergütung frei liefern“ – also praktisch die gesamte öffentliche Straßenbeleuchtung. Für jede weitere Stunde bekam er 2 Pfennige (Art.1). Außerdem mußte Kellner für seinen Vertrag jährlich 12 000 Mark an die Stadt zahlen (Art. 2). Privatkunden zahlten für Leuchtgas zunächst 15, später 14 Pfennige, Kraft- und Heizgas kosteten nur 12 Pfennige (Art. 3). Gegen eine Kautions von 10 000 Mark und jene erwähnten 12 000 Mark jährlicher Abgaben garantierte ihm die Stadt allerdings, „daß jede Konkurrenz in der Besorgung von Privatbeleuchtung ... ausgeschlossen ist“, also weiterhin sein Monopol (Art. 4). Schaurtes Recht zur Gasbeleuchtung erlosch jedoch definitiv mit dem 1.10.1900. Nach Ablauf des Vertrags mußte der

³⁵⁴Schreiben des Bürgermeisters von Kalk an den Bürgermeister von Deutz vom 27.2.1880, in: HASTK: Best. 860, Nr.125, Bl. 190.

³⁵⁵HASTK: Best. 860, Nr.125, Bl. 165.

³⁵⁶Findbuch Deutz (Archive Eingemeindeter Kölner Vororte. Eine Übersicht, Köln 1989 (= Mitteilungen aus dem Stadtarchiv von Köln, hrsg. von Hugo Stehkämper, 73. Heft), S.14.

Unternehmer außerdem die Gasleitungen auf seine Kosten entfernen lassen (Art.5).³⁵⁸

Nun bekam die Stadt ihr Gas sogar kostenlos, dafür durfte Kellner seine Privatkunden kräftig schröpfen! Kellners Gewinne aus dem Privatkundengeschäft müssen enorm gewesen sein, wenn er sich auf solche Bedingungen einließ. Nun wird verständlich, warum Kellner die Privatkunden früher unbedingt aus seinem Vertrag mit der Stadt heraus halten wollte.

So blieb die Firma Christian Schaurte bis zum Jahr 1900 für die „Unterhaltung der öffentlichen Beleuchtung“ in Köln-Deutz zuständig³⁵⁹, auch wenn der Oberbürgermeister jetzt jenseits des Rheines saß. Allerdings hatten die Kölner Gaswerke nun offenbar ein Mitspracherecht bei der Planung und Aufstellung der Laternen für die Straßenbeleuchtung³⁶⁰.

Nach der Eingemeindung von Deutz wurde die Beleuchtung des Stadtteils offenbar als unzureichend empfunden. Noch 1888 wurden 43 neue Laternen aufgestellt, 1889 kamen elf weitere hinzu. Dem zuständigen Kölner Polizeipräsidenten reichte allerdings die Deutzer Beleuchtung immer noch nicht aus und er fordert 1890, daß sämtliche 163 Gaslaternen innerhalb der Umwallung die ganz Nacht hindurch brennen sollten, gab sich dann aber mit 100 Laternen zufrieden. Auf seinen Vorschlag hin bewilligten die Kölner Stadtverordneten am 20. November 1890 zur Verbesserung der Deutzer Gasbeleuchtung die entsprechende Erhöhung der jährlichen Gaskosten um 1 843 Mark³⁶¹.

1891 starb Otto Kellner nach „siebzehnmonatlichem Krankenbett“ und „nach langem schweren Leiden“³⁶². An seine Stelle als Leiter der Firma trat der vorherige Prokurist³⁶³ der Firma, Tillmann Schaurtes ältester Sohn, der Stadtverordnete (1892-1902) Theodor Schaurte (1849-1902), Mitglied des

³⁵⁷Notizen Doris Lindemann nach Universitätsbibliothek RhR 1450.

³⁵⁸Verträge über Beleuchtung und Wasserversorgung in den Vororten, Köln o.J. [1890] (UB RhR 1450), S.21-24.

³⁵⁹Schreiben der GEW an den Deutzer Pfarrer Schuller vom 24.11.98, in: HASTK: Best. 715, Nr. 87, 1f.

³⁶⁰Es ist bemerkenswert, daß die Kölner Gaswerke nicht bereits jetzt die Deutzer Gasversorgung übernahmen. Vielleicht hätten sie es gerne gemacht und Otto Kellner setzte sich noch einmal durch. Vielleicht bereitete auch die Leitung des Gases über die Rheinbrücke nach Schwierigkeiten – technische oder organisatorische mit der kgl. Eisenbahndirektion. Möglicherweise waren die Kölner Stadtwerke aber auch noch zu sehr mit der Sanierung ihres eigenen maroden Gasnetzes beschäftigt und damit finanziell ausgelastet: 1880 war zwar bereits Lindenthal an das Gasnetz angeschlossen worden, aber die 1888 eingemeindeten Vororte folgten erst nach und nach: 1889 Ehrenfeld, 1891 Nippes und Bayenthal, 1900 Deutz und erst 1914 Mülheim; nach: „Die Entwicklung der Kölner Gaswerke in den 95 Jahren ihres Bestehens.“, in: HASTK: Best. 952, Nr. 554, Bl.27f.. Danke für diese Hinweise an Doris Lindemann.

³⁶¹Gedruckter Bericht über die Sitzung vom 20.11.1890, in: HASTK: Best. 400-I-5a-39, Bl. 278.

³⁶²Kellner wurde in der Grabstätte der Familie Tillmann Schaurte auf dem alten Deutzer Friedhof beigesetzt. Im Dezember 1891 gedachte die Kölner Stadtverordnetenversammlung ihres verstorbenen Mitgliedes als jemandem, der „stets treu und gewissenhaft seines Amtes gewaltet“ habe: „Er hatte einen praktischen, erfahrenen Blick und verstand es namentlich trotz der Betonung eines bestimmten Standpunctes, immerhin seinen Ausführungen eine freundliche Seite zu geben, wie er sich überhaupt durch einen freundlichen und liebenswürdigen Sinn ausgezeichnete und besonders dazu beitrug, die Collegialität unter uns wesentlich zu fördern“; gedrucktes Protokoll vom Dezember 1891, S.43.

³⁶³Adressbuch 1889

„Vereins von Gas-, Elektrizitäts- und Wasserfachmänner Rheinlands und Westfalen“³⁶⁴.

Löhne um 1900:

- Lohn eines gut bezahlten Düsseldorfer Arbeiters beträgt 1899 zwischen 800 und 2000 Mark im Jahr, durchschnittlich 1.226 Mark pro Jahr
- Tagesverdienst also 4 Mark bei 300 Arbeitstagen jährlich und 10-Stunden-Tag
- Heimarbeit wird extrem schlecht bezahlt:
- Weber in Thüringen bekommen für die Arbeit einer fünfköpfigen Familie in 12 Stunden rund 70 Pfennig.
- Textilherstellung in Heimarbeit für 1,5 bis 4,5 Pfennig pro Stunde
- Thüringische Glasbläser (Christbaumkugeln) bekommen bei Vollbeschäftigung etwa 4 Mark am Tag, die Arbeiterinnen, die die Kugeln bemalen, nur 1 Mark.
- Dienstmädchen bekommen täglich 50 Pfennig bis 1 Mark.
- 19 Mark Wochenlohn sind kein schlechter Verdienst für einen Schmied.
- ein Regierungsrat verdient in den ersten Jahren rund 300 Mark monatlich
- ein Assessor mit Richterstelle verdient 250 Mark monatlich
- ein Gymnasiallehrer nach vielen Dienstjahren mit Familie 600 Mark monatlich

Lebensmittelpreise um 1900:

- 6 Brötchen: 10 Pfennig, 1 Pfund Rindfleisch: 66 Pfennig, 1 Kg Schweinefleisch: 1,5 Mark, 1 kg Äpfel: 7-15 Pfennig, 1 Liter Milch: 20 Pfennig, 1 kg Zucker: 65-80 Pfennig, 1 kg Butter: 1,86 - 2,40 Mark, 1 Zentner Kohle: 1,20 Mark, 1 Zentner Kartoffeln: 2,63 Mark

1900 – Das Ende der Gaswerke Christian Schaurte

Gegen Ende des Jahrhunderts häuften sich die Beschwerden über die unzureichende Beleuchtung des Kölner Stadtteils Deutz. Entweder war die kleine Firma Schaurte nicht mehr in der Lage, die Mittel für

³⁶⁴ „Bericht über das 50jährige Jubiläumsfest des Vereins von Gas-, Elektrizitäts- und Wasserfachmännern Rheinlands und Westfalens, gefeiert zu Godesberg am 20. September 1924“, Godesberg 1925, S.43. HASTK Sign. Di1420.

einen zeitgemäßen Ausbau der Gasbeleuchtung aufzubringen, oder Theodor Schaurte hatte kein Interesse mehr daran, die Firma weiterzuführen und verhandelte bereits über ihren Verkauf. Dann wollte er natürlich kein Geld mehr investieren.

Bei den Beschwerden ging es auch wieder um die Beleuchtung der Deutz-Mülheimer Straße³⁶⁵. Vom Kölner Oberbürgermeister Becker zu einer Stellungnahme aufgefordert, fand Theodor Schaurte die Beleuchtung allerdings „doch nicht so mangelhaft“³⁶⁶. Der Beschwerdeführer Ludwig Noell blieb zwar bei seiner Kritik³⁶⁷, aber die städtischen Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerke der Stadt Köln (GEW), die Becker ebenfalls um eine Stellungnahme gebeten hatte, schlossen sich Schaurtes Position an. Die GEW wollte ohnehin nichts mehr an der Beleuchtung ändern, „bis die Verhandlungen mit der Gasanstalt Deutz bezügl. Übernahme derselben zum Abschluß gelangt sind“³⁶⁸. Danach sollte allerdings schnell eine „das ganze Straßennetz von Deutz berücksichtigende bessere Beleuchtung .. in Angriff genommen werden“³⁶⁹. Auch bei einigen weiteren Beschwerden über die unzureichende Beleuchtung³⁷⁰ versprach die GEW Besserung, wenn die Deutzer Gasanstalt im Herbst 1900 erst in ihrem Besitz sei³⁷¹.

Zum 1. August 1900 übernahmen die Kölner Gaswerke schließlich die Gasversorgung von Deutz³⁷². Der Text des Vertrages mit Schaurte ist leider nicht überliefert. Am 31. Mai 1900 akzeptierte die Kölner Stadtverordnetenversammlung den Vertrag mit der Firma Christian Schaurte und bewilligte 138 000 Mark „für die Erwerbung und Erweiterung des Deutzer Gasrohrnetzes“³⁷³. Dieser Betrag teilte sich auf in 48 000 Mark an die Firma Schaurte für den Ankauf des Deutzer Gasnetzes, 44 000 Mark für dessen Erweiterung und Ergänzung und 48 000 Mark für die (bereits ausgeführte) Gasleitung von Köln über die Eisenbahnbrücke nach Deutz. Das Gas sollte bis zum geplanten Neubau einer rechtsrheinischen Gasfabrik von Ehrenfeld aus nach Deutz geliefert werden. Die GEW hatte kein Interesse daran, von Schaurte die Gasfabrik mit dem „außerordentlich teuren Terrain“ zu übernehmen. Die übrigen Gasleitungen wollte Schaurte so lange liegenlassen, wie die GEW sie benötigte.

Der nicht mehr auffindbare Übernahmevertrag läßt sich also immerhin in wichtigen Punkte

³⁶⁵Schreiben von Ludwig Noell an die GEW vom 6.1.1899, in: HASTK: Best. 715, Nr. 87, Bl.8. Der Brief wurde zur „Kenntnisnahme + Äußerung“ an Christian Schaurte weitergeleitet.

³⁶⁶Stellungnahmen Schaurtes vom 19. und 27.1.1899, in: HASTK: Best. 715, Nr. 87, Bl.8ff..

³⁶⁷Schreiben Ludwig Noells an Oberbürgermeister Becker vom 11.2.1899, in: HASTK: Best. 715, Nr. 87, Bl.12.

³⁶⁸Schreiben der GEW an OB Becker von 1.3. und 23.3.1899, in: HASTK: Best. 715, Nr. 87, Bl.14Rs und 19.

³⁶⁹Schreiben des Kölner Oberbürgermeister Becker an Noell vom 30.3.1899, in: HASTK: Best. 715, Nr. 87, Bl.15.

³⁷⁰Z.B. in der Karlstraße und der Mindenerstraße, in: HASTK: Best. 715, Nr. 87, Bl.16.

³⁷¹Schreiben der GEW vom 23.11. und 11.12.1899, in: HASTK: Best. 715, Nr. 87, Bl.21-22Rs.

³⁷²Bericht über den Betrieb der Gaswerke der Stadt Köln in dem Jahre vom 1. April 1900 bis 31. März 1901, Köln 1901, S.1

³⁷³Auszug aus dem Protokollbuch, in: HASTK: Best. 715, Nr. 87, Bl. 27.

rekonstruieren: Schaurte verkaufte die – für ihn nun wertlosen – Gasleitungen für 48 000 Mark an die Stadt und behielt das wertvolle Grundstück in der Freiheitsstraße. Die GEW mußte die Röhren kaufen, wollte sie die Gasversorgung in Deutz ohne Unterbrechung übernehmen.³⁷⁴

Theodor Schaurte bat am 11. September 1900 den Kölner Oberbürgermeister Becker um die Rückgabe seiner Kautions in Höhe von 10 000 Mark zu 3½ Prozent, „da der Gaslieferungsvertrag nunmehr erloschen ist“³⁷⁵. Damit waren die Tage der Firma endgültig gezählt. 1901 übernahm die Stadt Köln die Firma Schaurte und schloß das Gaswerk wegen Unrentabilität³⁷⁶. Theodor Schaurte starb 1902 „nach längerem Leiden“, unverheiratet und kinderlos³⁷⁷.

Seine Mutter überlebte ihn noch um fünf Jahre. Sibilla Margarethe Kneusels, die Witwe von Tillmann Schaurte und Otto Kellner starb 1907 als vermögende Frau: Sie hinterließ Aktien, Kuxen, Hypotheken und Obligationen im Wert von fast 1,3 Millionen Mark³⁷⁸. Wirtschaftlich hatte Otto Kellner gute Arbeit geleistet.

³⁷⁴Gedruckter Bericht über die Verhandlungen der Stadtverordneten-Versammlung in Köln, in: HASTK: Best. 715, Nr. 87, Bl.28.

³⁷⁵Schreiben Schaurtes vom 11.9.1900, in: HASTK: Best. 715, Nr. 87, Bl.37.

³⁷⁶Großstadt im Aufbruch. Köln 1888. Ausstellung des Historischen Archivs der Stadt Köln, Köln 1988, 175.

³⁷⁷Die Kölner Stadtverordnetenversammlung gedachte seiner auf ihrer Sitzung am 12. Juni 1902: Schaurte gehörte seit 1892 zahlreichen Kommissionen an, u.a. der „Verwaltung der Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerke“. Er sei seinen zahlreichen verantwortungsvollen Aufgaben „mit hoher Gewissenhaftigkeit und Sachkenntnis, mit seltener Bescheidenheit und Leutseligkeit gerecht“ geworden. Theodor Schaurte vermachte der Stadt testamentarisch 1200 Mark, deren Ertrag jährlich einem katholischen Deutzer Waisenkind jedes Jahr am Namenstag des Stifters, dem 9.11., ausgezahlt werden sollte („Theodor-Schaurte-Stiftung“); Gedrucktes Protokoll der Sitzung des Kölner Stadtrates vom 7.8.1902.

³⁷⁸Die Testamentarische Teilung des Erbes fand am 14.12.1907 statt, entsprechend dem Erbvertrag vom 1.12.1902. Als Erben hinterließ sie:

- Heinrich Kellner, Rentner/Kaufmann in Deutz, Sohn aus zweiter Ehe mit Otto Kellner
- Witwe Maria Menken, geb. Kellner, Tochter aus zweiter Ehe, verheiratet mit dem königlichen Regierungsbaumeister August Menken,
- Christian Schaurte, Sohn aus erster Ehe, Fabrikbesitzer auf Gut Lauenburg in Karst bei Neuß (Schaubenfabrik Bauer & Schaurte seit 1875/76)
- die Kinder ihres Sohnes aus erster Ehe, des 1902 in Wiesbaden wohnenden und 1903 in Frankfurt/M. verstorbenen Franz Schaurte: der Student Franz Schaurte in Freiburg i.B., Maria Leikert, geb. Schaurte in Köln-Longerich, und der minderjährige Theodor Schaurte.

Diese Erben wurden am 29. November 1907 die neuen Inhaber der beiden Firmen „Christian Schaurte“ in Köln-Deutz und „O. Kellner“ in Kalk